

„Wasser. Kraft. Bayern.“ heißt es am 23. Mai 2019 in Töging am Inn beim 7. Bayerischen WasserkraftForum. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Lebensadern ein.

Informationen unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de/

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



100 Jahre Bayerisches Wirtschaftsministerium feierte Wirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger mit einer großen Zahl seiner Vorgänger. Bild: © StMWi/A. Schmidhuber

100 Jahre bayerisches Wirtschaftsministerium

Mit einem Festakt beging das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sein einhundertjähriges Bestehen. Der Einladung von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger folgten zahlreiche ehemalige Ministerinnen und Minister, wie Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Gerold Tandler, Dr. Otto Wiesheu, Emilia Müller, Martin Zeil und Franz Josef Pschierer, sowie Staatssekretäre und Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Minister Aiwanger verwies darauf, dass schon bei der Gründung des Hauses die Zuständigkeiten weit vielfältiger waren, als der offizielle Titel vermuten ließ. Diese große Spannweite der Aufgaben sei bis heute geblieben, auch wenn der Name des Hauses immer verändert wurde. „Dabei hatte und hat das Ministerium immer die ganze Wirtschaft im Blick – vom Weltkonzern bis zum mittelständischen Familienbetrieb, von der Industrie über Handwerk und Tourismus bis hin zum Handel. Heute geht es darum, auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft unseren Wohlstand zu sichern. Ganz im Sinne Ludwig Erhards“, so Aiwanger.

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft

In den 100 Jahren kamen immer wieder fachliche Zuständigkeiten hinzu; andere fielen weg. Der wohl bekannteste bayerische Wirtschaftsminister war Ludwig Erhard, der Vater der Sozialen Marktwirtschaft, der das Ministerium von Oktober 1945 bis Dezember 1946 führte und von 1949 bis 1963 Bundeswirt-

schaftsminister und von 1963 bis 1966 Bundeskanzler war. Seit Gründung des bayerischen Wirtschaftsministeriums hat sich die Wirtschaft im Freistaat stark verändert. Bayern ist vom wirtschaftlichen Sorgenkind in Deutschland zu einer wirtschaftlichen und technologischen Leitregion in Europa aufgestiegen. Ganz wesentliche Impulse für diese positive Entwicklung kamen von der bayerischen Wirtschaftspolitik. „In der Wirtschaftspolitik entschei-

det sich, wie es mit unserer Zukunft weitergeht. Wir müssen alle Bereiche scannen, damit wir noch besser werden und auch weiterhin die berühmte Nasenlänge voraus sein können, denn der internationale Wettbewerb wird zunehmend härter“, stellte Aiwanger in seiner Rede fest. Er appellierte in Zeiten wachsender internationaler Spannungen auch an den Zusammenhalt in Europa, um im Wettbewerb mit den USA und China bestehen zu können. Trotz internationaler Verwerfungen rief Aiwanger zu Zukunftsoptimismus in Bayern auf: „Wir haben in Bayern exzellente Bildung und Forschung, einen starken Mittelstand und zahlreiche Weltmarktführer, wir müssen zwar auf der Hut sein, dürfen uns aber auch nicht verückt machen lassen.“

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Bayreuth:

Armutsbekämpfung und Grundsteuerreform

Mit Sorge betrachten die Städte die aus ihrer Sicht schleppende Entwicklung bei der Grundsteuerreform. Der Bund müsse umgehend einen Gesetzentwurf vorlegen. Alle Länder hätten den Reformprozess konstruktiv zu unterstützen, damit rechtzeitig eine neue bundeseinheitliche Regelung in Kraft treten könne. Bei seiner Sitzung in Bayreuth warnte der Deutsche Städtetag vor einem Flickenteppich, sollte es zu unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern kommen. Damit stellt sich das Präsidium des Deutschen Städtetags klar in eine Gegenposition zur mehrheitlich in Bayern vertretenen Auffassung (vgl. Seite 4).

Wie Städtetagsvizepräsident Dr. Ulrich Maly berichtete, haben Bund und Länder auch neun Monate vor Fristablauf noch immer kein Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Grundsteuer eingeleitet. Die Reform brauche breiten Rückhalt und dürfe nicht scheitern. 14 Milliarden Euro stünden auf dem Spiel. Die Städte benötigten die Grundsteuer, um Teile ihrer Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

Maly kritisierte, dass das Land Bayern die mehrheitlich zwischen Bund und Ländern verabredeten Eckpunkte für eine Reform ablehnt und eine Öffnungsklausel ins Gespräch gebracht hat, um mit einer eigenen Regelung abweichen zu können: „Bund und Länder müssen sich

auf eine bundeseinheitliche Regelung für die Grundsteuer verständigen. Alleingänge sind kontraproduktiv. Ein einheitliches Recht hält den Bürokratie- und Verwaltungsaufwand in Grenzen und ist allemal besser als 16 verschiedene steuerliche Bewertungsregelungen. Außerdem wird sichergestellt, dass die Bundesländer nicht in einen unfairen Steuerwettbewerb über die Bewertung von Grundstücken eintreten. Und die Grundsteuer bleibt mit anderen Steuern und Abgaben kompatibel.“

Die Städte halten die zwischen Bund und Ländern mehrheitlich vereinbarten Reform-Eckpunkte für ein wertorientiertes Grundsteuer-Modell für eine gute Grundlage. Offen gebliebene Diskussionspunkte müssten

Deutscher Landkreistag:

Kernforderungen zur Europawahl

Am 26. Mai 2019 wählen die EU-Bürger ein neues Europäisches Parlament. Im Anschluss daran wird im Herbst die Europäische Kommission neu besetzt. Mit Blick auf den Brexit, aber auch aufgrund der Auswirkungen neuer Aufgaben im Bereich von Migration, Sicherheit und Globalisierung, hat es Europa mit zentralen Herausforderungen zu tun, die kraftvoller Lösungen bedürfen. Über allem steht, die EU wieder stärker bei den Bürgern zu verankern und die gesellschaftliche Akzeptanz für Europa zu befördern. Der Deutsche Landkreistag hat vor diesem Hintergrund europapolitische Kernforderungen formuliert, die aktuelle Problemstellungen und Lösungsansätze aus kommunaler Perspektive aufzeigen.

„Europa muss gerade in den aktuell bewegten Zeiten die kommunale Ebene stärker einbinden. Nur so kann die Zustimmung zu Europa gelingen und die Verankerung vor Ort gestärkt werden“, ist der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager überzeugt.

Neue Impulse setzen

Das neue Europäische Parlament und die neue EU-Kommission haben nach seiner Auffassung die Chance, hierfür neue Impulse zu setzen. „Wir brauchen ein starkes Europäisches Parlament, das die Interessen der Bürger in unseren Kommunen vertritt. Daher appelliere ich mit Nachdruck an die Menschen in unserem Land: Gehen Sie zur Europawahl und bestimmen Sie, welches Europa wir brauchen und bekommen werden!“

Im Mittelpunkt stehen für den DLT u.a. folgende Forderungen: **Kommunale Selbstverwaltung bei EU-Gesetzgebung beachten.**

Herausforderung Depression

Bezirketagspräsident Löffler: „Betroffene aus der Grauzone holen“

Unter der Leitlinie „Herausforderung Depression“ veranstaltete der Bayerische Bezirkstag im jüdischen Gemeindezentrum in München zum fünften Mal sein Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke. Mit dieser Fachveranstaltung, zu der über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen waren, präsentieren sich die Gesundheitseinrichtungen der Bezirke mit ihren Angeboten einer modernen, zukunftsweisenden und an den Bedürfnissen der dort versorgten Menschen orientierten leistungsstarken Psychiatrie.

„Sorge bereitet uns als Bezirken die Tatsache, dass im Gesundheitssystem mittlerweile die Tendenz besteht, leichter erkrankte Patientinnen und Patienten zu Lasten der Schwerkranken zu bevorzugen. Vor allem im Bereich der ambulanten Psychotherapie fällt es oft gerade den kränksten Patientinnen und Patienten am schwersten, einen Therapieplatz zu finden. Hier braucht es eine effektivere Steuerung der vorhandenen Ressourcen, die sich mehr am Interesse der Kranken als am Interesse der Leistungserbringer orientiert. Es darf nicht so sein, dass sich jemand nur diejenigen Patientinnen und Patienten herausucht, die am problemlosesten zu behandeln sind – ganz im Gegenteil: den am schwersten Betroffenen muss zuerst geholfen werden. Dieser Aufgabe sehen wir uns als Bezirke verpflichtet, die gleiche Forderung trifft aber auch alle anderen Leistungserbringer, egal ob sie stationär oder ambulant sind“, betonte Bezirketagspräsident Löffler. Wie er darüber hinaus fest-

Der Deutsche Landkreistag fordert, dass Gesetzgebungsvorhaben auf Kohärenz mit den Vorgaben aus dem Vertrag von Lissabon überprüft werden. Dazu gehört ebenso das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wie das Subsidiaritätsprinzip.

Ländliche Räume besser unterstützen.

Die europäische Gesetzgebung muss so ausgerichtet werden, dass sie sowohl in ländlichen als auch städtischen Räumen einen Mehrwert erzielen kann. Infrastrukturdefizite insbesondere bei der Glasfaseranbindung sowie bei der flächendeckenden Mobilfunkversorgung dürfen nicht durch wettbewerbs- und beihilferechtliche Hürden verstärkt werden.

Flüchtlinge: Solidarische Lastentragung durchsetzen.

Der Deutsche Landkreistag fordert die Europäische Union auf, endlich zu einer europaweiten (Fortsetzung auf Seite 4)

stellte, seien die Häufigkeit und der Anstieg der Diagnose Depression auch Folge einer gelungenen Aufklärung über psychische Erkrankungen und damit einer Entstigmatisierung gerade dieser Diagnose. □



Warum zieht niemand endlich den Stecker?, fragt der Bürgermeister ob des nicht enden wollenden Brexit-Dramas. Als überzeugter Europäer ist er für einen klaren Schnitt. Damit sei es endlich wieder möglich, die wahren Zukunftsprobleme mit den europäischen Partnern anzugehen. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
ORH-Jahresbericht 2019.	2
Hilfe für junge Pflegenden	2
Starke Parlamente für Europa.	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Wir brauchen ein starkes Europa, Europa braucht starke Kommunen	3
Deutscher Pflgetag: Der Faktor Mensch zählt	3
Offene Fragen bei der Förderung der digitalen Schule	3
Füracker fordert umfassende Länderöffnungsklausel	4
Kommunale Energiethemen	5-7
Kommunale Bauthemen	8-9
Aus den bayerischen Kommunen.	10-12

ORH-Jahresbericht 2019:

Aufruf zu strikter Ausgabendisziplin

Auch für das Haushaltsjahr 2017 bestätigt der Bayerische Oberste Rechnungshof der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte: In der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 war noch ein Schuldenabbau von jeweils 1 Milliarde Euro für 2019 und 2020 eingeplant. Der neue Haushaltsentwurf sieht für 2019 dagegen nur eine Schuldentilgung von 250 Millionen Euro und für 2020 eine von 750 Millionen Euro vor. Auch die Begrenzung der Ausgabensteigerung bleibt laut ORH hinter dem zurück, was für die Haushalte seit 2015 unverändert Maßstab ist.

ORH-Präsident Christoph Hillenbrand erinnerte bei der Vorstellung des Jahresberichts 2019 „an die unverändert aktuellen Ziele einer nachhaltigen Finanzpolitik, wie sie die Staatsregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie formuliert hat“. Zwar habe die Staatsregierung seit 2012 mit einer um 5,6 Milliarden Euro verringerten Verschuldung schon einiges erreicht; allerdings sei der nun geplante Schuldenabbau deutlich geringer, als noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 vorgesehen. Damit werde der finanzielle Spielraum, den die Staatsregierung aufgrund der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gewinnt, nicht für den Schuldenabbau genutzt – so wie es die Staatsregierung wiederholt erklärt und beabsichtigt hatte. Hillenbrand: „Damit erfordert das gesetzlich verankerte Ziel ‚Schuldenabbau 2030‘ jede Ambition.“

Die Staatsregierung plant beim Haushaltsentwurf für 2019/2020 laut Hillenbrand mit Ausgaben, die – ohne Länderfinanzausgleich – 2019 um 6,1 % und 2020 dann um weitere 3,0 % steigen. Der ORH erkennt den positiven Ansatz, höhere Ausgaben für Investitionen vorzusehen. Der weitaus größte Teil der Mehrausgaben dient aber neuen konsumtiven und zudem dauerhaft verpflichtenden Ausgaben. Insgesamt empfiehlt der Rechnungshof weiter eine strikte Ausgabendisziplin, wie sie die Staatsregierung beschlossen hat. Er erinnert an die 2014 erklärte Absicht, die Ausgabensteigerung auf 3 % pro Jahr zu begrenzen.

22 Prüfungsergebnisse

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 22 Prüfungsergebnisse vorgelegt. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und dazu ggf. beschließen, welche Maßnahmen die Staatsregierung einleiten soll.

Zahlreiche Mängel hat der Rechnungshof bei der Verwal-

tung der Grundstücke festgestellt, die der Freistaat geerbt hat. Unterm Strich zahle der Steuerzahler die Zeche, wenn der Staat bei einem Verkauf von Nachlassimmobilien weniger einnimmt, weil er nichts unternommen hat, um deren Wert zu erhalten, kritisiert der ORH.

Zu wenig Geld für Straßen

Ein weiteres Beispiel in der Mängelliste: Bayern nimmt für die Erhaltung seiner Staatsstraßen und Brücken zu wenig Geld in die Hand. Allein bei den Staatsstraßen ist ein Nachholbedarf von über 2,1 Milliarden Euro aufgelaufen.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Staatsstraßen werden häufig Leitungen neu verlegt oder geändert. In vielen Fällen habe es die Bauverwaltung versäumt, die Unternehmen an den Kosten der Baumaßnahmen zu beteiligen. Häufig machte sie Kosten sogar dann nicht geltend, wenn dies vertraglich vereinbart war. Der ORH weist darauf hin, dass rechtzeitig vor Baubeginn die erforderlichen Verträge abzuschließen bzw. Bescheide zu erlassen sowie die Kostenanteile der Unternehmen vollständig und zeitnah einzufordern sind. Dies sollte das Bauministerium aufsichtlich durchsetzen.

Ärger beim SPNV

Stichwort Schienennahverkehr: Für die Nutzung der Schienentrassen und Bahnhöfe zahlt Bayern an die Infrastrukturbetreiber jährlich rund 700 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln, die dem Freistaat zustehen. 2016 zerrten allerdings täglich rund 450 Störungen im Schienenpersonennahverkehr an den Nerven der Fahrgäste. Deswegen erinnert der Rechnungshof deutlich daran, dass der Schienennahverkehrsplan trotz gesetzlicher Verpflichtung seit 14 Jahren nicht fortgeschrieben wurde. Schließlich sei dabei auch eine Analyse festgestellter Schwachstellen und Vorschläge für deren Beseitigung vorzunehmen.

Bereits 2009 hat der ORH eine Neustrukturierung der Körperschaftsteuerstellen gefordert. Er empfiehlt erneut, die Körperschaftsteuerstellen stärker zu bündeln. Durch gezielten Einsatz von Risikomanagementsystemen sowie verbesserte organisatorische und IT-technische Rahmenbedingungen ließe sich der Personalbedarf deutlich reduzieren. Der Einsatz dieses Personals etwa bei der Betriebsprüfung ließe ein erhebliches steuerliches Mehrergebnis erwarten.

Finanzämter erkennen und prüfen bedeutende Erbschaftsteuer-Fälle im Zusammenhang mit dem Vererben oder der Schenkung von Grundbesitz zu selten, bemängelt der Rechnungshof. Außerdem würden die dabei erforderlichen Grundstücksbewertungen unzureichend geprüft. Gerade bei Grundstücken mit höheren Werten gab es laut ORH erhebliche Mängel bei der Sachbearbeitung, insbesondere eine ungenügende Sachverhaltsaufklärung. Dem Freistaat entgingen damit Steuergelder.

Dokumentation von Förderprogrammen

Ein weiterer Kritikpunkt: 2009 bis 2015 gab das Ministerium für die Abwicklung von Förderprogrammen durch Dritte (Projektträger) 29,5 Mio. Euro aus, ohne Untersuchungen unter Einbeziehung verwaltungsinterner Lösungen zu dokumentieren. Der ORH empfiehlt, die Ausgaben für Projektträgerleistungen in den Erläuterungen im Haushaltsplan offenzulegen. Bei neuen oder fortgesetzten Förderprogrammen sei dokumentiert darzulegen, ob die Förderung innerhalb oder außerhalb der Verwaltung besser und wirtschaftlicher abgewickelt werden kann.

Stichwort Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes: Bleibt ein Elternteil seinen Kindesunterhalt schuldig, springt letztlich der Staat ein. Dass die Jugendämter versuchen, den Unterhalt vom säumigen Elternteil zurückzubekommen, ist aus Sicht des Rechnungshofs nur recht und billig. Dies werde freilich unwirtschaftlich, wenn der Rückgriff zum Teil Jahrzehnte dauert, etwa weil Jugendämter minimale Ratenzahlungen akzeptieren; besser wäre es, wenn sich das Personal, das wegen jüngst deutlich gestiegener Fallzahlen überaus gefordert ist, auf erfolgsversprechende Rückgriffsfälle fokussieren würde; empfiehlt der ORH.

Für die Förderung der Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum gibt es bisher kein Patentrezept, hat der Rechnungshof festgestellt. 95 % der damit bis Ende 2015 geförderten Ärzte hätten sich in Gebieten niedergelassen, in denen kein Arztmangel herrschte. Soll die Niederlassungsförderung eine höhere Wirkung zeigen, müsse dringend nachgesteuert werden.

Füracker: Solider Dreiklang

„Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2019 die Ordnungsmäßigkeit der Bayerischen Finanzen erneut bestätigt und kommt zu einem positiven Gesamtergebnis“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. „Unser Politikansatz ist und bleibt ein Dreiklang: solider Haushalt, zukunftsgerichtete Investitionen und gute angelegte Sozialpolitik. Hier ist der Bericht des ORH in Teilen leider sehr einseitig.“

Bayern schiebe die drängenden Fragen unserer Zeit nicht auf die lange Bank. „Wir stellen uns den demographischen Her-

ausforderungen und lassen niemanden im Regen stehen. Lieber eine kluge und maßvolle Unterstützung jetzt, als in einigen Jahren vor den Scherben einer verfehlten Politik zu stehen“, so der Minister.

Familienmilliarde

Mit der Familienmilliarde unterstütze der Freistaat die Bürgerinnen und Bürger vom Kindergarten bis ins hohe Alter hinein und setze ein aktives Zeichen für Generationengerechtigkeit: Junge Familien könnten vom Familiengeld und günstigeren Kindergartenbeiträgen profitieren. Auch wer der Pflege bedarf, werde nicht allein gelassen, sondern bekomme in Form des Bayerischen Pflegegeldes eine sichtbare Unterstützung für sich oder seine pflegenden Angehörigen. „Wir lassen nicht zu, dass man Leuten, die wirklich Unterstützung benötigen, auch noch diese Anerkennung nimmt. Ich kann nicht verstehen, dass der ORH

verlangt, dieses Geld nur in Beton und Straßen zu investieren“, erklärte Füracker.

Investitionen steigen weiter

Parallel dazu werden die Investitionen – trotz der hohen Basis – auch in den kommenden Jahren weiter steigen. „Wir planen Rekordinvestitionen – in 2019 und 2020 nochmals eine Steigerung um jeweils 1 Mrd. Euro auf dann insgesamt rund 17 Mrd. Euro und damit eine Investitionsquote von 13,7 %. So gestalten wir die Zukunft. Investitionen von heute sind die Steuereinnahmen von morgen.“ Die konstant hohen Investitionen würden auch vom Rechnungshof wieder positiv bewertet.

„Richtig ist: Der Rechnungshof hat erneut bescheinigt, dass der Freistaat im Haushaltsvollzug 2017 bei den wichtigsten Eckdaten wieder Bestwerte aufweist – die Investitionsquote lag bei 10,4 %, die Zinsausgabenquote bei lediglich 1,3 %, bemerk-

Hilfe für junge Pflegende

Wer schwerkranke Angehörige pflegt, stößt oft an seine Grenzen – körperlich wie seelisch. Vor allem Jugendliche sind mit dieser Aufgabe überfordert. Der Staat soll deshalb junge Menschen bei der Pflege unterstützen.

Es ist kein Thema, das in der öffentlichen Debatte eine besondere Rolle spielt. Aber wer betroffen ist, geht oft bis an den Rand der Erschöpfung: Jugendliche, die schwerkranke Angehörige pflegen. Auf Antrag der Landtags-Grünen befasst sich deshalb der Sozialausschuss mit der Frage, wie staatliche Angebote diese jungen Menschen unterstützen können.

Lanas Geschichte

„Als ich meinen Vater das erste Mal im Krankenhaus besucht habe, war ich acht Jahre alt. Seitdem sind Krankenhausbesuche für mich zu einer Regelmäßigkeit geworden. Denn mein Vater leidet unter chronischen Zystennieren – eine Krankheit, die nicht heilbar ist. Jeden Tag kann es passieren, dass sein Zustand plötzlich dramatisch wird und er ins Krankenhaus muss. Meine Mutter arbeitet Vollzeit, ich versuche sie so gut es geht zu unterstützen. Ich habe früh gelernt, Verantwortung zu übernehmen, mich um den Haushalt und unseren Hund zu kümmern. Am 01.06.2018 habe ich Young-Carers.de gegründet. Mein Ziel: Ich will über junge Pflegende aufklären – über ihre täglichen Leistungen, ihre Sorgen und ihren Alltag. Ich möchte, dass jeder YoungCarer einen Ansprechpartner für seine Sorgen findet.“ So beschreibt Lana Rebhan aus Bad Königshofen auf der Plattform Young-Carers.de ihren Alltag und das Ziel ihres Projektes.

Damit hat sie im vergangenen Jahr der Gruppe der „Young Carer“ – also der Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland Angehörige pflegen – ein Gesicht gegeben. Wie es ist, als 14-Jährige den eignen Vater zu versorgen und pflegen, während andere Kinder spielen, schilderte Lana auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie.

Kein Einzelfall

Dass Lanas Geschichte kein Einzelfall ist, zeigt eine Studie des Bundesgesundheitsministeriums, wonach in Deutschland 480.000 junge Leute im Alter zwischen 12 und 18 Jahren Pflegetätigkeiten für ein chronisch krankes Familienmitglied leisten, die in der Regel nur von Erwachsenen durchgeführt werden sollten. Dabei geht es um Aufgaben, die nicht altersgemäß sind, beispielsweise ihre Angehörigen waschen, ihnen Medi-

Einsatz gegen Antisemitismus

Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben, Dr. Ludwig Spaenle, möchte gemeinsam mit Bayerns Kommunen eine breite öffentliche Debatte gegen Antisemitismus in Gang setzen. Neben den kommunalen Spitzenverbänden hat er Medienvertreter, Wirtschaftsverbände, Sport- und Kulturvereine, Einzelbereiche der Zivilgesellschaft und des Bildungswesens angesprochen.

te der Minister. „Wir haushalten solide, scheuen uns aber nicht, die wichtigen Herausforderungen auch anzugehen. Wir haben bewusste Zukunftsentscheidungen für zielgerichtete und nachhaltige Investitionen und gut angelegte Sozialleistungen getroffen. Dass bei einem stark wachsenden Bayern auch der Haushalt entsprechend wächst, ist eine logische Folge.“ **DK**

schlechter werdende Noten. „Kinder haben keine Wahl“, so Lana. „Man denkt, das bin ich meinen Eltern schuldig, dass ich mich um sie kümmerge.“ Ergänzend verwies Knüttel auf die verbreitete Angst, dass die Kinder von den Jugendämtern aus den Familien gerissen würden, sobald die Pflegesituation bekannt würde.

Im Namen des Ausschusses würdigte die Vorsitzende Doris Rauscher (SPD) Lanas Engagement und Mut, als 14-Jähriges Mädchen nicht nur den Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen, sondern auch anderen Betroffenen mit ihrer Website weiterzuhelfen.

In der Aussprache mahnte Kerstin Celina (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) mehr Aufklärung, Information und Hilfe von staatlicher Seite an. Ebenso wie ihr Fraktionskollege Johannes Becher, der für unbürokratische Unterstützung plädierte.

Auf die Frage von Andreas Schalk (CSU), welche konkreten Maßnahmen nötig seien, schlug Knüttel als Ansatzpunkt die Schule vor, wo kompetente Schulpsychologen und der Sozialdienst Hilfe leisten könnten. Ausschussmitglied Celina sprach von einem Austauschraum für die Young Carer, der beispielsweise psychologische Hilfe anbietet. Das könne nicht Aufgabe von Betroffenen wie Lana sein, die aktuell mit ihrem Blog für Young Carers Kindern und Jugendlichen Hilfe bietet.

„Mich nimmt niemand ernst“

Lana hatte zuvor von ihren ernüchternden Erfahrungen berichtet, wonach auf ihre schriftlichen Anfragen nach Hilfsangeboten für Young Carer bei Kommunen Wohlfahrtspflege und Krankenkassen selten eine Antwort folgte. „Mich nimmt dort einfach niemand ernst“, sagte sie und hofft, dass sich das ändere, wenn sich der Landtag der Sache annehme.

Das federführende Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales war nicht im Fachgespräch präsent. Allerdings verwies eine Mitarbeiterin des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, auf den unterschiedlichen und sehr breit gefächerten Informations- und Hilfsbedarf der jungen Pflegenden. Sie sprach von einem Querschnittsthema und regte an, schon bestehende Strukturen wie beispielsweise Fachstellen für pflegende Angehörige zu sensibilisieren. Es dürfe nicht das Ziel sein, Kinder zu Pflegekräften auszubilden, sondern über externe Hilfe eine solche Pflege unnötig zu machen.

Anja Schuchardt

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Elze
97280 Remlingen
am 19.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Katharina Rottenwallner
84169 Alttraunhofen
am 24.4.

Bürgermeister
Siegfried Böhringer
93128 Regenstein
am 25.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Angelika Obermayr
85567 Grafing
am 1.5.

Bürgermeister
Volker Schmiechen
95369 Untersteinbach
am 19.4.

Bürgermeister Jörg Nowy
93348 Essing
am 21.4.

Bürgermeister
Thomas Zinnecker
86447 Aindling
am 29.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Halmich
83487 Marktschellenberg
am 20.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Rost
84177 Gottfrieding
am 1.5.

Bürgermeister
Werner Endres
87463 Dietmannsried
am 18.4.

Bürgermeister
Claus Meyer
91282 Betzenstein
am 21.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerald Bauer
95186 Höchstadt i. F.
am 22.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Starke Parlamente für Europa

Mehr politische Mitverantwortung der regionalen Parlamente – das soll die „Brüsseler Erklärung 2019“ bringen. Diese Meinung teilen auch fraktionsübergreifend die Mitglieder des Europaausschusses im Bayerischen Landtag. Subsidiarität ist für sie entscheidend dafür, dass die Menschen die europäische Idee akzeptieren. Per Beschluss hat die Vollversammlung des Bayerischen Landtages die Erklärung jetzt übernommen.

Subsidiarität, also mehr europäisches Handeln von unten, weniger von oben, Verhältnismäßigkeit und die Möglichkeit zur Mitgestaltung europäischer Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse für lokale und regionale Gebietskörperschaften – der Abschlussbericht einer von der Europäischen Kommission eingesetzten „Task Force Subsidiarität“ enthält viele konstruktive Empfehlungen, wie die lokale und regionale Ebene künftig auch im prälegislativen Bereich und auch bei der Evaluierung europäischer Vorschriften stärker beteiligt werden kann. Es gibt zudem Vorschläge, wie die Landesparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis bei Rechtsetzungsvorhaben künftig besser in das Subsidiaritätsprüfungsverfahren eingebunden werden können.

Eigener Gestaltungsspielraum

Anfang des Jahres hatte die gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages die „Brüsseler Erklärung 2019“ bereits verabschiedet. Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner steht vor allem die Haltung der Landesparlamente zur Frage der Subsidiarität im Vordergrund: „Die Brüsseler Erklärung ist ein wichtiges Signal für ein Europa starker Regionen. Für uns ist die Subsidiarität eine entscheidende Frage für die Akzeptanz und die Zukunft der Europäischen Idee. Letztlich geht es darum, dass den Ländern und Regio-

nen weiterhin genügend Gestaltungsspielraum zugestanden wird. Die Landesparlamente wollen einen direkten Zugang zur Kommission haben, bei den für uns relevanten Themen in eigener Gesetzgebungskompetenz. Wir sehen die Regeltiefe der EU auf einigen Politikfeldern bisweilen skeptisch und wollen hier weniger, aber effizienteres Handeln. Diese Forderung vertreten wir durch unsere gemeinsame Erklärung mit Nachdruck.“ Die Mitglieder des Europaausschusses im Bayerischen Landtag unterzeichneten dazu Mitte März im Historischen Rathaus in Straßburg eine gemeinsame Stellungnahme. Per Beschluss hat nun auch die Vollversammlung des Bayerischen Landtags die Brüsseler Erklärung – bei einer Enthaltung – übernommen.

Ein „starkes Papier“

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER), Vorsitzender des Europaausschusses, bewertete die zur Brüsseler Erklärung ins Plenum eingebrachte Vorlage als „starkes Papier“, das den Regionalparlamenten in Zukunft ein größeres Gewicht in Europa verleihen werde. „Die europäische Gesetzgebung betrifft uns in Bayern vor Ort direkt – sie betrifft unsere Bürgerinnen und Bürger, unseren Mittelstand, unsere Landwirtschaft und andere. Nichts, was in Europa entschieden wird, darf, wenn es Bayern betrifft, an diesem Landtag vorbeigehen“, forderte Gotthardt.

Dr. Martin Huber (CSU) zeigte

sich davon überzeugt, dass Europa und die europäische Idee stark blieben, wenn vor Ort in den Regionen und Bundesländern genügend Handlungsmöglichkeiten blieben. Die Entscheidungen, so Dr. Huber, müssten nah bei den Menschen getroffen werden. Die Menschen müssten spüren, dass sie Einfluss auf die Entscheidungen nehmen könnten. Den Regionalparlamenten käme dabei eine besondere Rolle als Forum für den europapolitischen Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern zu.

Im Europaausschuss seien sich die Mitglieder einig gewesen, die Prinzipien einer aktiven und gelebten Subsidiarität zu stärken: „Wir wollen frühzeitig unsere regionale Perspektive in den europäischen Gesetzgebungsprozess einspeisen, die wir auch daraus ziehen, dass wir nah an den Menschen sind“, unterstrich ebenfalls Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Aktive Subsidiarität

Auch Markus Rinderspacher (SPD) begrüßte es, dass die EU-Kommission im Abschlussbericht der Task Force die regionalen Parlamente, und damit auch den Bayerischen Landtag, mit ihrer Gesetzgebungskompetenz ausdrücklich erwähnt und ihre besondere Rolle betont habe. Die in dem Bericht verankerte aktive Subsidiarität sei „ganz zentral für die Akzeptanz der europäischen Idee“, sagte Rinderspacher. Es gehe dabei darum, dass Demokratie von unten nach oben organisiert wird und nicht von oben herab bevormundet oder dekretiert werde.

„Bescheidener Anfang“?

Nachdenkliche Töne schlug Helmut Markwort (FDP) an. Er habe die Vorlage zur Brüsseler Erklärung zwar mitunterzeichnet, wertete diese jedoch als „bescheidenen Anfang“ und ein „schwärmendes Papier“. Die Realität in Europa, die die Menschen wahrnehmen, sei von den schwärmerischen Reden weit entfernt, die Durchsetzungskraft der „Brüsseler Erklärung“ nur gering, sagte Markwort.

Martin Böhm (AfD) erklärte, dass seine Fraktion die Brüsseler Erklärung mitträgt, da sie „zumindes ein kleiner Schritt im Sinne unserer freiheitlichen verfassten bayerischen Heimat“ sei. Er berief sich dabei unter anderem auf die in der Brüsseler Erklärung bzw. im Straßburger Beschluss erwähnte „gelebte Subsidiarität“ und eine mögliche Rückverlagerung von Gesetzgebungsbefugnissen. Die AfD, unterstrich Böhm, sei nicht europafeindlich, jedoch EU-feindlich. Anja Schuchardt

Deutscher Pflgetag in Berlin:

Der Faktor Mensch zählt

„Gepflegt in die Zukunft – Jetzt!“ lautete das Motto des Deutschen Pflgetags 2019 in Berlin. Auf der Veranstaltung des Deutschen Pflgerats diskutierten rund 10.000 Besucher Themen wie Personaluntergrenzen, Finanzierung der Pflegeversicherung, Lehr- und Ausbildungsreformen oder Digitalisierung.

In seinem Vortragsprogramm, in Podiumsdiskussionen sowie in Workshops bot der Deutsche Pflgetag erneut zahlreiche neue Konzepte, Ideen und Impulse, um die Pflege voranzutreiben. Mit dabei war auch wieder der Junge Pflege Kongress mit speziellen Angeboten für Nachwuchskräfte.

Pflege ist ein Beruf mit Zukunft – und dafür will die Bundesregierung werben. Zum Start des 6. Deutschen Pflgetages informierten Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Gesundheitsminister Jens Spahn gemeinsam mit

Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium, über den Stand der „Konzertierten Aktion Pflege“.

Die „Konzertierte Aktion Pflege“ wolle eine schrittweise Verbesserung der Personalausstattung und der Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege erreichen, erklärte Spahn. Es müsse deutlich werden, dass Pflege kein Beruf sei, den alle ausüben könnten. Deutschland sei auf Pflegekräfte aus dem Ausland angewiesen – dies sei das große Thema der Politik in den nächsten Jahren. Dabei sei die Kompetenz, auch die Sprachkompetenz der Pflegefachkräf-

Liebe Leserinnen und Leser,

in wenigen Wochen findet eine der wichtigsten Richtungsentscheidungen für unsere Zukunft statt – die Europawahl. Am 26. Mai wird entschieden, wie es mit unserer Europäischen Union weitergeht.

Das gemeinsame Europa hat uns Frieden, Freiheit, Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität und damit Wohlstand beschert. Klar, es gab und gibt auch riesige Herausforderungen und schwierig lösbare Konflikte, wie die Finanzkrisen einiger Mitgliedsstaaten oder aktuell die chaotische Brexit-Debatte. Aber in Summe lohnt es sich doch mit



Wir brauchen ein starkes Europa, Europa braucht starke Kommunen

voller Leidenschaft für die Europäische Union einzustehen – auch im Sinne der kommenden Generationen.

Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) wollen wir ein Europa, das uns stark macht und zusammenhält. Wir dürfen unseren Kontinent nicht den Nationalisten, Populisten, Neinsagern und Extremisten überlassen, wie es unser Ministerpräsident Markus Söder mit seinem Bekenntnis für ein geeintes Europa vor einigen Tagen richtigerweise ausgeführt hat.

Wenn in Europa womöglich Kräfte das Sagen haben, die ja eigentlich gegen Europa sind, dann werden wir im Zeichen der Globalisierung im Wettbewerb mit China, Russland und den USA nicht den Hauch einer Chance haben, unsere Interessen zu vertreten. Zudem werden nicht unsere Standards gelten, sondern die der anderen – gerade im Hinblick auf die global wichtigen Aspekte wie Digitalisierung, Internet, Umwelt- und Klimaschutz, Handel bis hin zur Entwicklungshilfe und den Finanzen.

Es geht bei den Europawahlen auch explizit um die kommunale Ebene. Etliche Rahmenbedingungen, die wir als kommunale Mandatsträger vor Ort beachten müssen oder umzusetzen haben, werden in Brüssel und Straßburg festgelegt. Deshalb müssen wir genau aufpassen, dass sich hier nichts in die falsche Richtung bewegt – Stichwort: Daseinsvorsor-

te wichtig. Digitale Entwicklungen könnten zwar Arbeitsschritte wie Dokumentation oder Abrechnung erleichtern, doch der Faktor Mensch bleibe die tragende Rolle in der Pflege.

Spahn zufolge ist die Stellung von Pflegekräften in Deutschland so stark wie noch nie. „Aber der Berufsstand braucht eine bessere Interessenvertretung. Das kann die Politik nicht leisten“, unterstrich der Gesundheitsminister.

Die Politik ist gefordert

Für Seniorenministerin Giffey steht fest: „Kein Pflegeroboter wird einen Menschen ersetzen können, der sich kümmert. Und diese Menschen haben unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient.“ Hier sei die Politik gefordert, denn sie schaffe die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Im Übrigen dürfe Pflege nicht nur in Richtung Altenpflege gedacht werden. Giffey plädierte in diesem Zusammenhang für deutlich attraktive Bildungswege.

„Was ist uns Pflege wert?“ Auf diese Frage gelte es, als Gesellschaft eine Antwort zu finden, betonte Arbeitsstaatssekretär Böhning. Die Arbeitsgruppen der „Konzertierten Aktion“, „Ausbildung und Qualifizierung“, „Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung“, „Innovative Versorgungsansätze und Digitalisierung“,

KOLUMNE Stefan Rößle

ge weiterhin in kommunaler Hand.

Doch wir blicken in keiner Weise nur sorgenvoll auf die kommenden Wochen, sondern auch mit einer gehörigen Portion Optimismus. Der 26. Mai 2019 birgt auch große Chancen. Diese sollten wir ergreifen und auf bürgerlich-konservativer Basis, ein freies, modernes, innovatives, zukunftsgewandtes und wettbewerbsfähiges Europa gestalten.

In diesem Konzept nimmt der Spitzenkandidat der Union eine wichtige Rolle ein. Manfred Weber, der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, der für ein Europa der Partnerschaft und des Brückenbaus steht, könnte – wenn alles gut läuft – Kommissionspräsident werden. Aus Sicht der KPV wäre dies ein ganz großer Wurf. Wir pflegen mit ihm seit Jahren ein enges, vertrauensvolles Verhältnis. Er ist quasi einer von uns, der genau weiß, wo an der Basis der Schuh drückt. Wenn einer an der Spitze von Europa stünde, der Kompetenz, diplomatische Weltgewandtheit und Bodenständigkeit in optimaler Weise repräsentiert, wäre dies für uns alle ein großer Gewinn.

Erst vor kurzem haben wir uns wieder eingehend über die Zusammenhänge von Europa- und Kommunalpolitik ausgetauscht. Wir sind uns einig, dass die Kommunen das Fundament des Staates und unmittelbarer Lebensmittelpunkt der Menschen sind. Manfred Weber will die Regionen institutionell stärken und ländliche Räume weiterhin fördern.

Er steht dafür ein, dass unser Europa stolz auf seine Städte, Dörfer und Regionen ist und dass Heimat Identität stiftet sowie den Menschen die nötige Sicherheit spendet. Diese klaren Worte im gemeinsamen Gespräch haben mich motiviert, noch stärker als bisher auf die enorme Bedeutung der Europawahlen am 26. Mai 2019 hinzuweisen. Mit Manfred Weber haben wir die echte Chance die Europäische Union auf einen Kurs zu bringen, der solide kommunalpolitische Sichtweisen ebenso berücksichtigt, wie globale Herausforderungen. Nur so und mit Weber an der Spitze wird es gelingen, ein Europa zu schaffen, das sich über die Heimat, die Regionen und die Menschen definiert und nicht nur größtenteils über die formalen EU-Institutionen.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

ne bessere Organisation der Arbeit, qualifizierte Führung und eine angemessene Bezahlung“, unterstrich Wagner.

Mangelberuf

Nach seinen Worten ist Pflege offiziell ein Mangelberuf. Die Arbeitsbedingungen seien oft schwierig, viele Stellen nicht besetzt. „Der Arbeitsmarkt in der Pflege ist leergefegt“, so Wagner. Dies gelte für die Langzeitpflege ebenso wie für die Akutpflege im Krankenhaus. Hier ha?tte schon vor Jahren koordiniert gegengesteuert werden müssen, was leider nicht geschehen sei.

Aus Wagners Sicht liegt der Mehrwert der Konzertierten Aktion Pflege darin, die Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen an einen Tisch zu bringen. Dies sei Chance und Begrenzung zugleich. Die Erwartung der Pflegenden an ein mutiges Handlungspaket sei groß. Diese Chance dürfe nicht vertan werden.

Nach Auffassung der Kostenträger ist die Neuordnung der ärztlichen und pflegerischen Tätigkeiten ein zentraler Punkt, um auf diese Weise Versorgungsdefizite abzubauen und Kooperationen im Gesundheitswesen zu verbessern. Auch die Arbeitszufriedenheit der Gesundheitsprofessionen könnte somit gesteigert werden, so AOK-Vorstand Martin Litsch. **DK**

Kernforderungen zur ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ten, solidarischen Verteilung der Flüchtlinge zu gelangen. Grundvoraussetzung ist allerdings ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenze. Ein Instrument für eine solidarische Lastentragung kann ein Korrekturmechanismus sein, der die (überwiegend südeuropäischen) Erstaufnahmeländer entlastet. Den Zugang zu EU-Mitteln für Mitgliedstaaten an die Einhaltung europäischen Rechts wie bspw. die Solidarität bei der Umverteilung von Flüchtlingen zu knüpfen, ist eine Lösungsmöglichkeit. Kritisch wird das vom EU-Parlament geplante vereinfachte Verfahren zur Familienzusammenführung gesehen. Die Ausdehnung des Familienbegriffs von schutzberechtigten Minderjährigen auch auf erwachsene Kinder wird abgelehnt.

Dezentrale Spielräume in einer kommunalfreundlichen Regionalpolitik schaffen.

Der Deutsche Landkreistag begrüßt den Erhalt der flächendeckenden Zuschussförderung und die Fortführung des Partnerschaftsprinzips. Die Länder und der Bund sind aufgefordert, die kommunale Ebene frühzeitig und umfassend sowohl an den Beratungen zur Ausgestaltung der Partnerschaftsvereinbarung sowie der operativen Programmen zu beteiligen.

Die Politik der Kommission, Mittelreservierungen primär für städtische Räume vornehmen zu wollen, wird abgelehnt, ebenso wie die Vorschläge zur starken deutschlandweiten thematischen Konzentration der EFRE-Mittel.

Europäische Einlagensicherung ablehnen.

Die Vorschläge der Kommission zu einer europäischen Einlagensicherung werden weiterhin abgelehnt. Bevor über die Vergemeinschaftung von Risiken diskutiert werden kann, müssen Maßnahmen zur Risikoreduzierung vorgelegt und vollständig umgesetzt werden. Eine zeitgleiche Diskussion des Risikoabbaus und der Einführung der europäischen Einlagensicherung sind nicht zielführend. Keinesfalls darf ein europäisches Einlagensicherungssystem dazu führen, dass risikoarm agierende Finanzinstitute die Hochrisikogeschäfte anderer Institute absichern. Die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in der Vergangenheit bewährt und die Institute sicher durch die Krise geführt. Eben jene Systeme werden durch die Vorschläge der Kommission gefährdet.

„Small and Simple Banking Box“ errichten.

Kleinere Finanzinstitute, die

Familienministerin Schreyer:

Bayerisches Familiengeld ist ein Erfolg!

Schon 400 Millionen Euro an Familien in Bayern ausgezahlt.“

Seit sieben Monaten gibt es das Familiengeld – in dieser Zeit sind bereits 400 Millionen Euro ausgezahlt worden. Damit profitieren 307.000 Kinder von der Leistung des Freistaats. „Das Bayerische Familiengeld ist schon jetzt ein Erfolgsmodell! Wir stärken junge Familien finanziell und bieten ihnen eine echte Wahlfreiheit. Unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit und Betreuung profitieren alle Eltern in Bayern“, so Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer.

Seit dem 1. September 2018 wird das Familiengeld für alle ein- und zweijährigen Kinder in Bayern gezahlt. Mit dem Familiengeld wurden das bisherige Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld gebündelt und aufgestockt. Die Eltern werden mit 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem dritten Kind mit 300 Euro monatlich, unterstützt.

Wer bereits Elterngeld bean-

konservativ und risikoarm agieren, sollten nicht den gleichen Vorgaben unterliegen wie große, systemrelevante Banken. Entsprechend der Vorschläge des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands sollte eine „Small and Simple Banking Box“ geschaffen werden, die die Anwendung weniger komplexer Regulierungsmaßnahmen erlauben würde.

Besonderheiten der deutschen Sparkassen anerkennen.

Die EU sollte bei der Regulierung im Bankenbereich stärker die Besonderheiten der bestehenden Finanzinstitute berücksichtigen. Die kommunale Trägerschaft und die Beteiligung kommunaler Vertreter in Aufsichtsräten der Sparkassen haben sich als erfolgreich erwiesen und müssen geschützt werden.

Breitbandausbau beschleunigen.

Der Deutsche Landkreistag fordert die Schaffung von Regelungen, die dazu beitragen, dass Markterkundungsverfahren künftig verbindlich werden. Die

Vorgaben zu den geografischen Prognosen im Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation werden explizit begrüßt; die Bundesregierung wird aufgefordert, von dieser Möglichkeit bei der nationalen Umsetzung Gebrauch zu machen. Auch müssen EU-Fördermittel künftig verstärkt zur Unterstützung des Breitbandausbaus eingesetzt werden können.

E-Government fördern.

Die von der Kommission angestrebte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wird vom Deutschen Landkreistag begrüßt. Dabei muss sich die europäische Rechtssetzung stets an dem primärrechtlich verankerten Prinzip der Achtung kommunaler Selbstverwaltung orientieren. Nur auf Grundlage eines erneuerten E-Government-Aktionsplans können langfristig interoperable Lösungen geschaffen werden. Zudem müssen auf europäischer Ebene Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die notwendigen Investitionen auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur systematischen Entwicklung angemessener Informationssicherheit als

unbedingte Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung und E-Government.

Kommunale Datenwirtschaft schützen.

Die in kommunaler Hand befindlichen Daten müssen primär als schützenswertes Gut und nicht als Ware gelten, die möglichst gewinnbringend veräußert werden kann. Eine generelle kostenfreie Weitergabe von Daten wird abgelehnt.

Europäisches Vergaberecht nicht erneut reformieren.

Der Deutsche Landkreistag weist darauf hin, dass die novellierten Vergaberichtlinien auch in Deutschland seit der Umsetzung im April 2016 erst kurze Zeit anwendbar sind, so dass noch keine umfangreichen Erkenntnisse über die Auswirkungen des (reformierten) Vergaberechts vorliegen. Die Kommission wird daher aufgefordert, von erneuten Reformen des Vergaberechts abzusehen.

Daseinsvorsorge in Freihandelsabkommen schützen.

Für öffentliche Auftraggeber in Deutschland dürfen durch Freihandelsabkommen keine Verpflichtungen gelten, die über die Bestimmungen des im Jahr 2014 reformierten europäischen Vergaberechts hinausgehen. Dies gilt insbesondere für die dort verankerten Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und für die Trinkwasserversorgung sowie Abwasserbeseitigung oder -behandlung. Ein einklagbares Recht auf einen Marktzugang darf es nicht geben.

Stabilisierungsfonds für Arbeitslosigkeit ablehnen.

Aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation und der niedrigen Arbeitslosigkeit besteht kein Bedarf für einen Europäischen Stabilisierungsfonds für Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversicherung nach dem SGB III sowie die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II stellen einen angemessenen Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit sicher. Sinnvoller als ein neuer EU-Fonds erscheint eine Stärkung der jeweiligen nationalen (Versicherungs-)Systeme.

Kindergeld an Lebenshaltungskosten orientieren.

Der Deutsche Landkreistag spricht sich dafür aus, die Kindergeldhöhe nach den Lebenshaltungskosten am ausländischen Wohnort des Kindes auszurichten. Die Kommission wird aufgefordert, eine entsprechende Anpassung des Art. 67 vorzulegen. Damit würden in Deutschland lebende EU-Bürger für ihre in einem anderen EU-Mitgliedstaat lebenden Kinder Kindergeld in der Höhe erhalten, die dieser Staat seinen Bürgern auszahlt. Dadurch könnte auch verhindert werden, dass EU-Bürger allein aus Gründen des Erhalts des Kindergeldes nach Deutschland einwandern.

Kreislaufwirtschaft fördern, aber Subsidiarität einhalten.

Der Deutsche Landkreistag gibt zu bedenken, dass die gleichzeitige Einführung von höheren Recyclingzielen und einer neuen Berechnungsmethode Risiken mit sich bringt. Die Kommission wird aufgefordert, die Entwicklung der Recyclingströme zu beobachten und nötigenfalls die Quoten zu korrigieren, um realistische Ziele für alle Mitgliedstaaten zu erhalten.

Eine verpflichtende Einführung von Systemen zur Erweiterung Produzentenverantwortung wird mit Blick auf die negativen Erfahrungen mit entsprechenden Systemen in Deutschland abgelehnt. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollte die Entscheidung über die Einrichtung den Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Positiv bewertet werden dagegen die Maßnahmen zur Abfallvermeidung. **DK**

Unterstützung für Bayerische Forderung:

Füracker fordert umfassende Länderöffnungsklausel

Äußerungen von Kanzleramt und Bundesinnenministerium bringen Bewegung in die Debatte zur Grundsteuer

„Bei der Grundsteuer kommt jetzt Bewegung in die Sache. Nachdem sich auch die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister deutlich geäußert haben, muss auch der Bundesfinanzminister Scholz einsehen: wieder im Kern denselben extrem bürokratischen Vorschlag zu machen, hilft nicht weiter. Er muss den Ländern endlich ermöglichen, eigene Regelungen für die Grundsteuer zu schaffen“, stellte der Bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker klar.

Eine umfassende Länderöffnungsklausel entspricht dabei auch der ausdrücklichen Forderung der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Mit den Positionen von Kanzleramt und Bundesinnenministerium hat der Gesetzentwurf im Bundeskabinett keine Mehrheit. Der bayerische Finanzminister dazu: „Wenn der Bundesfinanzminister hier der Hoffnung war, dass Bayern alleine kämpft, liegt er falsch.“

„Der am Dienstag vorgelegte Referenten-Entwurf zur Reform der Grundsteuer ist nichts Neues - er ist enttäuschend. Er geht teilweise sogar hinter das zurück, was bereits vereinbart war und stellt lediglich eine - zum Teil sogar noch weiter verschlechterte - Zusammenfassung der bisherigen Scholz-Positionen dar. Dass ein solcher Vorschlag für Bayern nicht ansatzweise akzeptabel ist, müsste eigentlich klar sein“, so Füracker.

„Im Ergebnis bedeutet das: es braucht eine Lösung mit einer umfassenden Länderöffnungsklausel! Dann kann jedes Land selbst entscheiden, ob es das aufwändige Reformmodell des Bundesfinanzministers übernehmen will. Es muss dann aber auch die Konsequenzen in seinen Finanzämtern tragen. Wir in Bayern wollen jedenfalls eine für alle Beteiligten einfache, unbürokratische und nachvollziehbare Lösung“, erklärte er. **□**

Armutsbekämpfung und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ deutlich ausgeweitet werden.

Wie Städtetagspräsident Markus Lewe betonte, sei Armutsbekämpfung gerade in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ein Muss. Die Städte engagierten sich hier mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie beteiligten sich zum Beispiel an der Finanzierung von Leistungen für Arbeitslose, Kinder und Jugendliche. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werde durch spezielle Angebote und Deutschkurse forciert.

Die Städte könnten allerdings die eigentlichen Ursachen für Armut vielfach nicht lösen. Der Verbandschef forderte: „Um die Chancen auf Teilhabe zu stärken, muss ein breiter Ansatz verfolgt werden, etwa durch gute Bildung und durch eine intensive Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik. Außerdem ist es ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung, wenn die Kommunen gestärkt werden. Denn die Städte, die den größten Anteil von Sozialleistungsbeziehenden in der Bevölkerung haben, haben oft die größten finanziellen Probleme.“

Die große Armutsfalle

Dazu sollte zum Beispiel die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ausgeweitet werden. Vor allem für die wirtschaftsnah kommunale Infrastruktur in diesem Programm benötigten die Städte deutlich mehr Mittel, bisher stünden dafür im Bundeshaushalt jährlich nur 320 Millionen Euro zur Verfügung. Vor allem fehlende Qualifikationen verhinderten, dass Menschen eine existenzsichernde Arbeit aufnehmen können, fuhr der Verbandschef fort. Vielerorts fehlten auch einfache Jobs für Geringqualifizierte. Bundesweit könne nahezu jeder zweite Arbeitslose mangels Qualifikation nur Helfertätigkeiten ausüben.

Der Anteil von Menschen, die Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten (Hartz IV), sei in den kreisfreien Städten und Stadtstaaten etwa doppelt so hoch wie in den Landkreisen. Berlin habe mehr SGB II-Bezieher als ganz Bayern, betonte der Ver-

bandschef. Dies sei die größte Armutsfalle, denn Erwerbstätigkeit senke das Armutsrisiko erheblich. Für Hilfeangebote über die Sozialleistungen hinaus setzen die Städte beispielsweise Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Schuldner-, Pflege-, Gesundheitsberatung sowie als Ansprechpartner in Schulen ein. Außerdem praktizieren viele eine regelmäßige detaillierte Sozialberichterstattung.

Ausdruck der bislang positiven Wirtschaftslage sind für den Deutschen Städtetag die nun vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zu den Kommunalfinzen. Die Überschüsse belegten, dass die Kommunen auch im vergangenen Jahr mit den Mitteln für ihre Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll gewirtschaftet und kurzfristige Ausgabensteigerungen weitgehend vermeiden haben. Präsident Lewe zufolge freuen sich die Städte über gute Wirtschaftsdaten und Steuereinnahmen sowie die damit verbundenen Investitionschancen. Besonders erfreulich sei der deutliche Anstieg der Investitionen in der Gesamtheit der Kommunen um 12,9 Prozent.

Strukturschwäche führe zu wachsenden Ungleichgewichten, etwa auf dem regionalen Arbeitsmarkt oder bei kommunalen Leistungen. „Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung Maßnahmen gegen das weitere Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen und Regionen. Solange die Einnahmen gut sind, sollten Bund und Länder die Chance nutzen, um finanzschwache Kommunen zu stärken und dadurch gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern.“ Beispielsweise lagen die Investitionen im Jahr 2018 in Bayern und Baden-Württemberg bei über 500 Euro je Einwohner und im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bei deutlich unter 300 Euro je Einwohner. Wenn allerdings Zukunftschancen der Menschen in Deutschland etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Bildung davon abhängen, in welcher Region jemand lebt, müsse gehandelt werden.

„Mit der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ hat die Bundesregierung einen richtigen Schritt getan, um konkrete Lösungen für strukturschwache Regionen zu entwickeln. **DK**

Energie und Wasser für Bayern:

100 Jahre VBEW

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) feierte vor kurzem seinen 100. Geburtstag. Das gemeinsame Leitmotiv „Energie. Wasser. Leben.“ zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes: Seine Mitgliedsunternehmen sichern mit ihren Produkten und Dienstleistungen die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Dabei setzt sich der VBEW für ein nachhaltiges Wirtschaften ein.

„Die Energieversorgung muss künftig weitestgehend klimaneutral erfolgen, die Ressourcen unserer Wasserversorgung müssen bestmöglich vor den Einflüssen unseres Wirtschaftens geschützt werden“, hob VBEW-Vorsitzender Wolfgang Brandl im Rahmen eines Pressegesprächs in München hervor. „Nach der Stromwende müssen wir jetzt die Verkehrswende vorantreiben. Die rund 400 Mitgliedsunternehmen des VBEW werden einen entscheidenden Beitrag dazu leisten.“

Zum heutigen Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft haben sich 2008 der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft und der Verband der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft zusammengeschlossen. Die bayerische Energiewirtschaft hat somit seit nunmehr über zehn Jahren ihre Kräfte in den Bereichen Erdgas und Strom für die Herausforderungen des liberalisierten Energiemarktes, der Regulierung der

Energiernetze und der „Energie-wende“ gebündelt. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt dabei die Synergien, die ihr ein starker Landesverband bietet.

Hervorragende Wasserqualität

Während weltweit rund 1,2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind, beträgt der Anschlussgrad an die öffentliche Trinkwasserversorgung in Bayern 99 Prozent. Auch die Wasserqualität ist insgesamt hervorragend. Trinkwasser kann fast überall bedenkenlos genossen werden, zumal es sich auch noch um das hierzulande am besten überwachte Lebensmittel handelt. Rund zwei Drittel des Trinkwassers gelangen völlig naturrein und unbehandelt zum Verbraucher.

Die gute Qualität ist nicht nur den natürlichen Voraussetzungen, die es erlauben, ungefähr 86 Prozent des Trinkwassers aus

gut geschütztem Grundwasser und aus Quellen zu entnehmen, zu verdanken. Darüber hinaus garantieren Wasserschutzgebiete einen angemessenen Schutz der Wasservorkommen auch für kommende Generationen.

Bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten beschreibt der Freistaat einen maßvollen Weg. Es werden nur fachlich notwendige Bereiche als Schutzgebiete ausgewiesen, während in anderen Bundesländern vielfach die gesamten Einzugsgebiete herangezogen werden. Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von etwa zwölf Prozent sind daher in Bayern vier Prozent der Landesfläche von Wasserschutzgebieten betroffen.

Rund 2.300 Versorgungsunternehmen garantieren zuverlässig eine flächendeckende Versorgung mit genügend Wasser. Die dezentrale Versorgungsstruktur unter Verantwortung der Kommunen hat sich bewährt. Künftig kommt es, so VBEW-Vorsitzender Brandl, darauf an, flächendeckenden Grundwasserschutz umzusetzen und die technisch-organisatorische Leistungsfähigkeit der kleinteiligen Strukturen zu verbessern.

Landesweite Stromversorgung

Neben allen Anstrengungen, vor allem die landesweite Stromversorgung auf die Grundlage von erneuerbaren Energien zu stellen, dürfe nicht vergessen werden, dass mit Elektrizität derzeit nur etwa 20 Prozent des Endenergiebedarfs gedeckt wird, betonte Brandl. Mit über 30 Mio. Tonnen CO₂ sei vielmehr der Verkehr – im Wesentlichen getragen durch den Energieträger Mineralöl – mit großem Abstand der bedeutendste Sektor für den energiebedingten CO₂-Ausstoß in Bayern.

Betrachte man die gesamte Erzeugungs- und Verbrauchskette, so verursachen Pkw, die mit Strom aus dem deutschen Strommix bewegt werden, bis zu 50 Prozent weniger CO₂ als entsprechende Benzin- oder Dieselfahrzeuge. Wird Ökostrom aus erneuerbaren Energien geladen, ist die Fahrt mit einem E-Mobil nahezu CO₂-frei. Damit leiste die Elektromobilität schon heute einen nachhaltigen Beitrag sowohl zur Luftreinhaltung als auch zum Klimaschutz. Und der Vorteil wird jeden Tag größer, dies belegten zahlreiche seriöse Studien.

Brandl zufolge investieren die VBEW-Mitgliedsunternehmen in die öffentliche Ladeinfrastruktur, um den Elektromobilisten auch unterwegs möglichst komfortabel Strom für ihre Fahrzeuge anbieten zu können. Insgesamt kann derzeit an 2.715 Ladepunkten in Bayern „nachgetankt“ werden (Stand: 01/2019).

Die Ladeinfrastrukturbetreiber arbeiten intensiv daran, über immer kundenfreundlichere Zugangs- und Abrechnungssysteme das Aufladen von Elektroautos genauso komfortabel zu gestalten wie bei den Verbrennern. Hierzu müsse auch die Ladedauer – wann immer nötig – so kurz wie möglich gehalten werden. Dieser Anforderung gerecht zu werden, zähle zu einer der größten Herausforderungen für die Massentauglichkeit der Elektromobilität.

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW setzt sich insbesondere für die emissionsarme Elektro- und Erdgasmobilität ein. Wer mit diesen Fahrzeugen unterwegs ist, kann sehr viel für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende tun. „Während andere über Probleme nur reden, ist es die schöne Pflicht unserer Mitgliedsunternehmen, an den konkreten Lösungen zu arbeiten“, stellte Wolfgang Brandl abschließend fest. **DK**



Das Ergebnis des GZ-Autogas-Testfahrens: Spritkostensparnis auf 1.072 Kilometer von 21,57 Euro gegenüber einem sparsamen Dieselfahrzeug. Unser Bild zeigt Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben und GZ-Verlegerin Theresa von Hasel an Deutschlands erster Tankstelle, die Erdgas aus biogenen Reststoffen anbietet.

Bild: erdgas schwaben

Erdgasautos – Die vergessene Alternative

„Wenn wir eine Mobilitäts- und Energiewende wollen, brauchen wir alles, was verfügbar ist. Und dazu gehört auch der Einsatz von CNG als Treibstoff“, so Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden bei erdgas schwaben.

Natürlich hat der schwäbische Energielieferant auch passende Angebote zur Elektromobilität. Jedoch sollte sich jeder, der künftig nachhaltig individuell unterwegs sein möchte, sorgsam überlegen, für welche Antriebstechnologie er – oder sie – sich entscheidet. Aus Sicht des Energie-Fachmannes liegen die Vorteile, die die Erdgasantriebe bieten, auf der Hand.

Die Motoren sind ausgereift und werden längst von zahlreichen Automobilherstellern in Serie gefertigt. Sie sind in hoher Stückzahl über viele Jahre im

Dauereinsatz. Der Spritpreis ist gravierend günstiger denn die CO₂-Emission ist um gut 25 Prozent geringer als bei den Benzinern; Stickoxide werden gar um 96 Prozent weniger ausgestoßen. Ein Partikelproblem gibt es gar nicht.

Bessere Ökobilanz

So gesehen fällt die Ökobilanz neuer Erdgasautos deutlich günstiger aus als die von Elektrofahrzeugen. Trotzdem bleibt die Nachfrage nach Erdgasautos relativ gering. Dem Erd-

Was tun bei Insolvenz des Energieversorgers?

Auch Kommunen sind neben Privat- und Gewerbetunden von der Insolvenz der Deutschen Energie GmbH betroffen. Wieder einmal müssen die Grundversorger einspringen, damit die Rathäuser, Schulen, Kindergärten und andere öffentlichen Immobilien weiterhin mit Energie und Wärme versorgt werden. Wie das gelingt, stellen wir in einer Sonderveröffentlichung dar, die in GZ Nr. 11 dar. Erscheinungstermin ist der 31. Mai. **□**

gas-Antrieb fehlt das Image einer Zukunftstechnologie; der Kick des neuen Fahrgefühls.

Auch an der Infrastruktur hapert es nach wie vor. Nur an jeder sechsten Tankstelle kann man Erdgas zapfen. 1.000 gibt es aktuell; bis 2026 sollen es doppelt so viele werden. Gerade hat die Bundesregierung auch die Steuervorteile für CNG bis 2026 verlängert.

Es wäre längst an der Zeit, die Vorteile von Erdgas-Fahrzeugen deutlicher darzustellen. Bei Neuanschaffungen könnte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Dienstfahrzeuge in Berlin, in München – und natürlich auch in den Kommunen – sollten viel mehr mit Erdgas betrieben werden. Dann müssten sich die politischen Entscheider auch nicht – wie z. B. der Düsseldorfer Oberbürgermeister Geisel und sein Ordnungssamt – dafür schämen, dass man mit seinem Dieselfahrzeug die Umweltspur nutzt. **□**



Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben (links), und Erwin Kastenmayer, Obermeister der Kaminkehrerinnung Schwaben (rechts). Bild: erdgas schwaben

erdgas schwaben stellt Brennstoffzelle zur Verfügung:

Kaminkehrer üben mit hochmoderner Technologie

Kleine Zelle, große Wirkung: Brennstoffzellen arbeiten sauber, nachhaltig, hocheffizient und superleise. erdgas schwaben hat jetzt der Kaminkehrerinnung Schwaben eine Brennstoffzelle im Wert von rund 20.000 Euro kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kaminkehrerinnung Schwaben ist damit die erste in Bayern, die ihre Mitglieder an einer funktionierenden Brennstoffzelle schulen und prüfen kann.

„erdgas schwaben engagiert sich für die Menschen und die Wirtschaft in unserer Heimat. Ich freue mich deshalb besonders, dass wir mit der Brennstoffzelle die zeitgemäße Aus- und Weiterbildung der Kaminkehrer in Bayerisch-Schwaben unterstützen können“, sagte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, bei der offiziellen Übergabe. „Die Brennstoffzellentechnik ist ein wichtiger Baustein für die Energie- und Klimawende. Denn die Brennstoffzellen erzeugen supereffizient und klimaschonend gleichzeitig Wärme und Strom. Wir von erdgas schwaben arbeiten daran, dass sich die innovative Technologie durchsetzen wird.“

Umfangreiche Erfahrungen mit innovativer Technologie

erdgas schwaben hat bereits umfangreiche Erfahrungen mit der innovativen Technologie gesammelt. In einem Neubaugebiet in Langweid werden 30 Doppel- und Reihenhäuser mit Brennstoffzellen ausgestattet. erdgas schwaben hat dafür das Energiekonzept entwickelt.

Die Brennstoffzelle bietet mehrere Vorteile: Innovative und sichere Technik, fast wartungsfrei, Strom- und Wärmeerzeugung in den eigenen vier Wänden und damit ein Plus an Unabhängigkeit. Wer mit Brennstoffzelle heizt, trägt aktiv zur Energie- und Klimawende bei. Jede Brennstoffzelle spart 1,1 Tonnen CO₂ im Jahr ein. Wird die Brennstoffzelle mit Bio-Erdgas versorgt, läuft sie nahezu CO₂- und damit klimaneutral.

Nachwuchs mit neuester Technik ausbilden

„Als Kaminkehrer beraten wir unsere Kunden auch zur umwelt- und klimaschonenden Energieversorgung. Deshalb freuen wir uns, dass wir mit der neuen Technik jetzt auch schon trainieren und vor allem auch den Nachwuchs direkt an den neuesten Technologien ausbilden können“, sagte Erwin Kastenmayer, Obermeister der Kaminkehrerinnung Schwaben. „Mit erdgas schwaben arbeiten wir schon lange sehr gut zusammen“, so Kastenmayer.

Mehr Informationen unter www.erdgas-schwaben.de **□**

Bleib sauber!

Komm zu erdgas schwaben!

Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de

erdgas
schwaben

sicher, günstig, nah

Die Energiewende zum Erfolg führen

Gemeinsame Empfehlungen von ESYS, BDI und dena

In einer gemeinsamen Initiative haben die deutschen Wissenschaftsakademien mit ihrem Projekt „Energiesysteme der Zukunft“ (ESYS), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Deutsche Energie-Agentur (dena) Empfehlungen für sieben Handlungsfelder vorgelegt, damit Deutschland die Energiewende zum Erfolg führen und seine Klimaziele für das Jahr 2050 erreichen kann. Voraussetzung sei rasches und entschlossenes Handeln der Politik. Bereits in den kommenden Monaten soll ein umfassendes Maßnahmenpaket den Grundstein für umfangreiche Investitionen legen.

1. Erneuerbare Energien schneller ausbauen:

Der Gesetzgeber muss den gesetzlichen Ausbaukorridor von Wind- und PV-Anlagen auf mindestens 6 GW pro Jahr (d.h. plus 50 Prozent gegenüber EEG 2017) erhöhen. Zudem ist eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern erforderlich, die für ausreichende Flächenpotenziale durch die Ausweisung von Vorranggebieten sorgt, Abstandsregelungen an den Bedarf anpasst (ggf. über bundesweite Regelungen) und für Akzeptanz in der Bevölkerung wirbt. Es gilt in enger Zusammenarbeit von Netzbetreibern, Genehmigungsbehörden und Politik den Ausbau zu beschleunigen sowie die Auslastung der Stromnetze durch intelligente Steuerungsmöglichkeiten und systemische Ansätze (z.B. räumliche Allokation erneuerbarer Energien, integrierte Gas- und Stromnetzplanung) zu optimieren, sodass die erneuerbaren Energien bestmöglich integriert werden.

2. Versorgung sichern – Verbrauch flexibilisieren, regelbare Kraftwerke bereitstellen:

Noch in dieser Legislatur sollte die Bundesregierung das heutige System an Entgelten, Steuern, Abgaben und Umlagen grundsätzlich reformieren. Das ist die Voraussetzung für eine optimierte Kopplung der Sektoren und einen Einsatz von Flexibilität für die verschiedenen Anbietersysteme im Markt und im Netz. Auch sollten in enger Abstimmung mit den Nachbarländern und der Europäischen Union der Strombinnenmarkt kontinuierlich weiterentwickelt und die Transportkapazitäten im Verbundnetz ausgebaut werden. Damit können Schwankungen bei Stromangebot und -nachfrage besser ausgeglichen und gesicherte Leistung gemeinsam genutzt werden. Die Bundesregierung sollte in den folgenden Jahren die Entwicklung der Versorgungssicherheit in Deutschland eng beob-

achten (Monitoring) und mittelfristig die Refinanzierbarkeit von regelbaren Kraftwerken mit niedrigen Betriebsstunden am Strommarkt bzw. Weiterentwicklungsbedarf bei den Reservemechanismen prüfen.

3. Markt und Technologien für erneuerbare synthetische Energieträger aufbauen:

Die Politik wird aufgefordert, gemeinsam mit Energiewirtschaft und Wissenschaft die Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Technologien voranzutreiben. Ziele sind eine deutliche Kostendegression und bessere Systemintegration sowie die Optimierung von verschiedenen Erzeugungs-, Transport- und Nutzungspfaden. Die Bundesregierung benötigt eine gezielte europäisch abgestimmte Markteinführungsstrategie, um die Technologien kontinuierlich zur Marktreife heranzuführen und Know-how in Deutschland zu sichern. Parallel sollte die Bundesregierung auf internationaler Ebene (z.B. G20, Energiepartnerschaften) für internationale Pilotprojekte werben, um die Chancen durch einen globalen Handel mit synthetischen Energieträgern zu befördern.

4. Auf neuen Technologiemix im Verkehr umstellen:

Instrumente sollten technologieoffen elektrisch, gasförmig und mit CO₂-neutralen Kraftstoffen betriebene Antriebe gleichermaßen im Blick halten. Das sichert ein breites und daher besser akzeptiertes Fahrzeugangebot für alle Mobilitätsbedürfnisse und einen effizienten Transformationsprozess ohne Brüche. Dabei muss sichergestellt werden, dass stark betroffene Gruppen (Pendler, finanziell schwache Bevölkerungsgruppen) nicht unverhältnismäßig belastet werden. Es gilt zudem, die Elektromobilität im Pkw-Bereich systematisch zu ermöglichen durch Beschleunigung des Ausbaus der privaten und öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur und Förderung sowie durch Umstellen von Flotten in öffentlicher Hand. Der strategische Dialog mit den EU-Mitgliedsstaaten muss intensiviert werden, um bis Mitte der 2020er Jahre international abgestimmte politische Entscheidungen für die Umsetzung von langfristigen Infrastrukturprojekten für den Langstrecken-Personen- und Schwerlastverkehr zu erreichen. Da der Großteil des Luft- und Schiffsverkehrs in international regulierten Regionen stattfindet, müssen dort umgehend wirksame Mechanismen implementiert werden, die die Nachfrage nach nachhaltigen, erneuerbaren Kraftstoffen schnell forcieren.

Das Gesetz tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die erforderlichen beihilferechtlichen Anzeigen bei der EU-Kommission erfolgen, frühestens jedoch am 1.7.2019. AS

5. Gebäudestärker und schneller energetisch sanieren:

Investitionen in den energieeffizienten Gebäudebestand müssen durch wirksame Förderimpulse unverzüglich gesteigert werden. Dafür sollte der Staat die Gebäudesanierung steuerlich fördern und die Förderhöhe, Wirksamkeit sowie das Zusammenwirken mit anderen Maßnahmen wie einem CO₂-Preis regelmäßig überprüfen. Es gilt, ein angemessenes Niveau für die Sanierungsstandards anzustreben: Bestandsgebäude, die nach nicht ausreichenden energetischen Standards saniert werden, müssen bis 2050 ein weiteres Mal saniert werden. Das führt zu immensen Mehrkosten. Auch sollten kommunale Entscheider den Ausbau von Wärmenetzen und Wärmespeichern in urbanen Ballungsgebieten über das heutige Niveau hinaus prüfen. Bei der Gestaltung von Rahmen- und Förderbedingungen durch den Gesetzgeber gilt es, Quartierskonzepte zu berücksichtigen. Parallel sollten Bund, Länder und Kommunen Informationsangebote und unterstützende Marktinstrumente (z.B. Anreizsystem für individuelle Sanierungsfahrpläne) verstärken, Fördermechanismen verschlanken und gemeinsam mit den Bildungsträgern die Qualifizierung von Planern, Beratern und Handwerkern verbessern.

6. Industrieemissionen vermeiden:

Sollen die Klimaziele bis 2050 erreicht werden, müssen neue Verfahren zur Vermeidung von Prozessemissionen bereits 2030 zur Verfügung stehen. Gerade für eine erfolgreiche Transformation des Industriesektors muss die Bundesregierung langfristig planbare Rahmenbedingungen für die Energiewende setzen. Nur so können Unternehmen die erforderlichen weitreichenden Investitionsentscheidungen treffen. Auch müssen Europäische Union und Bundesregierung mit flankierenden Maßnahmen weiterhin sicherstellen, dass Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, nicht ihre Produktionen aufgrund steigender Energiekosten ins Ausland verlegen („carbon leakage“). Zudem sollte in Deutschland auf Bundes- und Landesebene eine neue gesellschaftliche Auseinandersetzung angestoßen werden, ob und unter welchen Bedingungen der Einsatz von CCS zur Vermeidung von prozessbedingten THG-Emissionen in der Industrie gesellschaftlich akzeptiert und eingesetzt werden kann.

7. Ganzheitliche Steuerung der Energiewende, um Investitionen zu ermöglichen:

Die Bundesregierung sollte Rahmenbedingungen schaffen, die langfristige Planbarkeit gewährleisten, um Investitionsrisiken zu minimieren. Als Ausgangspunkt sollte das System an Abgaben, Umlagen und Steuern umfassend und möglichst noch in dieser Legislaturperiode überarbeitet werden. DK

Bundesinnovationspreis für Hörmann Solartechnik

Auf der Internationalen Handwerksmesse (IHM) konnte die Firma Hörmann Solartechnik aus Zusmarshausen bei Augsburg einen Riesenerfolg verzeichnen. Das Unternehmen sicherte sich den mit 5.000 Euro dotierten Bundesinnovationspreis für sein wegweisendes Konzept zur Langzeitspeicherung von Sonnenstrom.

Mit einem ausgeklügelten Konzept gelingt es, die gewonnene Energie der Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und der Fassade dem Energiebedarf des Hauses mittels Langzeitspeicherung mit Wasserstoff anzupassen. Im Sommer wird aus überschüssiger Sonnenenergie Wasserstoff produziert, der im Winter mit einer Brennstoffzelle wieder in Strom gewandelt wird. Als „Abfallprodukt“ entsteht vor allem in den Wintermonaten Wärme, welche sinnvoll im Haus zum Heizen und

zur Warmwassererwärmung genutzt wird.

Die Firma Hörmann Solartechnik beschäftigt sich ausschließlich mit regenerativen Energien. Geschäftsführerin Rita Hörmann: „Für uns war immer ein Thema, wie wir überschüssige Energie speichern können und das nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft.“ Das neu errichtete Haus läuft seit Dezember komplett autark ohne Stromanschluss und kann am 27. und 28. April 2019 vor Ort besichtigt werden. □



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Dr. Egon Westphal, Technik-Vorstand der Bayernwerk AG (rechts) bei der feierlichen Einweihung des neuen Pellet-Werks in Wunsiedel. Bild: C. Martens/Bayernwerk

Pellet-Werk macht Wunsiedel zur Energiestadt

Wunsiedel/Regensburg. Prominenter Besuch in Wunsiedel: Der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder kam nach Oberfranken, um bei der feierlichen Einweihung des neuen Pellet-Werks mit angeschlossenem Regelenergie-Kraftwerk zu sprechen. Seit 15. März sind beide Werke nun offiziell in Betrieb. Die 30-Millionen-Euro-Investition macht die Festspielstadt endgültig zur Energiestadt und Pellet-Hochburg. Gesellschafter sind neben der Gasversorgung Wunsiedel GmbH und der WUN Bioenergie GmbH auch die BayWa AG und die GHD Bayernwerk Natur GmbH & Co. KG.

„Das neue Pellet-Werk ist ein Musterbeispiel für die dezentrale Energieversorgung. Wunsiedel wird zur Pellet-Hochburg und geht entschlossen bei der Energiewende voran“, sagte der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Das Werk sei ein großer Vertrauensbeweis in die oberfränkische Heimat, denn es schafft Arbeitsplätze und hilft, die Region zukunftsfit zu machen. „Holz kann einen Beitrag zur Energie der Zukunft leisten, denn der Rohstoff ist nachwachsend, nachhaltig und regional“, erklärte Söder. Die Energiewende in Bayern sei nur mit vereinten Kräften zu schaffen. „Deshalb wollen wir auch den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien in ganz Bayern vorantreiben“, sagte der Ministerpräsident.

Baustein der neuen Energiewelt

Dr. Egon Westphal, Technik-Vorstand der Bayernwerk AG, sprach bei dem Pellet-Werk mit angeschlossenem Gas-BHKW von einem zentralen Baustein der neuen Energiewelt. „Energie wird lokal erzeugt, in Strom und Wärme umgewandelt und vor Ort verbraucht. Das ist ein energetisches Mikrosystem, das den Grad der Eigenversorgung der Stadt Wunsiedel erhöht, die lokale Wertschöpfung steigert und den Einsatz der Energie flexibler macht“, sagte der Bayernwerk-Technikchef.

Bürger als Mitgestalter des Energiesystems

Westphal bezeichnete die WUN Pellets als Technologievorreiter, denn die Zukunft im Freistaat bestehe aus einer Vielfalt miteinander verbundener Mikrosysteme. In einem dezentralen Energiesystem werden Bürgerinnen und Bürger zunehmend zu Gestaltern einer modernen Energiewelt. Statt wie früher ausschließlich als Verbraucher aufzutreten, produzieren private Haushalte als Prosumer Strom. Doch sie nutzen ihren selbst erzeugten Strom nicht nur, wenn die Sonne scheint, sondern speichern ihn oder setzen ihn flexibel in der Mobilität oder Wärmegewinnung ein. „Bürgerinnen und Bürger als sogenannte Flexumer können das Energiesystem mitgestalten und zur Stabilität der Energieversorgung beitragen“, sagte Bayernwerk-Technik-Vorstand Westphal. Die Bayernwerk AG ist über die 50-Prozent-Beteiligung an der Gasversorgung Wunsiedel und über die Tochter GHD der Bayernwerk Natur GmbH Mit-

gründer der WUN Pellets GmbH. Wunsiedels Zweiter Bürgermeister Manfred Söllner verwies auf Artikel 83 der Bayerischen Verfassung, der die Aufgaben der Kommune zur Daseinsvorsorge festlegt. „Dazu sollte auch der Klimaschutz gehören“, wünschte sich Söllner, „denn das würde unserer Forderung, die dafür nötigen Mittel zu erhalten, noch mehr Nachdruck verleihen.“ Klimaschutz gehört für Söllner zwingend in die Hände von Kommunen.

Beeindruckende Dimensionen

Reinhold Kellner, Geschäftsführer der WUN Pellets GmbH, erläuterte die beeindruckenden Dimensionen des Millio-nenprojekts: „Pro Jahr werden rund 9,5 Millionen Schüttraummeter Sägespäne verarbeitet – ausschließlich Nebenprodukte aus Holzsägewerken und der Holzverarbeitenden Industrie der Region. Daraus sollen rund 105.000 Tonnen Holzpellets entstehen, die mit der Wärme aus den Gas-BHKW getrocknet werden.“ Mit den 105.000 Tonnen Pellets lassen sich etwa 30.000 Einfamilienhäuser beheizen. „Die Blockheizkraftwerke erzeugen neben Wärme auch Strom, der ebenfalls für rund 40.000 Haushalte ausreicht“, erklärte Kellner. Die maximale elektrische Leistung der Blockheizkraftwerke entspreche in etwa der aktuellen Gesamtleistung im Stromnetzgebiet der SWW Wunsiedel GmbH. Durch die intelligente Kombination von Pellet-Werk und Blockheizkraftwerken werde ein Gesamtwirkungsgrad von 95 Prozent erreicht.

Dreiklang: klimafreundlich, kostengünstig, zuverlässig

Alle in der WUN Pellets engagierten Unternehmen haben das Ziel, die Energieversorgung klimafreundlich, dauerhaft kostengünstig und zuverlässig zu gestalten. Dieser Dreiklang sei nur mit regionalen erneuerbaren Quellen umsetzbar, betonte Marco Krasser, Mitglied der Geschäftsführung der WUN Pellets GmbH. Im Fall des Pellet-Werks sei das Biomasse. Dazu werde im Vergleich zu Öl oder Kohle umwelt- und klimaschonenderes Erdgas zum Betrieb der drei Motoren der Blockheizkraftwerke (BHKW) eingesetzt, um neben Wärme zur Trocknung der Pellets auch Strom zu erzeugen. Das BHKW lasse sich sehr schnell an- und abschalten, so dass es helfen wird, das Stromnetz zu stabilisieren. □

Stromsteuergesetz:

Mehr Rechtssicherheit für Unternehmen

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen sowie zur Änderung energiesteuerrechtlicher Vorschriften beschlossen. Stromsteuerbefreiungen sind damit so gestaltet, dass sie zum EU-Beihilferecht konform sind.

Bisher gewährte Befreiungen von der Stromsteuer, zum Beispiel für Kleinanlagen bis zu einer Nennleistung bis zu zwei Megawatt, gelten als staatliche Beihilfen im Sinne des EU-Vertrages. Mit der neuen Regelung sollen die Steuerbefreiungen einen klar definierten Anwendungsbereich bekommen und künftig rechtssicher und ohne großen bürokratischen Aufwand gewährt werden können. Damit endet die jahrelange Diskussion, das EU-Beihilferecht erfordere, bereits Anlagen mit einer (Nenn-)Leistung von über einem Megawatt mit der Stromsteuer zu belasten – anstatt die bewährte Grenze von zwei Megawatt beizubehalten. Dezentrale Anlagen vor Ort, die Wirtschaft und Bürger im Umkreis von 4,5 Kilometern mit Strom versorgen, werden weder rückwirkend noch in Zukunft mit der Stromsteuer belastet. Positiv ist auch die Neufassung der Regelung zur Entlastung und Nachweisführung für den Versandhandel mit Energieerzeugnissen.

Die Stromsteuerbefreiung nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 StromStG umfasst künftig Strom, der in Stromerzeugungsanlagen mit einer elektri-

schen Nennleistung von mehr als zwei Megawatt aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt und zum reinen Eigen- beziehungsweise Selbstverbrauch des Betreibers der Stromerzeugungsanlage verwendet wird. Das Erfordernis eines „Grünstromnetzes“ fällt weg. Durch die Beschränkung auf den Selbstverbrauch erhalte die Befreiung nach Angaben der Regierung innerhalb des Stromsteuerrechts einen klar definierten Anwendungsbereich. Die Grundstruktur der bisherigen Steuerbefreiungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 des StromStG für Erzeugungsanlagen mit einer elektrischen Nennleistung von bis zu zwei Megawatt bleibt erhalten. Die Befreiungen werden künftig jedoch auf Strom, der aus erneuerbaren Energieträgern oder mittels umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie (KWK) erzeugt wird, beschränkt.

Das Gesetz tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die erforderlichen beihilferechtlichen Anzeigen bei der EU-Kommission erfolgen, frühestens jedoch am 1.7.2019. AS

Startschuss am 2. Mai:

Der „ENPonline“ geht online

Die ZD.B Themenplattform „Digitalisierung im Energiebereich“ lädt am 2. Mai 2019 ins bayerische Wirtschaftsministerium zu einer gemeinsamen Startschuss-Veranstaltung mit der Landeshauptstadt München und dem Landkreis Berchtesgadener Land.

Unter dem Motto „Energie. Digital. Kommunal.“ entwickelte das Wirtschaftsministerium einen interaktiven Online-Leitfaden mit Ausschreibungshilfe für die Erstellung von Energienutzungsplänen: ENPonline. Die Veranstaltung ist daher insbesondere für Vertreter von Kommunen und kommunalen Einrichtungen interessant. Unter anderem stehen vier interaktive Workshops und Hands-on Sessions auf dem Programm.

Anmeldung unter folgendem Link: <https://enponline2019.eventbrite.com> □

LEW-Bilanzpressekonferenz 2018:

Zukunftssicheres Energiesystem für die Region

„Wir machen das Energiesystem der Region zukunftssicher. Grün – dezentral – digital, das ist dabei unser Zielbild und wesentlicher Eckpfeiler der LEW-Strategie“, unterstrich Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpfer bei der LEW-Bilanzpressekonferenz in Augsburg. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 habe die LEW-Gruppe in den Bereichen Netz, Erzeugung, Kundenlösungen, Telekommunikation und Innovationen viel beachtete, neue Impulse gesetzt. „Diesen Weg gehen wir konsequent weiter fort.“

2018 bewegten sich die Investitionen der LEW-Gruppe mit 108 Mio. Euro auf einem Allzeithoch, sie lagen sogar noch leicht über dem Wert des Vorjahres. Der Großteil der Mittel wurde in den Ausbau und die Erneuerung des Stromverteilnetzes in der Region investiert. Weitere Schwerpunkte waren der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur sowie die Modernisierung einiger LEW-Wasserkraftwerke an Iller und Lech.

Die Wasserkraft-Aktivitäten der LEW-Gruppe waren bislang bei der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH, kurz BEW, gebündelt. Zum 1. Februar 2019 wurde BEW in LEW Wasserkraft umbenannt. „Damit möchten wir zeigen, dass die Wasserkraft zu Lew gehört und herausstellen, wie wichtig erneuerbare Energie aus Wasserkraft auch in Zukunft sein wird“, berichtete LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann.

Bayerisch-Schwaben gehört mit einem rechnerischen Anteil von mehr als 70 Prozent am Stromverbrauch der Endkunden im LEW-Netzgebiet zu den Vorreitern bei erneuerbaren Energien in Deutschland. 2018 erreichte dabei die Einspeisung aus Photovoltaikanlagen einen neuen Rekordwert: 1.680 Millionen Kilowattstunden wurden insgesamt eingespeist. Damit können rechnerisch rund 470.000 Durchschnittshaushalte ein Jahr lang mit Strom versorgt werden. Prognosen zufolge beläuft sich 2018 die Gesamtsumme der Vergütungszahlungen an die Betreiber von PV-Anlagen im LEW-Netzgebiet auf rund 520 Millionen Euro – das ist mehr als je zuvor und macht etwa 70 Prozent der gesamten EEG-Vergütung im LEW-Netz aus.

Ende 2018 waren insgesamt mehr als 75.000 regenerative, dezentrale Anlagen ans LEW-Netz angeschlossen, rund 2.500 mehr als im Vorjahr. Sie kommen zusammen auf eine Gesamtleistung von

insgesamt 2.170 Megawatt und haben 2018 rund fünf Milliarden Kilowattstunden in das LEW-Netz eingespeist. Das deckt rechnerisch den jährlichen Strombedarf von mehr als 1,6 Millionen Haushalten – fast doppelt so viele wie im Regierungsbezirk Schwaben. Die ans LEW-Netz angeschlossenen Erzeugungsanlagen erzeugten 2018 an etwa jedem zweiten Tag mehr Strom als insgesamt benötigt wurde. Diese überschüssige Energie wurde in das vorgelagerte Übertragungsnetz gespeist.

Photovoltaik-Lösungen

Auch die eigene Erzeugung aus Photovoltaik baut LEW weiter aus: 2018 hat LEW auf eigenen Gebäuden 15 Dachanlagen installiert, hinzu kamen zwei Solarparks mit einer Leistung von je etwa 750 Kilowatt peak. Die Gesamtleistung der eigenen PV-Anlagen von LEW betrug zum Jahresende damit rund 3,8 Megawatt peak. Das ist etwa doppelt so viel wie noch vor einem Jahr.

Das Thema Photovoltaik stieß auch bei Kunden auf große Resonanz. Mit der LEW Solar Cloud haben die Lechwerke eine viel beachtete, neue virtuelle Speicherlösung für Privatkunden auf den Markt gebracht, die physikalische Batteriespeicher ergänzt: Der in der SolarCloud virtuell gespeicherte Ökostrom steht jederzeit zur Verfügung und kann das ganze Jahr über genutzt werden. LEW vermarktet die LEW Solar Cloud im Paket mit einer PV-Anlage und einem physischen Speicher. Auch Unternehmenskunden und Organisationen setzen auf PV-Lösungen von LEW. Die Lechwerke decken hier die gesamte Bandbreite der Dienstleistungen ab: von der Potenzialanalyse, über die Konzeption, Beschaffung bis hin zu Montage, optimiertem Betrieb und Wartung.

„Mit unseren Lösungen brin-

gen wir die Energiewende in die Haushalte. Davon profitieren unsere Kunden und gleichzeitig tragen solche konkreten Lösungen zum Umbau des Energiesystems bei“, unterstrich Schürmann. „Im Mittelpunkt stehen PV-Angebote, Elektromobilität, Glasfaser sowie hocheffiziente Wärmekonzepte.“

Wärmepumpen-Technologie

Seit Jahrzehnten setzt sich LEW im Wärmebereich für die Heiztechnologie der Wärmepumpe ein. Etwa 16.000 Wärmepumpen sind derzeit in Bayerisch-Schwaben verbaut. Damit gehört die Region deutschlandweit zu den Vorreitern. Als Entwickler und Dienstleister im Bereich von Quartierslösungen hat LEW 2018 mit dem Konzept der sogenannten kalten Nahwärme neue Akzente gesetzt: Hier wird Grundwasser als Energieträger zentral gefördert und zu Wärmepumpen für die dezentrale Wärmeerzeugung geleitet. Von diesem Konzept profitiert bereits ein Neubaugebiet in Friedberg. Dort können alle geplanten fast 250 Wohneinheiten besonders energieeffizient und klimaschonend mit Wärme und Warmwasser versorgt werden.

Neben der Wärmepumpe eignen sich laut Schürmann auch andere Technologien für die Nutzung regional erzeugten Ökostroms. Ein Beispiel dafür ist das Projekt FLAIR, das sich mit der Optimierung von Speicherheizungen beschäftigt. Dabei ist der Projektname Programm: flexible Lasten intelligent regeln.

„Bis wir den grünen Strom vor Ort optimal nutzen können, ist aber noch ein Stück Weg zu gehen“, ergänzte Markus Litpfer. „Wir brauchen mehr Transparenz über den Verbrauch sowie eine bessere Auslastung und Steuerung der Netze. Ein Baustein können hier digitale, intelligente Zähler sein.“ Bereits seit zwei Jahren baue LEW im Netzgebiet moderne Messeinrichtungen ein. Mittlerweile seien mehr als 40.000 Zähler auf diese Technik umgerüstet worden.

Elektromobilität

Seine Position als führender Betreiber von Ladeinfrastruktur in der Region hat LEW im Bereich der Elektromobilität 2018 weiter ausgebaut und das Ladenetz für die Fahrer von Elektroautos noch einmal deutlich dichter geknüpft: Mit Unterstützung des Bundesprogramms Ladeinfrastruktur wurde die Anzahl der Lademöglichkeiten fast verdoppelt. LEW hat 120 Ladepunkte neu in der Region aufgebaut, darunter 36 für Gleichstromschnellladung. An diesen Ladepunkten dauert es durchschnittlich nur 20 Minuten, bis der Akku eines E-Autos zu 80 Prozent aufgeladen ist. Insgesamt betreibt LEW 270 öffentliche Ladepunkte für Elektroautos in der Region.

Neben verschiedenen Ladelösungen für Unternehmen, Kommunen und Privathaushalte bietet LEW auch diverse Autostrom-Produkte an. So gibt es beispielsweise eine Autostrom Monatsflat, mit der das eigene E-Auto an mehreren tausend Ladesäulen in Deutschland beliebig häufig aufgeladen werden kann.

Digitalisierung ist wesentlicher Bestandteil dezentraler Energiesysteme. Mit dem eigenen, rund 3.000 Kilometer langen Glasfasernetz betreibt die LEW-Gruppe das größte regionale Telekommunikationsnetz zwischen Donauwörth und Schongau. Auf Basis dieser Infrastruktur hat LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEW-Gruppe, bereits mehr als 200 Breitbandprojekte in Kommunen der Region umgesetzt

bzw. arbeitet aktuell an deren Umsetzung.

Vergangenes Jahr hat LEW nun ein neues Kapitel in der Unternehmensgeschichte aufgeschlagen: LEW Highspeed ist das neue Triple Play-Produkt von LEW TelNet für Privatkunden: Internet, Telefonie und TV, zukunftssicher über Glasfaser bis ins Haus. 2018 hat LEW in ausgewählten Kommunen für das Angebot geworben: Die Resonanz war ausgesprochen positiv, so dass LEW 2019 nun in acht Kommunen, nämlich in Thierhaupten im Landkreis Augsburg, Bubesheim, Kötz und Rettenbach im Landkreis Günzburg, Egling und Prittriching im Landkreis Landsberg sowie in Rammingen und Türkheim im Landkreis Unterallgäu, mit dem Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes bis an alle Grundstücke beginnt.

Netzausbau

Rückgrat der dezentralen Energiewende ist das Verteilnetz. Das Stromnetz, das LEW in der Region betreibt, hat eine Leitungslänge von insgesamt rund 35.000 Kilometern. Den Um- und Ausbau dieser Infrastruktur treibt LEW mit hohen Investitionen konsequent voran und gewährleistet so die Umsetzung der Energiewende in der Region. Neben dem Netzausbau treibt LEW auch den Einsatz neuer Technologien im Netz voran: Mittlerweile sind etwa 240 Ortsnetzstationen mit intelligenter Technik ausgerüstet – sie übertragen aktuelle Messwerte in das Netzleitsystem und bieten zusätzliche Möglichkeiten der Fernsteuerung.

In diesem Zusammenhang rief Litpfer dazu auf, das rasant wachsende Flexibilitätspotenzial – siehe Batteriespeicher, Wärmepumpen, Elektroautos etc. – im Ver-



Die LEW-Vorstände Dr. Markus Litpfer (l.) und Norbert Schürmann.

Bild: Christina Bleier / LEW

teilnetz zu nutzen. Dafür seien allerdings veränderte Rahmenbedingungen notwendig: „Erstens müssen Verteilnetzbetreiber rechtlich in die Lage versetzt werden, Flexibilität zu nutzen und Anlagen netzdienlich zu steuern. Zweitens muss der dafür erforderliche Einsatz von Innovation und Flexibilität regulatorisch auch vergütet werden.“

Smart City

In aller Munde ist seit einiger Zeit der Begriff der Smart City. LEW ist davon überzeugt, dass smarte Lösungen nicht nur für Großstädte relevant sind, sondern auch kleineren Städten und dem ländlichen Raum Vorteile bieten. Genau hier setzt Inno.Live an. Mit diesem Pilotversuch wird im Bereich kommunaler Lösungen seit Ende 2018 in Stadtbergen und Königsbrunn ein funkbasiertes System von Sensoren getestet. Es übermittelt Daten an ein Backend, die dort aufbereitet den Kommunen zur Verfügung stehen. Die Sensoren messen beispielsweise Feuchtigkeit in

Blumenbeeten oder Pflanzkübeln, erfassen Füllstände von Mülleimern oder überwachen Rettungswege. So lassen sich für Kommunen Kosten reduzieren, der Service für die Bürger verbessern und durch weniger Fahrten auch die Umwelt schonen. Bei den Kommunen in der Region stößt der Pilotversuch auf großes Interesse. Anhand der Ergebnisse wird LEW diese smarten Anwendungen für Kommunen weiterentwickeln.

Fazit: „Beim Umbau des Energiesystems gibt es keine einfachen Lösungen. Wichtig ist es, dass die Politik endlich die Weichen richtig stellt und die Energiewende wieder Fahrt aufnimmt. Wir können es uns nicht leisten, Energiewende und Klimaschutz auf die lange Bank zu schieben“, bemerkte Litpfer. „Unstrittig ist: Es sind spannende Zeiten, in denen wir leben und arbeiten. Die LEW-Gruppe treibt mit hohen Investitionen den Umbau des regionalen Energiesystems voran, trägt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts bei und bietet Lösungen, die die Menschen mit in die Energiezukunft begleiten.“ DK

Auszeichnung für Klimapakt Münchner Wirtschaft

Auf der Jahrestagung der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke auf der Hannover Messe hat der Klimapakt Münchner Wirtschaft, ein von der Stadt initiiertes Zusammenschluss von 15 Münchner Großunternehmen, die Auszeichnung „besonders innovatives Netzwerk“ erhalten. Die Auszeichnungen wurden von Andreas Feicht, Staatssekretär im BMWi, und Dr. Karsten Sach, Abteilungsleiter im BMU, zusammen mit Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des BDEW, übergeben.

Der Klimapakt Münchner Wirtschaft ist eines von über 200 Energieeffizienz-Netzwerken. Diese entstanden seit Dezember 2014 bundesweit auf Initiative der Bundesregierung und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Das Münchner Netzwerk besteht aus 14 großen Unternehmen, darunter Allianz, Deutsche Telekom und Siemens, die durch ein Zusammenspiel von dezentraler und erneuerbarer Energieversorgung, effizienter Produktion, Green Buildings und emissionsarmen Mobilitätslösungen wie einer digitalen Fahrgemeinschaftsplattform insgesamt über 28 Millionen Kilowattstunden Energie einsparen wollen. Bilanz des Klimapaktes Münchner Wirtschaft im Zeitraum 2015 bis 2017 ist die freiwillige Einsparung von 48.000 Tonnen CO₂ durch die Unternehmen.

Clemens Baumgärtner, Münchner Referent für Arbeit und Wirtschaft, zeigte sich stolz darauf,

dass die Erfolge des Münchner Klimapaktes auch auf Bundesebene anerkannt werden. „München darf damit als Vorbild gelten. Der Klimapakt ist ein starkes Netzwerk wichtiger Unternehmen in unserer Stadt. Er leistet einen erheblichen Beitrag zur Erreichung des Klimaschutzziels der Landeshauptstadt München.“

BMW-Staatssekretär Andreas Feicht zufolge zeigen die Ergebnisse des begleitenden Monitorings der Netzwerk-Initiative, dass Unternehmen in Energieeffizienz-Netzwerken in der Regel mehr Energie und CO₂ einsparen können, als sie sich vorgenommen haben. Im Durchschnitt erfüllen sie ihre selbst gesteckten Einsparziele zu 108 Prozent. Das spart Energiekosten und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig stellten die Unternehmen eindrucksvoll die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter Beweis. DK



Energiehelden gesucht!

10.000 Euro für Bürger, Schulen und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?

Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Kommunaler Wohnungsbau:

Passgenaue Kombination für Bad Rodach

KommWFP bietet Staatlichen Zuschuss plus langfristiges Förderdarlehen der BayernLabo

Die Stadt Bad Rodach, begleitet von der Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Coburg, investiert 4,68 Millionen Euro und baut moderne und bezahlbare Wohnungen. Auf der Baustelle in der Max-Roesler-Straße in Bad Rodach im Coburger Land geht es geschäftig zu. Schließlich sollen die geplanten 18 Neubauwohnungen schon im kommenden Jahr bezugsfertig sein. Alle Wohnungen werden barrierefrei, eine Zweizimmerwohnung im Erdgeschoss zusätzlich rollstuhlgerichtet, gebaut. Die Wohnungsgrößen bewegen sich zwischen 55 und 90 Quadratmeter, es entsteht ein dreigeschossiger Bau mit Unterkellerung.

Bürgermeister Tobias Ehrlicher ist beim symbolischen Spatentisch sichtlich stolz auf die städtebauliche Entwicklung und Schaffung von neuem und vor allem auch barrierefreiem Wohnraum. Schließlich ist der Bedarf an modernen und zugleich bezahlbaren Wohnungen nicht nur in Metropolregionen und Großstädten hoch, sondern auch in kleineren Städten und Gemeinden. Und es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich diese als Bauherr für die Schaffung von Wohnraum engagieren. Bad Rodach hingegen hat das

Heft in die Hand genommen. „Bezahlbares Wohnen gehört zu unseren Hauptanliegen. Daher haben wir uns entschieden, selbst als Bauherr aufzutreten um so mehr Wohnraum zu schaffen, der zudem barrierefrei konzipiert ist.“

Günstige Konditionen

Die Stadt Bad Rodach nutzt für den Neubau ein städtisches Grundstück, auf dem zuvor drei Gebäude standen. Zur Finanzierung hat der Stadt das „Kommunale Wohnraumförderpro-

gramm“ (KommWFP) des Freistaats in die Karten gespielt: 30 Prozent Zuschuss des Freistaats, 60 Prozent Darlehen der BayernLabo zu günstigen Konditionen und nur zehn Prozent Eigenanteil machten die Entscheidungen pro Wohnungsbau leichter.

Überschaubare Belastung

Bad Rodachs Kämmerer Michael Fischer gelang es so, das millionenschwere Projekt im Haushalt darzustellen. „Dadurch, dass sich sowohl der 30-prozentige Zuschuss als auch das 60-prozentige Darlehen auf die gesamten Investitionskosten inklusive Grundstück beziehen, bleibt die Liquiditätsbelastung trotz der außerordentlich günstigen Mieten überschaubar“, erklärt der Kämmerer.

Spezialität des KommWFP

Wolfgang Schmidt, Leiter der Abteilung Kommunalkredit Bayern der BayernLabo, der das Programm von der Bankseite mit seinem Team in der BayernLabo betreut, erklärt: „Das ist eine Spezialität des Komm-

WFP, das für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum exklusiv bayerischen Gemeinden und Zweckverbänden mit gemeindlichen Mitgliedern zur Verfügung steht“.

Verlängerung bis 2025

Erfreulicherweise ist das ursprünglich bis 2019 befristete Programm im Rahmen der Wohnungsbauoffensive des Freistaats Bayern bis 2025 verlängert worden. Dafür werden in den Jahren 2019 bis 2025 mindestens 1,05 Milliarden Euro eingesetzt. So können Kommunen auch bei längeren Planungs- und Diskussionsprozessen weiterhin von der Förderung profitieren.

In-House Unternehmen

Aber auch über die Finanzierung hinaus fordert ein Wohnungsbauprojekt in dieser Größenordnung die kommunale Bauverwaltung in erheblichem Maße. Die Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Coburg unterstützt die Stadt bei der Planung, Erstellung aber auch später in Betrieb und Verwaltung, und dies förderunschädlich. „Die Ausgestaltung als In-House Unternehmen hat uns dabei die Sache erheblich erleichtert“, erklärt Ehrlicher. „Unsere bisherigen Erfahrungen haben uns bestärkt, dass wir mit dem KommWFP den richtigen Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Bad Rodach eingeschlagen haben.“



Von links: Kämmerer Michael Fischer, Architekt Martin Göhring, Bauleiter Marco Zellin, WBG-Geschäftsführer Dr. Rainer Mayerbacher, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, stv. Landrat Rainer Mattern und Bürgermeister Tobias Ehrlicher.

Stadt Enteignungspopulismus:

Mehr und schneller bauen

Die Bayerische Staatsregierung und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben sich in der derzeit in Berlin stattfindenden Debatte über die Enteignung großer Wohnungsunternehmen gegen entsprechende Bestrebungen der Grünen gewandt. Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich einer bayerischen Bundesratsinitiative zur Schaffung attraktiver steuerlicher Rahmenbedingungen für Mitarbeiterwohnungen feststellte, „kann sich die Situation auf den Wohnungsmärkten nachhaltig nur dann entspannen, wenn ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Das heißt bauen, bauen, bauen!“ Durch Enteignungen entstehe dagegen keine einzige neue Wohnung.

Notwendig seien vor allem mehr private Investitionen in den Wohnungsbau, um eine bedarfsgerechte Neubautätigkeit zu gewährleisten, betonte der Minister. Kurzfristig müssten Maßnahmen ergriffen werden, um preistreibende Faktoren zu beseitigen. „Hierzu gehört, dass Arbeitgeber, die ihren Arbeitnehmern Mietvorteile gewähren, aus steuerrechtlichen Gründen gezwungen werden, Mieterhöhungspotenziale auszuschöpfen. Durch eine steuerliche Entlastung verbilligter Vermietungen an Arbeitnehmer entstünden darüber hinaus auch Anreize für Unternehmen, mehr in den Werkwohnungsbaubau zu investieren.“

Konkret geht es nach den Worten von Füracker darum, dass nicht jedes Unterschreiten der ortsüblichen Vergleichsmiete durch einen Vermieter zu einem geldwerten Vorteil führen soll. Gerade in hochpreisigen Regionen ist die Überlastung von Wohnraum durch den Arbeitgeber zu attraktiven Konditionen durchaus verbreitet und notwendig zur Gewinnung von Personal. Die Staatsregierung fordert deshalb einen gesetzlichen Toleranzbereich von bis zu 35 Prozent, durch den der Mietanpassungsdruck deutlich abgemildert würde. Erst wenn die tatsächliche Miete unterhalb dieser Nichtaufgriffsgrenze liegt, soll steuerpflichtiger Arbeitslohn vorliegen. Dieser soll zusätzlich künftig mit 25 Prozent durch den Arbeitgeber pauschal versteuert werden können.

Darüber hinaus will die Staatsregierung steuerliche Nachteile für private Mieter beseitigen, die ihre Mieterhöhungspotenziale über Jahre hinweg nicht ausgeschöpft haben. Unterschreitet der tatsächliche Mietzins 66 Prozent der ortsüblichen Marktmiete, kann der Vermieter Werbungskosten, d. h. Schuldzinsen, Abschreibungen, Gebäudeversicherungen etc., nur noch anteilig steuerlich geltend machen. Bayern will die Grenze auf 50 Prozent der ortsüblichen Marktmiete absenken. Dies würde insbesondere privaten Kleinvermietern entgegenkommen, die mitunter auch aus sozialen Gründen die Miete über Jahre hinweg kaum erhöht haben.

Bauminister Hans Reichhart bezeichnete „die ständigen Forderungen aus der linken Ecke nach Enteignungen von Immobilienbesitzern“ als „schwach-

sinnige Debatte von vorgestern“. Enteignungen würden die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen. „Wir brauchen neuen Wohnraum, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geschaffen werden muss“, so Reichhart: „Nur mit mehr Angebot auf dem Markt werden wir den aktuellen Herausforderungen begegnen können.“ Investoren abzuschrecken, die mehr Wohnraum schaffen wollen, sei kontraproduktiv. Die Investitionsfreudigkeit lasse in Berlin bereits nach, wodurch auf dem Wohnungsmarkt zusätzlicher Druck entstehe.

Kompliziertes Verfahren

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor dem Irrglauben, durch Enteignungsphantasien könne die Wohnraumnot in Ballungszentren wirksam bekämpft werden. Enteignungsverfahren seien überaus langwierig, kompliziert und oftmals erfolglos. Sie dauerten durch die Rechtsmittelinstanzen teilweise Jahrzehnte und seien regelmäßig nur in Einzelfällen, aber nicht in großem Umfang möglich.

Aus Sicht des Kommunalverbandes muss mehr und schneller gebaut werden. Zudem seien überflüssige Standards, die das Bauen immer weiter verteuert haben, zu reduzieren. Die Mobilisierung von Bauland für bezahlbare Wohnungen scheitere häufig auch nicht nur an den hohen Kosten, sondern auch an den Konflikten mit dem Umwelt-, Arten- und Naturschutz. Hier sei dem Bauen - gerade in den extremen Situationen - ein eindeutiger Vorrang einzuräumen. Die Zahl der Bauvorschriften habe sich in den vergangenen Jahren von 5.000 auf 20.000 vervierfacht. Diese Entwicklung gelte es zu stoppen.

Auch das serielle Bauen sei endlich auf den Weg zu bringen, so der DStGB. Wenn für ein bestimmtes Mehrfamilienhaus in Nordrhein-Westfalen eine Baugenehmigung erteilt wurde, müsse dies auch in den anderen Bundesländern gelten. Zudem müssten auch bestehende Leerstände genutzt werden. Hier müsse das Ziel sein, diese Regionen besser mit leistungsfähigem Schienenverkehr zu erschließen, so dass die Menschen auch dort gerne und gut wohnen können und die Ballungszentren entsprechend entlastet werden. **DK**

Niederbayern braucht geförderten Wohnungsbau

Sicherheit bei Fördermitteln – doch knappes Bauland und hohe Baukosten

Beim Landesausschuss des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen in Straubing diskutierten 40 Wohnungsunternehmen über die aktuellen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. Positiv wurde die Planungssicherheit bei der Wohnraumförderung gesehen: Durch eine Grundgesetzänderung ist Mitte März die Rechtsgrundlage für die Finanzhilfen des Bundes bei der sozialen Wohnraumförderung erreicht worden.

Der Freistaat plant eine Verstärkung seiner Fördermittel auf dem Niveau des Jahres 2018. „Bei der Förderung sind wir auf der sicheren Seite. Für einen kräftigen Schub beim Wohnungsbau brauchen wir jetzt noch ausreichend Bauland und eine Baukostenbremse“, sagt Verbandsdirektor Hans Maier.

Das starke Bevölkerungswachstum in Niederbayern und der schnelle Anstieg der Mietpreise in Städten wie Passau, Landshut und Straubing, machen für den Verbandsdirektor eine Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus unabdingbar: „Wir brauchen eine Quote von zehn bis 15 Prozent bezahlbare Wohnungen für die Menschen, die sich am freien Markt nicht versorgen können“, erklärt Maier. Den Ansatz der Politik, die steigenden Mieten durch zunehmende Regulierungen wie die Mietpreisbremse in den Griff zu bekommen, hält er für den falschen Weg.

Weitere Erhöhung der Bauwerkskosten verhindern

Das Nadelöhr für den Wohnungsbau sei derzeit die Verfügbarkeit von Bauland. Hier sieht der Verbandschef zwei Entwicklungen: steigende Preise und mangelnde Verfügbarkeit. Die Baulandpreise haben in Städten wie Landshut und Straubing stark angezogen. Doch auch ohne den Preisanstieg sei Bauland ein knappes Gut, da Grundbesitzer angesichts des niedrigen Zinsniveaus ihren Boden ungern verkaufen. Hinzu komme dann noch der starke Anstieg bei den Baukosten. Diese hätten von 2000 bis 2018 um knapp 60 Prozent zugelegt. „Das schlägt sich natürlich in den Mieten nieder“, sagt Maier. Eine weitere Erhöhung der Bauwerkskosten müsse deshalb verhindert werden.

Zwei Vorschläge, wie auch die Kommunen ihren Teil zur Kostensenkung beitragen können, macht Günther Krailing, Ge-

schaftsführer der Städtischen Wohnungsbau GmbH Straubing. Mehr Flexibilität bei den Abstandsflächen zum Nachbargrundstück würden ein Bauen in die Höhe und damit mehr Wohnungen ermöglichen. Ein weiterer Wunsch des Geschäftsführers ist die Reduzierung des Stellplatzschlüssels im geförderten Wohnungsbau von 1,0 auf 0,7 Stellplätze pro Wohnung. „Mit dem richtigen Mobilitätskonzept oder bei Wohnanlagen mit guter ÖPNV-Anbindung wäre der reduzierte Stellplatzschlüssel vollkommen ausreichend“, meint Krailing. Da ein Tiefgaragenstellplatz mindestens 20.000 Euro kostet, könnten Wohnungsunternehmen mit dieser Maßnahme eine Menge Geld sparen.

Ländliche Räume stärken – auch durch attraktive Mietwohnungen

Die steigenden Mieten können für den Verbandschef nur durch eine Ausweitung des Wohnungsangebots gedämpft werden. Dabei ist für Maier wichtig, dass nicht nur die Ballungsräume, sondern auch die ländlichen Regionen im Blick behalten werden. Attraktive Mietwohnungen seien auch auf dem Land ein zentraler Baustein der Wohnraumversorgung: „Für junge Menschen, die sich noch kein Eigentum leisten können, für Senioren, die auf eine barrierefreie Wohnung angewiesen sind und nicht zuletzt auch für Arbeitgeber, um als Unternehmensstandort interessant zu sein“, zählt Maier auf. Um den Wohnungsbau im ländlichen Raum zu stärken, ist für den Verbandsdirektor mehr Flexibilität bei der Wohnraumförderung nötig. Er fordert eine Aufstockung der Fördermittel – für Regionen mit niedrigen Mieten auch mit Zuschüssen und zusätzliche Hilfen, wenn bei der Ansiedlung von Unternehmen Wohnraum benötigt wird. **□**

Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hat die Ergebnisse der zweiten Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern veröffentlicht. Insgesamt wurden 15.517 wohnungslose Personen erfasst, die zum Stichtag 30. Juni 2017 von den Kommunen und den Einrichtungen der freien Träger der Wohnungslosenhilfe in einer Unterkunft oder Notunterkunft untergebracht worden waren. Das entspricht 0,1196 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Bei der ersten Erhebung 2014 lag der Anteil bei 0,0954 Prozent.

„Das bedeutet, dass zum Stichtag nur etwas mehr als eine von 1.000 Personen in Bayern wohnungslos beziehungsweise ohne eigenen Mietvertrag oder Wohneigentum in einer Unterkunft der bayerischen Wohnungslosenhilfe untergebracht war“, erläutert Sozialministerin Kerstin Schreyer: Die Steigerung von 2014 auf 2017 sei mit rund 0,024 Prozentpunkten moderat, wenn man die Ereignisse in dieser Zeit bedenke. „Dennoch ist jeder wohnungslose Mensch einer zu viel. Auch wenn die grundsätzliche Zuständigkeit bei den Kommunen liegt, werden wir als Bayerische Staatsregierung Menschen in dieser Lage weiterhin unterstützen“, so die Sozialministerin weiter.

Schreyer nannte als konkrete Ansätze neben präventiven Maßnahmen wie dem Wohngeld und dem sozialen Wohnungsbau die Gründung der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern sowie den Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“. Mit der Stiftung sollen Projekte zur Verbesserung der Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen, zum Beispiel Versorgungs- und Unterkunftsangebote, gefördert werden.

Im Rahmen des Aktionsplans sind eine verbesserte Förderung der Koordinierungsstellen Wohnungslosenhilfe sowie der Ausbau von Modellprojekten mit besonderem Augenmerk auf Prävention und Beratung geplant. Um die Akteure auf diesem Gebiet bayernweit besser zu vernetzen, wurde bereits 2018 der Runde Tisch Obdachlosigkeit ins Leben gerufen, an dem Kommunen, Kirchen und die Freie Wohlfahrtspflege vertreten sind. **□**

Grundsteuerreform:

GdW fordert Einigung auf einfach umsetzbares Modell

„Bei der Grundsteuerreform ist es fünf vor zwölf. Deutschland braucht dringend ein verfassungskonformes und aufkommensneutrales Modell, das für keine Seite zu ungerechten Kostensteigerungen führt. Die Lösung hierfür wäre ein möglichst einfach umsetzbarer Kompromiss, der die Bodenwerte außen vor lässt“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des Treffens der Finanzminister zur Grundsteuerreform.

„Eine Einbeziehung von Bodenrichtwerten und Rufe nach einem Ende der Umlagefähigkeit würden die Steuer für Vermieter zu einer Vermögenssteuer machen – das wäre verfassungswidrig“, betonte Gedaschko.

Das belegen auch Untersuchungen des Steuerrechts-Experten Prof. Dr. Gregor Kirchhof

von der Universität Augsburg. Sollten bei einem Kompromissmodell durchschnittliche Mieten einbezogen werden, fordert die Wohnungswirtschaft für Anbieter von niedrigeren Mieten eine Nachweismöglichkeit. Nur so könne eine gerechte Erhebung der Grundsteuer gewährleistet und bezahlbare Wohnungen erhalten werden. **□**



Das „rote Band“ schnitten stellvertretender Bezirkstagspräsident Alfons Weber, Bezirkstagspräsident Martin Sailer und Manfred Gahler, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Schwaben (von links) gemeinsam durch.

Bild: Birgit Böllinger

Neue Mehrzweckhalle in Babenhausen

Fast zwei Jahre nach dem Spatenstich ist es soweit: Die Schwäbische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte (JuBi) Babenhausen verfügt nun endlich über einen eigenen Mehrzweckhalle. Dass sich der Einweihungstermin mit Bezirkstagspräsident Martin Sailer und dem Vorsitzenden des Bezirksjugendrings Schwaben Manfred Gahler um einige Zeit verzögert hatte, lag an den Witterungsbedingungen und den vollen Auftragsbüchern der Handwerker. Aber Michael Sell, Leiter der JuBi, nahm das gelassen: „Wir haben ja schon sehr viel länger auf diese wichtige Ergänzung unseres Angebotes gewartet.“

Denn bereits 1986, als der Bezirk Schwaben, der Bauträger ist, gemeinsam mit dem Bezirksjugendring die Einrichtung in Betrieb nahm, war eigentlich eine „Turnhalle“ mit in der Planung. Geworden ist daraus aus den unterschiedlichsten Gründen nichts; umso größer ist nun die Freude bei allen Beteiligten, als es bei der Einweihung darum ging, das „rote Band“ zu zerschneiden.

Grenzen überwinden

Wie wichtig die Mehrzweckhalle für die JuBi ist, betonte Bezirkstagspräsident Martin Sailer: „Mit ihrem Hochseilgarten, der Umweltstation und ihrem hochwertigen pädagogischen Programm ist die Jugendbildungsstätte ein attraktiver Tagungsort für Gruppen aus dem In- und Ausland.“ Bei ungünstigen Witterungsbedingungen fehlte jedoch eine Möglichkeit, beispielsweise Sportangebote „inhouse“ anzubieten. Auch wurde es für Gruppenveranstaltungen eng, da bislang nur ein Gruppenraum für bis zu 120 Personen zur Verfügung stand.

Wichtig sei es ihm vor allem, dass die internationalen Begegnungen in der Jugendbildungsstätte nun weiter gestärkt wer-

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

Kleine Städte stehen für Vielfalt mit Potenzial

In den bundesweit mehr als 2.100 Kleinstädten leben 24,2 Millionen Menschen, das sind fast 30 Prozent aller Einwohner Deutschlands. Die aktuelle Ausgabe der vom BBSR herausgegebenen Fachzeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“ zeigt, vor welchen unterschiedlichen Herausforderungen die kleinen Städte stehen.

Kennzahlen zu Demografie, Beschäftigung, Pendeln oder Breitbandversorgung unterscheiden sich je nach Lage und Größe von Kleinstädten sowie weiteren Faktoren vor Ort stark. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Bevölkerung: Während 42 Prozent der Kleinstädte zwischen 2007 und 2017 schrumpften, wuchsen weitere 42 Prozent. Besonders dynamisch entwickelten sich kleinere Kommunen im Umland der Metropolregion – etwa Unterföhring (+35 Prozent) und Feldkirchen (+27 Prozent) bei München, Teltow (+27 Prozent) bei Berlin oder Kelsterbach (+24 Prozent) unweit von Frankfurt am Main. Peripher gelegene Kleinstädte verloren dagegen in nicht wenigen Fällen Einwohner.

Im Fokus des Hefts stehen die Themen Wirtschaft und Stadtplanung. Kleinstädte profitieren, wenn Betriebe und Unternehmen Fachkräfte anlocken, den berufli-

chen könnten: „In Zeiten des zunehmenden Populismus und Antisemitismus können wir hier etwas entgegenzusetzen, in dem wir junge Menschen zusammenbringen und so Grenzen überwinden.“

Für rund drei Millionen Euro – mit einem Drittel beteiligte sich der Bayerische Jugendring an den Baukosten – entstand ein Neubau, in dessen Untergeschoss die Sporthalle mit Nebenräumen zu finden ist. Das Erdgeschoss verfügt über einen Seminarraum für bis zu 80 Gäste und weitere Nebenräume. Zugleich umfasst der Bau eine Verbindung zum Gästehaus, dessen zweiter Stock im Zuge der Baumaßnahme ebenfalls renoviert wurde. Dort wurden unter anderem wärmedämmende Fenster eingesetzt und Nasszellen geschaffen. Ein neuer Aufzug schafft darüber hinaus barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu den Gästezimmern.

„Alles in allem haben wir nun mit der Jugendbildungsstätte ein echtes Schmuckstück, auch hinsichtlich nachhaltigen Bauens und des ökologischen Betriebs“, wies Bezirkstagspräsident Sailer auf die Kombination von Blockheizkraftwerk und Solaranlage, die die JuBi auch in Sachen Umweltschutz vorbildlich macht, hin. „Babenhausen ist ein Leuchtturm für die Bildungsarbeit in Schwaben.“ □

chen Nachwuchs fördern und sich vor Ort engagieren. Die Nähe zu einer Großstadt, eine gute Verkehrsanbindung und freie, preiswerte Flächen begünstigen derzeit die wirtschaftliche Entwicklung einer Kleinstadt. In der Folge wächst das Angebot an qualifizierten Jobs. Auch peripher gelegene Kleinstädte verfügen über Stärken und Potenziale. Eine spezielle Rolle spielen die „Hidden Champions“: Etwa 20 Prozent der rund 1.700 heimischen Weltmarktführer in Deutschland sitzen einer Auswertung für das BBSR zufolge in Kleinstädten – viele von ihnen bereits seit Jahrzehnten. Die Potenziale reichen aber weit darüber hinaus. Hierzu zählen vor allem die vielen engagierten und vorausschauenden Menschen vor Ort, die mit Tatkraft zur Entwicklung ihrer Kommune beitragen.

Weitere Infos zum Heft: <http://www.bbsr.bund.de/izr> □

Hoch hinaus:

Weltgrößte „Erlebnisholzkuugel“ eröffnet

Steinberg am See (obx). Sie soll zu einem neuen Urlaubermagnet der Superlative in Bayern werden: eine rund 5,5 Millionen Euro teure und rund 40 Meter hohe hölzerne „Erlebnisholzkuugel“ im Oberpfälzer Seenland. Ministerpräsident Markus Söder hat die Kugel jetzt offiziell eröffnet.

„Beeindruckend“ nannte der Regierungschef des Freistaats die neue Attraktion bei seinem Besuch in Steinberg am See (Kreis Schwandorf). Begleitet wurde Söder von Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Bewegung und Entspannung

Der rund 700 Meter lange, barrierearme Aufstieg sowie 24 Bewegungs- und Entspannungstationen im Innern der Kugel und um die Konstruktion herum sollen den Park zu einer Attraktion für Groß und Klein werden lassen. Die Stationen verknüpfen nach Angaben der Initiatoren Elemente von Hoch-

seilanlagen und Trimm-Dich-Pfaden in verschiedenen Schwierigkeitsstufen und Höhen. Grundlage für den künftigen Erfolg des Parks sollen daneben die Panorama-Aussichten auf das Oberpfälzer Seenland sein.

Allein die Grundkonstruktion der Kugel besteht aus rund 880 Kubikmetern Fichten- und Lärchenholz, rund 40.000 Schrauben und 18.000 Bolzen und Stabdübeln. Die Betreiber der „Erlebnisholzkuugel“ rechnen mit rund 150.000 Besuchern jährlich. Sie sollen aus einem Umkreis von rund 200 Kilometern kommen.

Nähere Informationen unter: www.dieholzkugel.de □



Ministerpräsident Dr. Markus Söder (l.) mit Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Besuch in Steinberg am See.

Bild: obx-news/Bayerische Staatskanzlei

Firmengruppe Laumer:

Ein starkes Stück Bautechnik

Begeisterung am bautechnischen Fortschritt und Freude am ständigen Dazulernen waren die Antriebskräfte, die Richard Laumer 1956 dazu bewogen, seine eigene Firma zu gründen. Seither ist im niederbayerischen Massing ein Unternehmen entstanden, das mit seiner Vielseitigkeit auf dem Bausektor überzeugt.

Ausgehend vom Stahlbetonfertigteiltbau kamen sukzessive der Garagenbau, Holzbau, Komplettbau, die statische Bauwerkssanierung durch Klebeverfestigung, Risseverpressung und Spritzbeton sowie der Spezialtiefbau als weitere Betätigungsfelder hinzu. Heute wird das Unternehmen von der zweiten Generation geführt und beschäftigt inzwischen über 300 Mitarbeiter. Das Firmengelände umfasst 65.000 qm.

Breite Produktpalette

Sich auf das Wesentliche konzentrieren und bei nur einem Ansprechpartner die eigenen Vorstellungen optimal einbringen können – das sind beim Schlüsselfertigen Bauen die wichtigsten Vorteile für den Bauherrn. Die breite Produktpalette der verschiedenen Abteilungen der Firmengruppe und das hauseigene Laumersche Konstruktionsbüro halten den „direkten Draht“ noch kürzer. Das beschleunigt den Informationsfluss und bietet die Möglichkeit, auf planerische Änderungswünsche schnell reagieren zu können.

Ohne problematische Schnittstellen zwischen den einzelnen Gewerken können Bauvorhaben wie aus einem Guss realisiert werden. Als eigenständiger Bereich innerhalb der Firmengrup-

pe verfügt die Laumer Komplettbau GmbH dabei über die Unabhängigkeit, die man braucht, um die bestmögliche Umsetzung eines Projekts durch die objektive Wahl der Bauweise und der verwendeten Materialien zu gewährleisten.

Raummodulbau

Derzeit in der Fachwelt in aller Munde ist der Raummodulbau. Die fast vollständige Verlagerung des erweiterten Rohbaus ins produzierende Werk reduziert die Bauzeiten auf ein Minimum. Die Module werden fertig auf die Baustelle geliefert, ausgestattet mit allen notwendigen Aussparungen und Elektrolohlen und bereits eingebauter Fußbodenheizung. Ein Autokran setzt sie über- und nebeneinander zum ganzen Gebäude zusammen.

Die rationelle Fertigbauweise erstreckt sich bei der Firmengruppe Laumer auch auf das Material Holz. Präzisionsschnittanlagen bewerkstelligen den exakten Zuschnitt nach computerunterstützten Berechnungen – vornehmlich zur Herstellung von Nagelplattenkonstruktionen, Holzrahmenbau-Elementen, Holzdachelementen und Kantholzbindern. Hauptbetätigungsfeld ist der landwirtschaftliche Bau.

Bodenaustausch und Pfahlgründung – lange Zeit waren



Schön und modern: der Neubau der Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn.

Bild: Hitzler Ingenieure

Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn:

Festliche Einweihung des Schulneubaus

Nach der Inbetriebnahme der Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn im Anschluss an die Faschingsferien fand nunmehr die feierliche Einweihung des neuen Schulgebäudes statt. Als Gemeinschaftsmaßnahme haben die Kommunen Hohenbrunn, Ottobern, Neuburg und Putzbrunn – der Schulverband Carl-Steinmeier-Mittelschule – das Schulgebäude mit 20,8 Mio. Euro finanziert. Hitzler Ingenieure betreut die Baumaßnahme seit Juli 2015 als Projektsteuerer.

„Mit dem Neubau der Carl-Steinmeier-Mittelschule investieren die Gemeinden Hohenbrunn, Ottobern, Neuburg und Putzbrunn nachhaltig in die Zukunft junger Menschen vor Ort“, sagt Patrick Brummer, der verantwortliche Projektsteuerer bei Hitzler Ingenieure. „Das moderne, lichtdurchflutete Schulgebäude mit neuester technischer Ausstattung bildet den optimalen Raum für einen zeitgemäßen Lernort mit Wohlfühlcharakter.“

Wirtschaftlichkeitsprüfung

Der Neubau der Schule wurde notwendig, da die bestehende Mittelschule aus dem Jahr 1971 nicht mehr den Anforderungen an moderne Arbeits- und Lernwelten entspricht. „Eine Wirt-

schaftlichkeitsprüfung hat ergeben, dass eine Sanierung des Bestandsgebäudes nicht förderfähig ist und somit nicht in Frage kommt“, erklärt Patrick Brummer.

Nachhaltigkeit und Energieeffizienz

Realisiert wurde der Neubau mit 22 Klassen für rund 450 Schüler und einer geplanten Ganztagesbetreuung auf dem bestehenden Sportplatz des Schulgeländes. „Damit konnte der Schulbetrieb im Bestandsgebäude ohne Probleme fortgeführt und zusätzliche Kosten eingespart werden“, sagt Brummer. Bei der Umsetzung wurde vor allem auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz geachtet. So wird die Stromversorgung zum Teil über eine Photovoltaikanlage gesichert; umwelt- und klimafreundliches Beheizen der Räume ist über einen Fernwärmeanschluss möglich. „Darüber hinaus wurde beim Bau eine Vielzahl von Naturmaterialien verwendet, die für ein gutes Klima sowie ein einheitliches Ensemble im gesamten Schulcampus sorgen“, erläutert der zuständige Projektingenieur.

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Die Entrümpelung und Entkernung mit anschließendem Abriss des veralteten Schulgebäudes hat bereits Ende März begonnen. Gut erhaltenes Inventar wurde dabei auf Initiative von Sabine Kudara, der Altbürgermeisterin von Ottobern, im Vorfeld nach Rumänien gespendet. „Auch hier haben wir als Projektsteuerer unterstützt“, erzählt Patrick Brummer, „Hitzler Ingenieure hat die Ausschreibung für eine Möbelspedition abgewickelt sowie als Bindeglied zwischen den Firmen, der Altbürgermeisterin und der rumänischen Schule die Organisation und Koordination der Spendenaktion übernommen.“

Hohenbrunns Bürgermeister und Schulverbandsvorsitzender Dr. Stefan Straßmair zeigte sich erfreut über die Einhaltung des Budgets. „Wir haben realistisch kalkuliert und den Neubau im geplanten Projektbudget erfolgreich realisiert. Trotz ständig steigender Baupreise musste das Investitionsvolumen in Höhe von 20,8 Mio. Euro nicht überschritten werden“, resümiert Brummer. „Auch die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Schulverband Carl-Steinmeier-Mittelschule hat den Schulneubau für uns zu einem besonderen Projekt gemacht.“ □

Erfolgreich im Tandem: Ausbau der Bildungsregion Hof

Stadt und Landkreis unterzeichnen Kooperationsvereinbarung mit der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Gemeinsame Zielvereinbarung unterzeichnet: Vor kurzem haben Stadt und Landkreis Hof auf der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Berufsschule und Bildung in Rehau erklärt, dass sie die bisherige Bildungszusammenarbeit mit der Transferagentur Bayern gemeinsam fortsetzen. „Unsere Region bietet ein ausgezeichnetes und breitgefächertes Bildungsangebot. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor und die Basis für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt“, bringen Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Landrat Dr. Oliver Bär ihr gemeinsames Engagement für Bildung auf den Punkt.

Beide Kommunen setzen mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung ihr Engagement im Bereich Bildung fort. Erst im August 2018 wurde der Prozess der Bildungsregion in Stadt und Landkreis Hof mit der Verleihung des Qualitätssiegels erfolgreich abgeschlossen. Basis war die Entwicklung eines ganzheitlichen und gemeinsamen Bildungs-

konzepts, das die regionale Bildungslandschaft, die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen und den bereits entwickelten Projekten und zahlreichen Aktivitäten aufzeigt.

Digitalisierung und Familienbildung

Jetzt können die aufgebauten Strukturen mit den bereits

beteiligten Bildungsakteuren in eine abgestimmte kommunale Bildungssteuerung münden. So können routinierte Abläufe für Entscheidungen verankert und Strukturen einer kommunalen Bildungsberichterstattung aufgebaut werden. Ebenso können alle Bildungssektoren – von der frühkindlichen, schulischen und beruflichen bis zur Erwachsenenbildung – noch stärker in den Blick genommen werden. Schwerpunkte des Bildungsmanagements in der Region Hof werden die Digitalisierung und die Förderung der Familienbildung sein.

Mehrwert für die Bürgerschaft

Dr. Christa Ständecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, betont die bisherige interkommunale Zusammenarbeit beider Kommunen: „Stadt und Landkreis Hof sind ein gutes Beispiel für eine langjährige und fruchtbare Kooperation über administrative Grenzen hinweg. Dadurch entsteht ein konkreter Mehrwert für die Bürgerschaft. Sie profitiert von einem abgestimmten Bildungsangebot in der gesamten Region. Ich freue mich über die Kooperationsvereinbarung. Coburg und Bamberg agieren hier ganz ähnlich erfolgreich im Tandem.“

Die Geschäftsstelle der Metropolregion bietet über die Transferagentur zahlreiche Unterstützungsleistungen für die Kommunen in der Metropolregion an, wie Prozessbegleitung beim Strukturaufbau, rund zwölf Qualifizierungsveranstaltungen jährlich sowie eine aktive Vernetzung der Kommunen untereinander. Aktuell unterstützt das Team der Transferagentur Bildungsmanager und -monitorer in 24 Kommunen und Ansprechpersonen für die Bildungsintegration Neuzugewandener in 27 Kommunen. 16 Kommunen in der Metropolregion erhalten hier bundesweite Förderunterstützung durch das BMBF über das Programm „Bildung integriert“.



V. l.: 3. Bürgermeister Gottfried Hänsel, Stadtrat Roland Schuster, Vereinsvorstand Franz Miller, Bürgermeister Dr. Martin Drexler, Bezirksrat Peter Schiele, Stadtrat Werner Waimann, Bezirksrat Albert Riedelsheimer, Stadträtin Diana Waimann, Landrat Stefan Rößle, Vereinsvorsandin und Künstlerin Annette Steinacker-Holst, Vereinsvorsandin Marianne Schöpf, Vereinsmitglied Barbara Wolf. Bild: Julia Lanzer, LRA Donau-Ries

Wemding:

Kunstmuseum mit Aussicht auf finanzielle Förderung

Unter dem Motto „Erbe bewahren, Zukunft gestalten“ öffnete Gastgeberin Annette Steinacker-Holst die Türen des Kunstmuseums Donau-Ries in Wemding, um Politiker aus der Region durch diese besondere Stätte zu führen. Neben den Bezirksräten Peter Schiele und Albert Riedelsheimer, waren auch Landrat Stefan Rößle und der Wemdinger Bürgermeister Dr. Martin Drexler anwesend.

Im ehemaligen Möbelhaus, das vor 16 Jahren von der Familie Steinacker-Holst erworben und zum Museum umgebaut wurde, werden aktuell in 14 Ausstellungen die Werke von regionalen und überregionalen Künstlern der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Was der Vater Ernst Steinacker (1919-2008) begonnen hat, führt nun seine Tochter Annette Steinacker-Holst in seinem Gedenken fort. Das Museum soll vor allem „Begegnungs- und Bildungsstätte für die Menschen sein und auf das vielseitige, schöpferische Engagement von Künstlern aufmerksam machen.“

Ein großes Atelier, ein Theatersaal und eine Klangspielwerkstatt laden zum Mitmachen ein und bieten sowohl Jugendlichen als auch Erwachsenen die Möglichkeit, Kunst mit allen Sinnen zu erleben. Außerdem gibt es ein großes Angebot für Kinder und Jugendliche in Form von Workshops oder Feriencamps. Das Museum ist seit vielen Jahren Location für besondere Veranstaltungen. Im Rahmen der Rieser Kulturtage beispielsweise, aber auch das ganze Jahr über finden hier Themenabende, Workshops, Lichtinstallationen und Führungen statt, die den Vergleich mit Events in den Großstädten nicht scheuen müssen.

Bisher wurde das Museum hauptsächlich von der Familie Steinacker-Holst selbst, und die Veranstaltungen über den Förderverein

mit finanziert. Um den Fortbestand dieser, in der Region einzigartigen Kulturstätte auch in Zukunft zu sichern, soll nun der Förderverein des Kunstmuseums Donau-Ries mit 50 % der jährlichen Betriebskosten, die für Instandhaltung und Pflege des Areals anfallen, bezuschusst werden. Der Bezirk Schwaben übernimmt 25.000 Euro, der Landkreis Donau-Ries 15.000 Euro. Der Anteil der Stadt Wemding soll 10.000 Euro betragen.

Die Bezirksräte Schiele und Riedelsheimer lobten die nachhaltige Initiative der Familie Steinacker-Holst und die überregionale Strahlkraft des Museums. Auch Landrat Stefan Rößle hob die überregionale Bedeutung der Einrichtung hervor und erklärte: „Neben den harten Zahlen und Fakten der Wirtschaft, ist die Kunst, mit all ihren Facetten, Musik, Literatur, Malerei und Theater auch ein Magnet für Fachkräfte, mit dem für ein Leben im Landkreis gewonnen werden kann.“

Das Museum hat eine große Bedeutung für den Tourismus in Wemding, so Bürgermeister Dexter, aber er wünsch sich auch, „dass die Wemdinger das ortsnah Kulturland intensiv nutzen.“

Der Bezirk Schwaben und der Landkreis haben die vorgesehene Förderung bereits beschlossen, Die Stadt Wemding will in den nächsten Wochen ihre Beschlüsse öffentlich machen. □



Kommunales Know-how für Nahost:

AWV Nordschwaben unterstützt Jordanische Stadt Jerash

Neben der inzwischen bundesweiten Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“, die im Landkreis Donau-Ries ins Leben gerufen wurde, engagiert sich die Region auch in anderen Bereichen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-How für Nahost“, die durch Engagement Global und das Bundesministerium für Entwicklung unterstützt wird, konnten am Landratsamt Donau-Ries bereits Syrische Geflüchtete Erfahrungen in der Kommunalverwaltung sammeln. Nun kooperiert der Abfallwirtschaftsverband Nordschwaben (AWV) mit der jordanischen Stadt Jerash, um diese beim Abfallmanagement zu unterstützen. Dort herrschen, unter anderem aufgrund der zahlreichen Touristen, akute Probleme bei der Müllbeseitigung. Hier soll mit Hilfe des AWV angesetzt werden. Eine sechsköpfige Delegation der jordanischen Stadt, die sich aus jeweils drei Damen und Herren zusammensetzt, befindet sich derzeit im Landkreis, um einen Einblick in das regionale Abfallmanagement zu erhalten. Landrat Stefan Rößle, auch Verbandsvorsitzender des AWV, ist vom Projekt überzeugt: „Unser AWV ist hervorragend aufgestellt und kann mit seinem Fachwissen rund um das Thema Abfall weiterhelfen. Es ist auch denkbar, die Region um Jerash vor Ort bei der Umsetzung verschiedener Projekte zu unterstützen.“ Unser Bild zeigt die Delegation aus Jerash gemeinsam mit Landrat Stefan Rößle und Gerhard Wiedemann (AWV) in Nördlingen.

Bild: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries



Unterzeichnung der Zielvereinbarung. Vorne v.l.: Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, Landrat Dr. Oliver Bär, Florian Neumann, Leiter des Regionalbüro Nord der Transferagentur Bayern. Hinten: Mitglieder des Zweckverbandes Berufsschule und Bildung Stadt und Landkreis Hof und Dr. Christa Ständecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg (hinten mittig). Bild: Landkreis Hof

Landkreis Dillingen a.d.Donau:

Neues Familien- und Bildungsportal

Ein umfassendes Informationsangebot bietet der Landkreis Dillingen ab sofort seinen Bürgern mit dem neuen Familien- und Bildungsportal. Auf den unter www.familie-dillingen.de bzw. www.bildung-dillingen.de aufrufbaren Seiten kann sich die Bevölkerung umfangreich über familien- und bildungsrelevante Angebote informieren.

Landrat Leo Schrell betonte bei der Freischaltung der neuen Seiten, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises Dillingen a.d.Donau stark verknüpft sei mit dem Potenzial an verfügbaren Fachkräften. Initiativen mit dem Ziel, die jungen Familien zu stärken und zu unterstützen, insbesondere auch im Interesse einer noch besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, kommen daher eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus ist das Thema „Bildung“, auch angesichts der zunehmenden Globalisierung, zum Megathema geworden. So sind optimale Bildungschancen unverzichtbar, um jungen Menschen beste persönliche Perspektiven, wozu in erster Linie auch die beruflichen Perspektiven zählen, zu bieten. „Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, mit dem neuen Familien- und Bildungsportal des Landkreises ein umfangreiches und transparente Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen“, so Schrell.

Der Landkreis Dillingen a.d.Donau ist in Bildungsfragen sehr gut

aufgestellt. Dies wird insbesondere auf den neuen Seiten des Bildungsportals deutlich. Dabei enthält das neue Bildungsportal nicht nur eine Übersicht an Bildungseinrichtungen und -angeboten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung, sondern auch zu einer Vielzahl an innovativen und zukunftsfähigen Bildungsprojekten.

Passgenaue Angebote

Auf den neu gestalteten Seiten des Familienportals finden sich ab sofort umfangreiche Informationen zu den Kinderbetreuungseinrichtungen und zur Tagespflege im Landkreis. Insbesondere für den Bereich der Tagespflege wurde ein eigenes Modul eingerichtet, in dem passgenaue Betreuungsangebote über eine Suchfunktion und eine interaktive Karte mittels Geotagging gefunden werden können. Über Fragen zur Gesundheitsförderung und -prävention sowie über differenzierte Beratungsmöglichkeiten informiert der extra geschaffene Be-

reich „Gesundheit“. Hier finden Eltern umfassende Informationen zu allen Lebensphasen ihrer Kinder.

Die Seiten wurden im responsive Webdesign programmiert und lassen sich somit auch auf allen mobilen Endgeräten wie Tablets und Handys optimiert darstellen. „Damit erfüllen wir alle Anforderungen an einen zeitgemäßen Internetauftritt“, so der Landrat. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse
GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken
GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Warum sind Museen „romantisch“?

Büro für Leichte Sprache Würzburg übersetzt Texte für unterfränkische Kommunen

„Vernissage“ – so richtig kann Mario Stabel mit diesem Wort nichts anfangen. „Es hat was mit Ausstellungen zu tun, oder?“, fragt er Maria Heybutzki vom „Büro für Leichte Sprache“ in Würzburg. Die nickt. Ja. Bei einer Vernissage wird eine neue Ausstellung eröffnet. Genau so müsste man das auch schreiben. Denn sicher gibt es viele Menschen, die, wie Mario Stabel, das fremde Wort nicht wirklich verstehen.

Die Texte, die Maria Heybutzki verfasst, soll jedoch möglichst jeder Mensch rasch begreifen können. Seit November 2016 gibt es das von der Würzburger Lebenshilfe getragene „Büro für Leichte Sprache“. Seither übersetzt Maria Heybutzki für Kommunen, Einrichtungen und Organisationen. Aus ganz Unterfranken trudeln Aufträge ein. „Für die Stadt Aschaffenburg haben wir zum Beispiel schon mehrere Formulare übersetzt“, berichtet die 32-Jährige, die an der Universität in Hildesheim, wo es eine Forschungsstelle Leichte Sprache gibt, lernte, Texte zu übersetzen. Unter anderem wurde für das Aschaffener Einwohnermeldeamt eine Ausfüllhilfe für ein Formular erstellt, mit dem sich jeder Bürger beschäftigen muss, wenn er umgezogen ist.

Unterstützung von „Prüfern“

Maria Heybutzki fertigt die Texte nie alleine an. Das, was sie übersetzt hat, wird prinzipiell „Prüfern“ vorgelegt. Dabei handelt es sich um Menschen, die auf Leichte Sprache angewiesen sind. 15 Prüferinnen und Prüfer unterstützen Heybutzki derzeit. Sie sind in drei Gruppen aufgeteilt. Zwei existieren in den Mainfränkischen Werkstätten in Ochsenfurt, eine in der Werkstätte in Würzburg.

Maria Stabel, 37 Jahre alt und

in der Würzburger Werkstätte tätig, sowie Christian Schmitt, 33 Jahre alt und in der Ochsenfurter Einrichtung beschäftigt, gehören dem Prüfersteam aktuell an. Im Moment setzen sie sich mit der Frage auseinander, wie Informationsmaterial für ein Museum in Leichter Sprache aufbereitet werden kann. Dabei stolpert die Gruppe über so manches schwierige Wort. „Vernissage“ ist nur ein Beispiel. „Romantik“ ein weiteres. Stabel muss schmunzeln. Er kennt diesen Begriff aus dem Fernsehen. Wenn zwei sich mögen, kann es ganz schön romantisch zugehen.

Von Heybutzki erfährt er, dass man auch dann von „Romantik“ spricht, wenn man die Zeit etwa zwischen 1800 und 1850 meint. Der Epochenbegriff kann, weil viele Menschen ihn nicht verstehen, in einem Text, der leicht verständlich sein soll, nicht unerklärt übernommen werden. Überhaupt wimmelt es in Texten, die Kunst und Kultur betreffen, oft von Fremdwörtern. Das schließt Menschen mit geistiger Behinderung, Lernhandicap, beginnender Demenz oder auch mit Migrationshintergrund aus. Zu Unrecht. Denn alle haben das Recht auf kulturelle Teilhabe.

Der Einbezug von Menschen, die ständig vor kommunikativen Hürden stehen, ist unabdingbar beim Übersetzen von Texten in Leichter Sprache. Nur dann, wenn auf eine Prüfgruppe zu-

rückgegriffen werden kann, gibt es das Qualitätssiegel des „Netzwerks Leichte Sprache“. Die Arbeit der Prüfer wird, zumindest indirekt, sogar vergütet, erläutert Mario Stabel. Denn die Prüfungen finden in den Werkstätten zu den regulären Arbeitszeiten statt: „Wir erhalten also unseren Werkstattlohn weiter.“

Übersetzt wird alles, was nur denkbar ist. Formulare. Broschüren. Webseiten. Im vergangenen Jahr befasste sich das Team des „Büros für Leichte Sprache“ mit einer Broschüre der Stadt Würzburg, in der sämtliche städtische Naturlehrpfade aufgelistet sind. 32 Seiten umfasst das Infoheft im Original. So viel Text ist zu anstrengend für Menschen, die sich schwer tun, Geschriebenes zu erfassen. Also wurde die Broschüre ent-rümpelt. Nur die nackte Information sollte übrig bleiben. Also etwa die Auskunft, dass der Würzburger Ringpark ein Naturlehrpfad darstellt. Und was hier alles zu sehen ist.

Geliebte Inklusion

Leichte Sprache zu verwenden, muss mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention als Pflicht jeder öffentlichen Institution angesehen werden. Nur so ist Inklusion realisierbar. Gerade, wenn es ausdrücklich um Inklusion geht, werden die Dienste des „Büros für Leichte Sprache“ gern in Anspruch genommen. Allerdings: Als die Arbeit an diesen Aufträgen begann, tauchte ein unerwartetes Problem auf. Die Prüfer wussten nicht, was das fremde Wort bedeutet.

„Von der Zielgruppe, an die sich Inklusion richtet, wird der Begriff meist gar nicht verwendet“, erklärt Heybutzki. Inzwischen kennt Mario Stabel das Wort. „Es heißt zum Beispiel, dass alle zusammen Fußball spielen“, sagt der Sportfan, der sich als Schiedsrichter im Inklusionsfußball engagiert: „Egal, ob sie eine Behinderung haben oder nicht.“

Christian Schmitt würde sich im Sinne der Inklusion wünschen, dass auch Tageszeitungen ein Angebot in Leichter Sprache bereithalten. Mario Stabel stimmt ihm zu. Zeitung zu lesen, empfindet er oft als sehr anstrengend: „Ich beginne mit einem Artikel über einen Politiker, aber nach kurzer Zeit stelle ich fest, dass ich einfach gar nichts verstehe.“

Pat Christ

Trauer um Forchheims Alt-OB Franz Stumpf

Im Alter von 68 Jahren ist Forchheims Alt-Oberbürgermeister Franz Stumpf einer schweren Krebserkrankung erlegen. 26 Jahre lang – bis Ende März 2016 – wirkte der CSU-Politiker äußerst erfolgreich als Rathauschef.

Der Verstorbene war Kreistagsmitglied und Bezirksrat und nahm darüber hinaus bis zu seinem krankheitsbedingtem Ausscheiden wichtige Funktionen u.a. im Bayerischen Städtetag, in der Bayerischen und Deutschen Krankenhausgesellschaft und im Verband der Bayerischen Bezirke wahr.

Aus Anlass seines Ausscheidens aus dem Amt des Oberbürgermeisters wurde Stumpf zum Ehrenbürger der Stadt Forchheim ernannt und mit dem Titel „Altoberbürgermeister“ ausgezeichnet. 2013 erhielt er die Kommunale Verdienstmedaille in Silber, 2018 die Bayerische Staatsmedaille für Verdienste um Gesundheit und Pflege. Unter den Meilensteinen der jüngeren Stadtgeschichte Forchheims ist vor allem die Ansiedlung des Medical Valley zu nennen, durch das Forchheim sich zu einem der Top-Standorte für Medizintechnik entwickeln konnte.

Oberbürgermeister Dr. Uwe Kirschstein zeigte sich sehr betroffen über den Tod seines Amtsvorgängers: „Mit Bestürzung habe ich die Nachricht vom Tode meines Mentors und Freundes aufgenommen, eines Mannes, den ich aufgrund seiner vielen Talente und seines stets wohlwollenden Rates sehr geschätzt habe.“

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Warum kann es nicht endlich zu Ende gehen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, wollte sich intensiv auf eine Podiumsdiskussion im Vorfeld der Europawahl am 26. Mai vorbereiten und versuchte deshalb, aktuelle europapolitische Themen zu googeln. Es kam immer wieder nur Brexit, Brexit, Brexit bis zum Abwinken. Seither fragt er sich: Warum zieht niemand endlich den Stecker?

Am 23. Juni 2016 haben 51,86 Prozent der sich an der Abstimmung beteiligenden Briten für den Austritt des Landes aus der Europäischen Union gestimmt. Das war damals schon Blödsinn und jeder einigermaßen informierte Zeitgenosse wusste das. Kaum waren alle Wahllokale wieder feucht durchgewischt, haben die Führer der „Leave“-Kampagne, al-

Brexit: Ein klarer Schnitt muss her!

so die für den Brexit getrommelt haben, auch schon zugegeben, dass sie den Wählern faustdicke Lügen aufgetischt hatten, etwa in der Frage, wieviel Steuergeld sich Großbritannien durch den EU-Austritt ersparen könnte. Trotzdem stellte die Regierung im März 2017 den Austrittsantrag und am 29. März 2019 hätte Schicht im Schacht sein müssen.

Ist es aber nicht. Seit gefühlt einer kleinen Ewigkeit nerven uns die Briten damit, dass sie zwar aus der EU austreten, aber bitte schön alle Vorteile der Mitgliedschaft behalten wollen. Sie wollen offene Grenzen zur EU und unbeschränkten Marktzugang, aber bitte auch mit Drittländern eigene Handelsverträge schließen. Sie wollen die Personenfreizügigkeit für Zuwanderer auf der Insel aufheben, aber bitte weiterhin volle Dienstleistungsfreiheit, vor allem für ihre Finanzbranche. Und wenn man ihnen sagt, die EU funktioniere so wie ein altherwürdiger Londoner Herrenclub, dass man nämlich Mitglied sein und eine Krawatte tragen muss, wenn man sich an der Bar kostenlos besaufen will, und Nichtmitglieder halt in den Pub nebenan müssen, dann faseln sie was von schlechter Behandlung und Bestrafung.

Eigentlich hätten wir es ja wissen müssen. England war schon immer anders. Gut, Winston Churchill schlug kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die Einigung der europäischen Staa-

ten vor, wollte aber mit Hinweis auf sein Empire Großbritannien nicht als einen Teil sehen. Charles de Gaulle kannte seine Vettern über dem Ärmelkanal zu gut, um zu seinen Regierungszeiten den britischen Beitritt zum gemeinsamen Markt zu erlauben. Erst 1973 wurde das Vereinigte Königreich aufgenommen, wirtschaftlich am Boden, mit einer höchst unproduktiven Industrie der kranke Mann in der Nordsee.

Seither standen die Briten immer auf der europäischen Bremse. Margaret Thatcher wurde berühmt dafür, dass sie sich aus der solidarischen Finanzierung der EU verabschiedete, indem sie den so genannten Briten-Rabatt verlangte. Sie war gegen die deutsche Einheit und die Europäische Währung. Es gibt so gut wie keinen Bereich der europäischen Politik, wo die Briten sich nicht irgendeine Extrawurst ausbedungen hätten. Hier ein Vorbehalt, da eine Ausnahme Klausel. Die Geltung der Europäischen Grundrechtecharta in Großbritannien verursacht den dortigen Verfassungsjuristen heute noch die Krätze, höchstens noch übertroffen durch den Widerwillen, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs anerkennen zu müssen.

Trotzdem wurde der Brexit immer wieder verschoben. Vom 29. März auf den 12. April oder 22. Mai, jetzt auf den 31. Oktober und dann, wenn als Theresa May und Boris Johnson verkleidete Halloween-Geister durch die Straßen ziehen, wird der Austritt wahrscheinlich auf den St. Nimmerleinstag datiert. Warum? Weil die Wirtschaft einen ungeregelten Austritt fürchtet. Aber was ist schlimmer? Ein ungeregelter Austritt, der zugegeben einen globalen Schock auslösen könnte, der aber wieder vorübergeht? Oder ein ewiges, unwürdiges Geziehe, das Europa weitere Monate oder gar Jahre lähmt?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist als überzeugter Europäer für einen klaren Schnitt, damit wir wieder dazu kommen, die wahren Zukunftsprobleme mit unseren europäischen Partnern anzugehen. Denn eines wusste schon der Ire George Bernard Shaw: „Niemand wird man einem Engländer beweisen können, dass er im Unrecht sei. Denn er tut alles aus Grundsätzen.“

ihre Sabrina

Ein weiterer Schritt zum Augsburgener Kultur- und Kreativareal:

Künstler ziehen ins Gaswerk ein

Nach dem Staatstheater Augsburg zogen jetzt die ersten Künstler vom Reese-Gelände auf das Gaswerkareal. In den vergangenen Monaten haben die Stadtwerke Augsburg (swa) als Eigentümer des Gaswerks die Räume für die neuen Mieter hergerichtet.

34 Künstler aller Genres, von der Ölmalerei bis zur Straßenfotografie, zogen zunächst im März in den Neubau des „Ofenhauses“ sowie das ehemalige „Sozialgebäude“. Im April folgen Musiker

und Bands in 27 Räume der östlichen Werkstätten. Weitere 60 Bands werden Mitte kommenden Jahres, wenn das Reinigergebäude saniert ist, einziehen.

5.000 Quadratmeter sind für die Künstler des Reese-Areals auf dem Gaswerk reserviert. Insgesamt werden etwa 120 Künstler auf das neue Gelände ziehen. Rund 700 Quadratmeter stehen ihnen im Neubau des Ofenhauses auf einer eigenen Etage zur Verfügung.

Arbeiten auf Hochtouren

Seit gut zwei Jahren laufen die Arbeiten für die neue Nutzung des Gaswerks auf Hochtouren. Im Januar hatte das Staatstheater seine erste Premiere in der neuen brechtbühne als Interimsspielstätte. Außerdem steht das Parkhaus mit 360 Stellplätzen sowie der Restaurantbereich zur Verfügung. Die Küche wird bis April fertig. Dann wird der Ofenhaus-Gastronom Tobias Emminger von Stadtjäger den Vollbetrieb des Restaurants aufnehmen. Das Staatstheater und die Stadt Augsburg mieten die Flächen für die Theatermöglichkeiten und die Künstlerateliers von den swa und betreiben diese in Eigenregie. Die Kaltmiete beträgt für die Künst-

lerateliers und Übungsräume fünf Euro pro Quadratmeter.

Das ehemalige Gaswerk Augsburg-Oberhausen wird von den Eigentümern, den Stadtwerken Augsburg (swa), zusammen mit der Stadt Augsburg zu einem Zentrum für Künstler, Theater, Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt. Dafür wird in den kommenden Jahren auch eine ganze Reihe neuer Gebäude auf dem Areal entstehen. Schließlich geht es für die Stadtwerke darum, ein Zentrum zu schaffen, an dem sich Kreative und freie Kultur mit dem Theater Augsburg, mit etablierten Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie jungen Start-Ups an einem Ort vernetzen und gegenseitig bereichern können.

Schrittweise Entwicklung des Geländes

Die Freiflächen werden von den swa zu einem Areal für Festivals und Open-Air-Konzerte hergerichtet. So findet vom 20. bis 22. Juni auf dem Gaswerkareal erstmals das Modular-Festival mit rund 10.000 Besuchern täglich statt. Die swa wollen das Gelände so Schritt für Schritt entwickeln, langfristig Interesse wecken bei Kunst-, Kulturschaffenden und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft und für die Bürger öffnen. Ein Musik-Club könnte sich dabei ebenfalls auf dem Gelände ansiedeln, wie weitere Gastronomie. □

Zweite Bamberger Bürgerumfrage 2019

Die Lebensqualität in Bamberg ist sehr hoch. Vor allem im Frühling und im Sommer kann Bamberg mit seinen traditionellen Kellern mitten in der Stadt und einer mediterranen Lebensart punkten. Darüber hinaus besticht die Domstadt zum Beispiel mit einem attraktiven Kulturprogramm. Für ein junges, dynamisches Stadtbild sorgen nicht zuletzt circa 13.000 Studierende der Otto-Friedrich-Universität. Mit ihren Profilschwerpunkten Geistes- und Kulturwissenschaften, Humanwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, ergänzt durch Angewandte Informatik prägt sie den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Bamberg maßgeblich mit.

Schon 2017 wollte es die Stadt Bamberg aber ganz genau wissen und befragte bei der ersten Bamberger Bürgerumfrage 5.000 Bürgerinnen und Bürger, wie Sie in Bamberg leben, was Ihnen hier am allerbesten gefällt, was Sie anders machen würden, wenn Sie Oberbürgermeister wären und wo der Schuh drückt.

Fortschreibung der Ergebnisse von 2017

Insgesamt 1.600 ausgefüllte Fragebögen flossen 2017 in die Auswertung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein, das entspricht einem außergewöhnlich hohen Rücklauf von 32 Prozent. Die Ergebnisse waren recht positiv: 82 Prozent der Befragten bewerteten die Lebensqualität der Stadt mit gut bis sehr gut. Hervorragende Noten gibt es zum Beispiel für die familiengerechten Angebote in der Stadt. Aber auch Senioren und junge Erwachsene fühlen sich gut aufgehoben. Nun möchten wir untersuchen, ob das so geblieben ist oder was sich verändert hat.

Die Bürgerbefragung soll einen repräsentativen Blick auf das Leben in der Stadt werfen. Erneut wurden nun 5.000 Bürgerinnen und Bürger Bambergs nach wis-

senschaftlichen Kriterien ausgewählt. Sie erhalten in den kommenden Tagen einen Brief und einen Umfragebogen mit der Bitte um Beteiligung.

Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich freiwillig. Dennoch bittet die Stadt um Beteiligung, denn für eine repräsentative Befragung ist eine hohe Teilnahme erforderlich. Deshalb ist es sehr wichtig, dass möglichst viele der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger mitmachen. Dadurch wird eine realistische Datengrundlage gewonnen, die es ermöglicht, wichtige Weichen zu stellen oder notwendige Veränderungen anzustoßen. Wichtig ist aber auch zu wissen, was Ihnen in unserer Stadt besonders gut gefällt.

Der Fragebogen, der von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie entwickelt wurde, stellt die umfassendste Bürgerbefragung dar, die in Bamberg durchgeführt wird.

Die Befragung wird vom Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) an der Universität Bamberg auch online bereitgestellt und kann direkt unter <https://online.baces.uni-bamberg.de/uc/BaBB2019> abgerufen werden. □

Heimatpreis Nordbayern:

Bayerische Lebensart bewahren

Mit dem „Heimatpreis Nordbayern“ der Bayerischen Staatsregierung sind in Nürnberg acht Feste, Einrichtungen und kulturelle Brauchtümer ausgezeichnet worden. Preisträger sind das Bergwaldtheater Weißenburg, der Bürgermeisterchor Ansbach, die Bamberger Sandkerwa, die Kulmbacher Bierwoche, die Frankenfestspiele Röttingen, das Jugendmusikkorps der Stadt Bad Kissingen, das historische Tillyfest Breitenbrunn und die Oberpfälzer Zoiglkultur.

Seit der Gründung des Bergwaldtheaters Weißenburg vor 90 Jahren finden auf dem Gelände eines alten Steinbruchs am Rande des Stadtwalds naturnahe Festspiele statt. Der jährliche Traditionsfestspielsommer von Mai bis August bietet unter dem Motto „Kultur trifft Natur“ mitten im Wald Kunstgenuss unter freiem Himmel.

Bei einem Bürgermeisterausflug 1989 entstand die Gründungsidee für einen Bürgermeisterchor, einer Gemeinschaft musikalischer und sozial engagierter Politiker mit Freude am Gesang aktiv für den guten Zweck. Das breite Repertoire des Ansbacher Chores reicht von geistlichen bis hin zu geselligen Liedern. Der Erlös kommt vor allem sozialen Einrichtungen im Landkreis zu Gute. Der Ansbacher Bürgermeisterchor war aber auch bereits Gastgeber für ein gemeinsames

Benefizkonzert von fünf weiteren Bürgermeisterchören aus Bayern zugunsten einer Schule in Tansania.

Bamberger Sandkerwa

Die Bamberger Sandkerwa ist ein wichtiger Teil der fränkischen Kirchweihtradition mit überregionaler Bedeutung. Das Volksfest ist eine bunte Mischung aus Kirchweihfest, Straßenfest und Bierfest mit regionaler Biervielfalt und stärkt als Treffpunkt für Jung und Alt die Heimatverbundenheit. Die Sandkerwa gilt als unverzichtbarer Pflichttermin im Bamberger Veranstaltungskalender.

Auch bei der Kulmbacher Bierwoche wird die gelebte Fest- und Bierkultur Oberfrankens sichtbar. Im Herzen der Markgrafentadt Kulmbach unterhalb der Plassenburg feiern jährlich ca. 120.000 Besucher das oberfrän-

kische Genuss- und Heimatfest. Statt Fahrgeschäfte locken ein traditioneller Festzug der lokalen Brauereien und urfränkische Gemütlichkeit im Festzelt. In diesem Jahr findet bereits die 70. Kulmbacher Bierwoche statt.

Die jährlichen Frankenfestspiele sind seit 1984 ein kulturelles Highlight und Aushängeschild der Europastadt Röttingen an der Romantischen Straße im Taubertal. Das inzwischen breite Repertoire der Festspiele umfasst Musical, Operette, Schauspiel, Komödie, Konzertabende, Lesungen, Kabarett sowie junges Freilichttheater mit Kindertheater und Workshops. Die Frankenfestspiele Röttingen sind ein wichtiger Bestandteil der Kulturszene in Franken, die Jung und Alt gleichermaßen begeistern.

Jugendmusikkorps Bad Kissingen

Seit 55 Jahren pflegt das Jugendmusikkorps die Musiktradition in Bad Kissingen. Die jugendliche Stadtkapelle des Staatsbades hat eine starke identitätsstiftende Funktion und fördert Heimatverbundenheit und Gemeinschaftsinn von klein auf. Das musikalische Aushängeschild des unterfränkischen Kurortes repräsentiert Stadt und Musikschule Bad Kissingen bei zahlreichen Konzerten und Auftritten im In- und Ausland. Die Auftritte der Stadtkapelle in farbenprächtigen Uniformen sind Augenweide und hochklassiger Kunstgenuss.

Das durch die Gemeinde Breitenbrunn mit zahlreichen Vereinen organisierte Tillyfest erinnert an den herausragenden Feldherrn im Dreißigjährigen Krieg Graf von Tilly, der 1624 Breitenbrunn als Dank vom Kurfürsten Maximilian von Bayern erhielt. Tilly und seine Erben haben für Breitenbrunn und Umgebung viel geleistet, wie den Bau einiger Kirchen und finanzielle Unterstützung. Das spektakuläre Historienfest ermöglicht zwei Tage lang mit historischem Lager und Umzug eine beeindruckende Zeitreise und macht ein Stück Heimat der Vergangenheit in Gegenwart und Zukunft erlebbar.

Oberpfälzer Zoiglkultur

Der Zoigl - auch Kommunier genannt - bringt Oberpfälzer Lebensgefühl und gelebte Tradition mit gemeinsamem Bierbrauen und Genuss mit bester Qualität zusammen. Das Zoigl-Braurecht bleibt mit Haus und Grundstück verbunden und ist offiziell im Grundbuch eingetragen. Zoigl-Brauen ist fester Bestandteil der Oberpfälzer Heimat und Geschichte mit jahrhundertealten Braurechten der Kommunbrauhäuser. Das älteste Braurecht datiert auf dem Jahr 1415.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Preisverleihung betonte, „ehren wir mit dem Heimatpreis Menschen, die unsere Lebensart und Traditionen pflegen und unsere kulturelle Vielfalt bereichern und erhalten. Sie sorgen dafür, dass unsere Bräuche fortbestehen und an zukünftige Generationen weitergegeben werden.“ DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen das LfA-Magazin der LfA-Förderbank Bayern sowie eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

WIE GEHT ES WEITER NACH DER ABSCHAFFUNG DER STRAßENAUSBAUBEITRÄGE?

Diskutieren Sie mit uns beim Fachgespräch

Fr., 17.5.19 | 10-12.30 Uhr
Bayerischer Landtag

STRABS UND STREBS

mit Johannes Becher, MdL, Sprecher für Kommunales
Dr. Martin Runge, MdL, Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags
und Expertinnen und Experten von Verbänden, Verwaltung
und aus der Kommunalpolitik

Anmeldung und Infos unter
www.gruene-fraktion-bayern.de/termine



München ist lebenswerteste Stadt in Deutschland

Das Ergebnis der Mercer-Studie zur Lebensqualität 2019 steht fest: München bietet zum wiederholten Mal die beste Lebensqualität in Deutschland.

Anhand von 39 Kriterien beurteilten die Befragten ihren jeweiligen Wohn- bzw. Arbeitsort. Diese Merkmale schließen unter anderem politische, soziale, wirtschaftliche und umweltorientierte Aspekte ein. Hinzu kommen Faktoren wie Gesundheit und Bildungsangebote.

Dem Bereich „Sicherheit“ wurde 2019 aufgrund der zunehmenden Bedeutung ein eigenes Ranking gewidmet. das Faktoren wie Kriminalität, Strafverfolgung, Einschränkungen der per-

sönlichen Freiheit, außenpolitische Beziehungen zu anderen Ländern und Pressefreiheit analysiert. München kommt hier auf Platz 11.

Trotz politischer und wirtschaftlicher Turbulenzen und einem Brexit, dessen Konsequenzen noch nicht vollends absehbar sind, verzeichnen europäische Metropolen weiterhin weltweit die höchste Lebensqualität: In den Top Ten platzierten sich acht und in den Top-25 16 europäische Städte. □

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 3. Mai 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 25 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 93130 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau



ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale
Themen direkt mit Personen,
die ähnliche Herausforderungen
meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen
über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,
Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen,
Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,
Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen
mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- /
Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe



Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592
einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht
„Start“ per WhatsApp an diese Nummer.



Saubere Straßen mit dem Unitrac und der Kehrmachine von Trilety.

Mit dem Unitrac durchs Jahr: Profi-Lösungen für Gemeinden

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner produziert mit dem Unitrac vielseitige Transporter, die ihre Stärken in den Gemeinden ausspielen – und das ganzjährig. Immer mehr Kommunen wollen Komplettlösungen. Die hat Lindner mit seinen bewährten Gerätepartnern im Programm.

In ganz Europa sind mehr als 3.000 Unitrac-Transporter von Lindner im Einsatz – 60 Prozent bei Städten und Gemeinden. So hat die Schweizer Stadt Luzern mittlerweile sieben Unitrac-Transporter im Fuhrpark. Und auch in Bayern setzen viele Gemeinden auf Technologie aus Tirol. Lindner hat sechs verschiedene Unitrac-Modelle im Programm. Das Angebot reicht vom 76 PS starken Unitrac 72ep bis zum Unitrac 112 LDrive. Den stufenlosen und besonders einfach zu bedienenden Transporter stellt Lindner seit Sommer 2017 her. Bis dato wurden mehr als 30.000 Arbeitsstunden damit absolviert. Der Unitrac 112 LDrive punktet mit einer Nutzlast von sechs Tonnen, der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Wendigkeit

gewährleistet die 4-Rad-Lenkung. Das TraLink-System beinhaltet ein digitales Fahrtenbuch und erkennt Anbaugeräte automatisch. Außerdem erinnert TraLink an wichtige Prüfungen oder Servicearbeiten wie einen Ölwechsel.

Immer gefragter werden im Kommunalbereich Komplettlösungen – das heißt Transporter und Geräte aus einer Hand. Lindner arbeitet daher mit bewährten Gerätepartnern zusammen. Bei den Kehrmaschinen setzt Lindner auf die Zusammenarbeit mit dem Salzburger Unternehmen Trilety. Erhältlich ist die TS30L, eine saugende und selbstaufnehmende Straßenkehrmaschine mit mehr als 3m³ Behältervolumen, die als Schnellwechsel-

aufbau konzipiert ist. Schneepflüge für Profis baut der österreichische Hersteller Hauer. Erhältlich sind Vario- und Seitenschneepflüge in verschiedenen Breiten und Schildhöhen. Streugeräte liefert die Kärntner Firma Springer Kommunaltechnik.



Im Winter spielt der Unitrac mit Pflug und Salzstreuer seine Stärken aus.

Neuer Lintrac 110: Stufenlos in der Gemeinde

Der stufenlose Traktor punktet mit hohem Fahrkomfort und leichter Bedienung. Die Lindner-Frontachse ist besonders robust gebaut. Für lange Arbeitszeiten hat Lindner die TracLink-Kabine entwickelt.

Wie beim Lintrac 90 stehen auch beim neuen Lintrac 110 die ZF-Stufenlosttechnologie und die einfache LDrive-Bedienung im Mittelpunkt. Die Fahrer in den Kommunen sollen sich auf die Anbaugeräte konzentrieren können. Das Spektrum der Einsatzgebiete reicht von Streu- und Kehrarbeiten über die Schneeräumung mit Pflug bzw. Fräse bis zum Transport. Einen wesentlichen Beitrag zum hohen Fahrkomfort des Traktors leistet die gefederte Vorderachse. Sie punktet unter anderem bei langen Transportfahrten. Die bewährte und robuste Lindner-Frontachse baut das Unternehmen in Kundl selber.

Für lange Arbeitszeiten hat Lindner die TracLink-Kabine entwickelt. Der Fahrersitz mit Niederfrequenz-Luftfederung und die Kabinenfederung sorgen für optimalen Komfort.

Lindner auf der ASTRAD in Wels

Am 15. und 16. Mai findet im oberösterreichischen Wels die diesjährige ASTRAD statt. Lindner zeigt auf der größten Kommunalmesse Österreichs sein stufenloses Angebot für die Gemeinden: den Lintrac 110 und den Unitrac 112 LDrive. Mehr Informationen zum Kommunalprogramm von Lindner und zu den Messeterminen gibt es auf www.lindner-traktoren.at

Das Frontlader-Freisicht-Fenster ist extra groß und breit angelegt – der Fahrer hat besten Blick auf den Frontlader bis zur maximalen Ausladungshöhe. Darüber hinaus hat Lindner das Lichtsystem verbessert. Für Kommunalprofis kommen z.B. sehr gut sichtbare LED-Rundumleuchten und -Blitzbalken zum Einsatz. Die TracLink-Kabine ist seit kurzem auch für den Lintrac 90 erhältlich.

Weitere Highlights des Lintrac 110

Herzstück im Lintrac ist das stufenlose Getriebe TMT11 von ZF. Dieses ist im Vergleich zum TMT09 aus dem Lintrac 90 mit einer größeren Hinterachse ausgerüstet. Das effiziente Getriebe zeichnet sich durch kompakte Bauweise und maximale Zugkraft aus. Das höchstzulässige Gesamtgewicht liegt bei acht Tonnen, die Nutzlast bei rund 3,5 Tonnen. Der Perkins-Turbo-Diesel-Motor mit 3,4 Liter Hubraum leistet 83kW/113 PS. Dank LDrive-Bedienung ist der neue Lintrac sehr einfach zu bedienen. Für überdurchschnittliche Wendigkeit – z.B. in engen Gassen – steht die 4-Rad-Lenkung.





Digitale Einsatzdokumentation mit dem TracLink-System

TracLink für die Gemeinden

Von der digitalen Einsatzdokumentation bis zur intelligenten Geräteerkennung: Mit dem TracLink-System bietet Lindner digitale Lösungen, die das Arbeiten in den Gemeinden deutlich erleichtern.

Das Fahrtenbuch händisch schreiben war gestern. Mit dem TracLink-System für den Unitrac 112 LDrive und den Lintrac bietet Lindner eine digitale Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden. TracLink erstellt ein digitales Fahrtenbuch. Im TracLink-Portal werden alle Fahrten auf einer Landkarte dargestellt. Darüber hinaus sind sämtliche wichtigen Informationen übersichtlich einsehbar: von der Einsatzzeit über die geräumte Fläche bis zur ausgebrachten Salzmenge und den Verbrauchswerten. Streuprotokolle können selber mit wenigen Handgriffen erstellt und ausgedruckt werden.

Ein weiteres Highlight ist die TracLink-Geräteerkennung. Dank dieser wird gewährleistet, dass optimal abgestimmte Geräte im Einsatz sind und Hydraulikmengen und Zapfwellengeschwindigkeiten perfekt eingestellt sind. Das verhindert Fehlbedienungen, der Fahrer kann sich voll auf seine Arbeit konzentrieren. Darüber hinaus erinnert TracLink an wichtige Prüfungen oder Servicearbeiten wie z.B. einen Ölwechsel. Außerdem hat der Fahrer über TracLink immer im Blick, wie hoch beispielsweise der Füllstand der Streukammer ist. Mehr Informationen gibt es auf www.lindner-traktoren.at/traclink



In Bayern wird der Lintrac als Loipenspurgerät mit Sommernutzung zwischen 50 und 85 Prozent staatlich gefördert.

Lintrac für die Loipe

Mit dem neuen Spezial-Lintrac bietet Lindner einen optimalen Traktor für die Pflege von Loipen und Wanderwegen in der kalten Jahreszeit. Mit dem 12-Wege-Räumschild und der Nachlauf-Fräse können die Wege für die Wanderer geräumt und präpariert werden. Ergänzt um zwei Druckplatten, ist diese Gerätekombination als ideales Spurgerät für Langlaufloipen einsetzbar. Der stufenlose Lintrac ist seit kurzem außerdem mit Gummi-Raupenfahwerk verfügbar, durch die 4-Rad-Lenkung bleibt die Wendigkeit erhalten – damit steht der perfekten Loipenpräparierung nichts mehr im Wege.



Kommunalforum Alpenraum 2019: Fachkräftemangel trifft auch die Gemeinden



V.l.: Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Regina Norz (Forum Land), Landesrat Johannes Tratter, Gastgeber Hermann Lindner, Ernst Schöpf (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Walter Leiss (Generalsekretär Österreichischer Gemeindebund) und Keynote-Speaker Johannes Kopf (Vorstand AMS)

Im Lindner-Innovationszentrum in Kundl diskutierten Experten, wie sich die Gemeinden als attraktive Arbeitgeber positionieren können. Fachkräfte fehlen vor allem im Pflegebereich und in der Kinderbetreuung

Fachkräfte dringend gesucht heißt es nicht nur in der Industrie, sondern auch bei vielen Gemeinden. „Man spürt den Mangel vor allem im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung“, sagte Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, beim 7. Kommunalforum Alpenraum. Das ging im Lindner-Innovationszentrum in Kundl über die Bühne. Darüber hinaus werde die Position des Amtsleiters immer anspruchsvoller. „Das ist mittlerweile eine richtige Managementaufgabe.“

BMW statt Gemeinde

Auch Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, ortete Personalprobleme im Pflegebereich. „Vor fünf Jahren hatten wir 20 bis 30 Bewerbungen auf eine Ausschreibung, heute bekommen wir

manches Mal gar keine.“ In Bayern würden viele Gemeinden – vor allem im Großraum München – die großen Autobauer in der Region spüren. „Es wird immer schwieriger für die Kommunen, technische Spezialisten zu finden, da es für viele spannender ist, z.B. bei BMW zu arbeiten. Darüber hinaus kann die Wirtschaft oft besser bezahlen.“



V.l.: Georg Große Verspohl (Direktor Bayerischer Gemeindetag), Bürgermeister Georg Rainer (Nikolsdorf, Österreich) und Michael Unterweger (Hasibeder Personalservice)



Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Premiumpartner ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner 2019 waren der Österreichische Gemeinde-

bund, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Südtiroler Gemeindenverband, Forum Land und Hasibeder Personalservice. Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner. Das nächste Kommunalforum Alpenraum findet im Frühjahr 2020 statt. www.kommunalforum-alpenraum.eu

Save-the-date: Nächstes Kommunalforum Alpenraum am 18. März 2020

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

FRÜHJAHR/SOMMER · 2019

IM HEFT:
**AUSFLUGS
TIPPS**
für Wochenende und
Urlaub in Bayern

TOURISMUS NEU DENKEN

WIE SICH DAS GASTGEWERBE IN BAYERN VERÄNDERT

INHALT



Die Begeisterung für kleine Häuser und eine reduzierte Lebensweise einen die Bewohner und Gäste des Tiny House Village im Fichtelgebirge. Hier festgehalten von Fotograf Dirk Messberger



- 04 Große Freiheit im Kleinen**
Mit ihrer Tiny-House-Community im Fichtelgebirge wollen Steffi und Philipp eine nachhaltig funktionierende Gesellschaft aufbauen
- 08 Höhe gewinnen**
Ein Trio aus dem Allgäu bietet mit seinen Tiefblick Hochseilgärten Kletterspaß für jedermann
- 09 Kolumne**
Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger über den Stellenwert der Tourismusbranche
- 10 „Wir sind eine Leitökonomie“**
Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, und Harald Pechlaner von der Uni Eichstätt über aktuelle Trends im heimischen Tourismus
- 14 Bayern erleben**
Ein kleiner Wegweiser durch das abwechslungsreiche Tourismusangebot in Bayern



- 16 Wachgeküsst**
Auf der Vogelsburg bei Volkach trifft Geschichte auf ein minimalistisch-modernes Hotelkonzept
- 18 Das Leben ist ein Wunschkonzert**
Wie ein visionäres Konzerthaus neues Leben in den Ortskern von Blaibach bringt
- 22 Tief verwurzelt**
In der alten Hausbrennerei Penninger im Bayerischen Wald wird nicht nur Schnaps, sondern seit Neuestem auch Gin, Rum und Whiskey hergestellt
- 24 Meldungen**
Jahresbilanz 2018 | Bilanz Handwerk 2018 | Kunstkalender 2019 | Weihnachtsspende | Neue Personalien BayBG
- 26 Service**
Beratung für Unternehmen | Neues Ideenmanagement der LfA
- 27 Gesichter der LfA**
Erika Hammel, Spezialistin Bankberatung | Alfred Wagner, Abteilungsleiter Förderkredite



Fotos: Vogelsburg; PR; Tiefblick GmbH Illustration: Pia Bublies

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Bettina Daimer, Michael Muhsal, Markus Wöhl
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek
Bildredaktion Elina Gathof, Alissa Selge
Gestaltung Claudia Homer, Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.lektorat-sued.de

Druck: F&W Druck- und Mediencenter GmbH, Kienberg
 Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adresse mit:
 LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf www.fsc-deutschland.de Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



DATENSCHUTZINFORMATION: Die hier verwendeten Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von der Schober Information Group Deutschland GmbH, Meisenweg 37, 70771 Leinfelden-Echterdingen. Die Schober Group Deutschland GmbH verarbeitet auf Basis der Interessenabwägung gemäß Art. 6 (1) (f) DSGVO Ihre Adressdaten und Selektionsmerkmale für Zwecke der Direktwerbung von Unternehmen sowie zur Prüfung und Anreicherung von Adressbeständen anderer Unternehmen. Sie können der künftigen Nutzung Ihrer Daten zu diesen Zwecken widersprechen. Weitere Informationen sowie Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten erhalten Sie unter <https://schober.de/unternehmen/datenschutz/>

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bayern ist bei Reisenden aus dem In- und Ausland beliebt. Mit 37 Millionen Besuchern und 94 Millionen Übernachtungen im Jahr ist es nicht nur Tourismusland Nummer eins in Deutschland, sondern auch ein führendes Ganzjahresziel in Europa. Neben einer vielfältigen Naturlandschaft mit atemberaubenden Bergpanoramen und glasklaren Seen besticht das Land auch mit kulturellem Angebot und historischem Erbe. Malerische Burgen und Schlösser, schöne Altstädte und Baudenkmäler entführen in längst vergangene Zeiten. Wie wichtig es ist, den bayerischen Tourismus aber auch auf künftige Anforderungen vorzubereiten, erklärt Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger in seiner Kolumne auf Seite 9.

Unsere bayerischen Tourismusbetriebe kümmern sich nicht nur um das Wohl unserer Gäste, sie sind auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Um diese Wirtschaftskraft mit einem zeitgemäßen und nachhaltigen Angebot aufrechtzuerhalten, braucht es Investitionen. Die LfA bietet daher seit jeher ein umfassendes Finanzierungsangebot für Tourismusunternehmen. Gefördert werden dabei nicht nur Hotels und Restaurants, sondern auch neue, mutige Projekte wie die Tiny-House-Community von Steffi und Philipp im Fichtelgebirge (S. 4).

Welche Entwicklungen bewegen den Tourismus noch? Das lesen Sie im Gespräch mit Angela Inselkammer, Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, und Harald Pechlaner, Inhaber des Lehrstuhls Tourismus an der Universität Eichstätt, ab Seite 10. Am Platzl in München unterhielten sich die Branchenkenner über die Zukunft des Tourismus.

Kommen Sie mit auf einen Streifzug durch Bayern und lassen Sie sich inspirieren: Die Illustration in der Heftmitte zeigt eine Auswahl lohnenswerter, von uns geförderter Ausflugsziele.

Viel Spaß beim Entdecken wünscht



Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern

GROSSE FREIHEIT IM KLEINEN

SIE HABEN ES TATSÄCHLICH GESCHAFFT:
DAS ERSTE **TINY-HOUSE-DORF** DEUTSCHLANDS
IN MEHLMEISEL IST DAS VERDIENST
VON STEFANIE BECK UND PHILIPP SANDERS

TEXT STEFAN RUZAS



Foto: Dirk Messberger

DIE NACHFRAGE IST VIEL GRÖßER ALS GEDACHT: AUS GANZ DEUTSCHLAND MELDEN SICH INTERESSIERTE



STANDORT
Mehlmiesel im
Fichtelgebirge

REGION
Oberfranken

Manchmal weiß man eben schon zu Schulzeiten, dass man zusammengehört; ohne dass es viel braucht. Stefanie Beck und Philipp Sanders sind seit der zehnten Klasse ein Paar. Sie haben sich in einem Münchner Gymnasium kennengelernt, saßen sogar gemeinsam im Unterricht. Trennen konnten die beiden nicht mal Zeiten, in denen sie in Südamerika und er in Australien und Neuseeland war. Als sie dann zusammengewohnt haben, reichte manchmal ein Sechs-Quadratmeter-Zimmer. Zu zweit, wohlge-merkt. Das war, als Steffi und Philipp im kanadischen Ski-Resort Whistler jobbten. Schon damals begannen sie, Skizzen und Pappmodelle von einem Tiny House anzufertigen, also einem kleinen Haus auf Rädern. In der US-Stadt

Um sich ihren Traum von einer Tiny-House-Community zu erfüllen, zog es Steffi und Philipp Anfang 2017 ins Fichtelgebirge



Portland erkundeten sie, was es mit der boomenden Mini-Haus-Bewegung so auf sich hat. „Wir haben uns schon immer gefragt, wieso Leute 30 bis 40 Jahre nur für ihr Haus arbeiten gehen“, sagt Philipp. Die Idee, mit weniger als 20 Quadratmetern auszukommen, zum Wohnen, Schlafen, Kochen und Essen, faszinierte sie. Auch deswegen begannen die beiden nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 2016 in Augsburg zunächst ein Studium für energieeffizientes Planen und Bauen. In ihrer Freizeit bauten sie ihr erstes Tiny House namens „Nordic Fjöll“. Es ist 7,20 Meter lang und 2,55 Meter breit. Nur wohin damit? Die Gesetzeslage in Deutschland ist bis heute diffus und die Grundstückssuche schwierig. Im Internet stießen sie auf ein Inserat für ein „Freizeitgelände“ im Fichtelgebirge und bei einer Visite gleich auf Widerstand in einem Bauamt dort. Nein, kein Platz für so was Merkwürdiges wie ein Tiny House. „Wir waren richtig sauer“, erzählt Steffi heute mit einem Lächeln, „weil wir nicht verstanden haben, dass man jungen Leuten, die hier hinziehen wollen, derart im Weg stehen kann.“ Erst der Tourismusverband signalisierte Anfang 2017 Unterstützung und stellte Kontakt zu Franz Tauber her, dem Bürgermeister von Mehlmiesel. Der ist mit beiden gleich per Du und zeigt ihnen mögliche Grundstücke. Auch einen 17.000 Quadratmeter großen Campingplatz, der zum Verkauf stehen soll. Die heute 24-Jährigen zögerten: „Unser größtes Ziel war, legal zu wohnen und anerkannt zu sein. Wir sind keine Dauercamper, das hier ist für uns keine Notlösung, sondern unser Erstwohnsitz“, sagt Philipp, und es klingt stolz. Schon damals haben er und seine Freundin die Idee, ein Tiny-House-

Foto: Tiny House Village

Foto: Dirk Messberger

Village zu initiieren, mit diversen anderen Häusern, drei davon auch zur Vermietung. Sogar einen ausgefeilten Business-Plan für die „Community“ gibt es. Dann geht plötzlich alles ganz schnell: Mit Unterstützung der VR Bank Bayreuth-Hof und der LfA Förderbank Bayern werden am 18. August 2017 die Verträge unterschrieben. Der ausgediente Campingplatz, auf dem Deutschlands erstes Tiny-House-Dorf entstehen soll, wechselt die Besitzer.

UNTERKUNFT
in themenbe-
zogenen Tiny
Houses

AKTIV
Wandern, Rad-
fahren, Natur
genießen

HIGHLIGHTS
Bewusst leben,
Community
erfahren

Das „Nordic Fjöll“ bekommt endlich einen Platz, und manchmal haben die beiden gezeltet, damit Gäste in ihrem Haus wohnen konnten.

Ab April 2018 folgten dann ein zweites Gästehaus und ihr eigenes, gut gedämmt und auf Schraubfun-

damenten, nicht auf Rädern. Kurz darauf kamen die ersten neuen Dorfbewohner, unter anderem eine junge Familie mit Kind, mehrere Paare, ein Rentner, eine Mutter und ihre Tochter. Einige sind aus dem Raum Frankfurt, andere aus Ingolstadt oder vom Bodensee hergezogen, um sich in Mehlmiesel ein eigenes Mini-Haus zu bauen. Die Preise liegen, je nach Aufwand, bei 20.000 Euro aufwärts. „Wir haben keine bestimmte Zielgruppe und wir sind auch keine Traumblase. Hier wohnen Menschen, die unzufrieden damit sind, wie unsere Gesellschaft funktioniert. Die sich mehr Zeit nehmen wollen, auch für ihre Familie“, so Steffi. Raus aus dem Hamsterrad! 15 Häuser sind es heute, mit 18 Bewohnern. Steffi und Philipp sind zuversichtlich, dass bereits in diesem Jahr alle 30 Tiny-House-Plätze vergeben werden. Größer wird es zunächst nicht, aber Pläne gibt es viele: Permakulturgarten, Badeteich, Hühner, ein Gemeinschaftshaus, in dem irgendwann mal ein kleines Café eröffnet und



Die Tiny Houses sind liebevoll und funktionell eingerichtet und bieten mit Wohn- und Essbereich, Küche, Badezimmer und Schlafloft alles, was man braucht

Arbeitsplätze entstehen. Für das Haus und die gemeinschaftlichen Aktivitäten wurde eigens ein Verein gegründet, weil Steffi und Philipp eben keine Betreiber und Profiteure sein wollen, sondern Ermöglicher. Steffi: „Egal, ob Bücher, Leiter oder Rasenmäher: Es ist erstaunlich, was man als Community alles teilen kann.“ 1,95 Euro kostet der Quadratmeter inklusive Strom- und Wasseranschluss, also überschaubar bei den 100 bis 150 Quadratmeter großen Grundstücken. Die Nachfrage ist viel größer als gedacht: Die „Hotel“ genannten Miethäuser sind über Monate ausgebucht, aus ganz Deutschland melden sich Interessierte, die das Konzept von Mehlmiesel nun auch anderswo umsetzen wollen, und zum ersten Sommerfest kamen bereits im vergangenen Jahr mehr als 1.000 Besucher;

einer sogar extra aus Köln. Und Presse, Radio und Fernsehen waren auch schon da. „Am Anfang waren unsere Eltern ja skeptisch“, sagt Philipp, „aber mittlerweile sind sie beruhigt und stolz. Wir stehen auf eigenen Beinen und leben ein nachhaltiges Leben, in dem wir wenig Geld brauchen und mehr Zeit haben.“ Mal ganz abgesehen vom traumhaften Blick aus ihrem Wohnzimmerfenster auf Ochsenkopf und Schneeberg, die Gipfel des Fichtelgebirges. □

FAKTEN

Finanzierung
Startkredit
Projektstart 2017
www.tinyhousevillage.de
☞ Auch online unter:
www.lfa.de/magazin



Bewegung an der frischen Luft macht einfach Spaß – und ist nebenbei gut für Gesundheit und Fitness

Ende der 90er Jahre Betreiber der angrenzenden Berghütte. Sein Geschäftspartner Reiner Schafroth war zu dieser Zeit oft zu Gast. Damals freiberuflich als Erlebnispädagoge tätig, nutzte er die Berghütte für Kurse und Outdoor-Trainings. Genauso wie Kollege Christian Willert, späterer Mitbegründer der Tiefblick GmbH. „Die Idee, in Hüttennähe zu schauen, was wir selbst in diesem Bereich anbieten könnten, war einfach naheliegend“, erzählt Schafroth. Und so zimmerte das Trio einen kleinen Hochseilgarten im Wald, um dort für gebuchte Gruppen wie Schulklassen, Team- oder Eventveranstaltungen Kletterkurse anzubieten. Das war 1999. „Wir fuhren viel zum Klettern nach Frankreich. Dort gab es damals schon Hochseilgärten, die rein touristisch genutzt wurden“, erinnert sich Schafroth.

Diese Erfahrung und viele Anfragen inspirieren die Freunde dazu, ihren Hochseilgarten im Allgäu auch für Ausflugs Gäste zu öffnen. Sie gründen die Tiefblick GmbH, bauen den Kletterwald „Bärenfalle“ aus und eröffnen weitere Hochseilgärten. Das alles können die Unternehmer mit Hilfe einer Förderung der LfA umsetzen. „Durch die Abwicklung über unsere Hausbank ging das relativ einfach, sodass wir die notwendigen Kredite auch schnell bekommen haben“, so der Geschäftsführer. Die Investition macht sich bezahlt: Hochseilgärten erleben in den folgenden Jahren einen regelrechten Boom in Deutschland. Es geht dabei um den Spaß an der Sache, um Geschicklichkeit, Selbstvertrauen und Teamgeist. Und anders als bei Klettersteigen bedarf es für dieses Abenteuer keiner Grundkenntnisse. Schafroth: „In der Zwischenzeit hatten wir sechs bis sieben Anlagen. Einige haben wir aber wieder

STANDORTE
Immenstadt,
Oy-Mittelberg, Rehling

REGION
Schwaben

HIGHLIGHTS
Flying Fox,
Rodelbahn

AKTIVITÄTEN
Klettern und
Natur erleben



verkauft.“ Qualität und ein persönlicher Umgang mit den Gästen stehen für die Betreiber im Vordergrund. Zu Beginn lag der Fokus auf der pädagogischen Schiene mit Trainings und Eventveranstaltungen, verlagerte sich später jedoch immer mehr Richtung Freizeitsport. „Wir haben für uns entschieden, dass es wenig Sinn macht, alles unter einem Dach zu lassen“, begründet Schafroth die

Entscheidung, das Trainingsangebot in einer separaten Firma zu bündeln. „Es war an der Zeit, diesen Bereich aus dem Hauptunternehmen rauszunehmen und Christian Willert die Kursorganisation mit ‚Tiefblick Training‘ zu überlassen.“ Aktuell betreibt die Tiefblick GmbH drei Hochseilgärten. Neben der „Bärenfalle“ bieten Schafroth und Plewa noch zwei weitere Kletterstandorte: Der Kletterwald am Grüntensee in Oy-Mittelberg und auch der Klettergarten beim Schloss Scherneck nahe Augsburg haben sich zu beliebten Ausflugszielen entwickelt. „Wir sind davon überzeugt, dass Bewegung und das gemeinsame Erlebnis in der Natur künftig noch mehr an Bedeutung gewinnen werden“, bekräftigen die Allgäuer ihre Motivation. □

PROJEKTDETAILS

Finanzierung Universalkredit mit LfA-Bürgschaft
Gründung 2004
Mitarbeiter rund 60
www.tiefblick.de
www.tiefblick-training.de
□ **Auch online unter:**
www.lfa.de/magazin

Fotos: Tiefblick GmbH; PR

HÖHE GEWINNEN

HOCH HINAUS WOLLTEN REINER SCHAFROTH, BORIS PLEWA UND CHRISTIAN WILLERT SCHON IMMER: IHRE LEIDENSCHAFT FÜR DAS KLETTERN MACHTEN SIE SCHLIESSLICH ZUM BERUF. HEUTE BETREIBEN DIE ALLGÄUER DREI **HOCHSEILGÄRTEN**

TEXT MARLENE IRAUSEK

Mit einem „Klack“ rasten die Karabiner ins Sicherungsseil und los geht es über Leitern, Balken und Seile hinauf in luftige Höhen und weiter von Baum zu Baum. Bis zu 20 Meter über dem Waldboden erfordert das mitunter ganz schön viel Mut. Im Sommer testen hier durchschnittlich circa 400 bis 500 Besucher pro Tag,

wie weit – besser gesagt, wie hoch – sie gehen können. Mit 18 unterschiedlich anspruchsvollen Parcours ist die „Bärenfalle“ Bayerns größter Hochseilgarten. Eingebettet in die Bergwelt am Alpsee, ist die Anlage nur über einen Doppelsessellift oder Wanderwege erreichbar. Boris Plewa, heute Geschäftsführer der Tiefblick Hochseilgärten, war

LfA: eine Bank für den Tourismus

Hubert Aiwanger

Bayerischer
Wirtschaftsminister



Die Zahlen fördern es zutage: Der Bayerntourismus eilt von Rekord zu Rekord. Dennoch bin ich überzeugt, dass er noch weiteres Potenzial hat. Dieses zu heben, ist und bleibt unser Ziel. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit es auch zukünftig gut weitergeht. Denn: Das Gastgewerbe ist in Bayern mit rund 40.000 Betrieben und 10.000 Auszubildenden ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat mit 400.000 Beschäftigten eine vergleichbare Größenordnung wie die Automobilindustrie.

Mit unserer Tourismusoffensive fördern wir gerade im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen wichtige Zukunftsinfrastrukturen wie etwa Online-Buchungssysteme. Aber auch unser Modellprojekt „Digitales Dorf Bayern“ mit den 2018 neu hinzugekommenen Projekten „Digitales Alpendorf“ und „Digitale Hörnerdörfer Allgäu“ ist eine wichtige Weichenstellung. Ebenso setzen wir auf die wachsende Bedeutung des Gesundheitstourismus. Unser Gaststätten-Modernisierungsprogramm steht in den Startlöchern und wird die bestehenden Kapazitäten im Gastronomiebereich erhalten, ausbauen und zukunftsfähig machen. Neben der bei Einheimischen wie Touristen geschätzten Gastfreundschaft und dem persönlichen Engagement unserer zahlreichen Tourismusunternehmer braucht ein erfolgreicher Tourismusstandort bedarfsgerechte Investitionen, um auch künftig ein attraktives und modernes touristisches Angebot zu gewährleisten. Hier kommt die LfA mit ihrem umfangreichen und attraktiven Förder- und Finanzierungsangebot als verlässlicher Partner unserer mittelständischen Unternehmen ins Spiel. Insofern ist auch das Etikett „Tourismusbank“ durchaus gerechtfertigt.

Was es aber auch braucht, sind flexiblere Arbeitszeiten im Hotel- und Gastronomiebereich. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden gerne länger arbeiten oder sich neben ihrem Hauptjob – anschließend als Bedienung etwas dazuverdienen. Die aktuelle Gesetzeslage verbietet den Menschen aber, länger als acht, im Ausnahmefall zehn Stunden zu arbeiten. So besteht die Gefahr, dass wir der Wachstumsbranche Tourismus nicht die Rahmenbedingungen bieten, die sie verdient hätte. Daher muss der Bund die Möglichkeiten der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen und die Flexibilität für die Arbeitnehmer schaffen – wenn diese selbst mehr arbeiten wollen.

Welche Fehler sollte man als touristischer Betrieb heutzutage unbedingt vermeiden?

Angela Inselkammer: Künstlich sein. Menschen merken sofort, ob ein Gastgeber echt, also authentisch, ist. Die Gäste kommen, weil sie genau das erleben möchten. Entscheidend ist, ob der Auftritt im Internet, das Ambiente, die Mitarbeiter des gastgebenden Betriebs und der persönliche Kontakt wirklich zusammenpassen; ob dieses Bild rund ist. Gerade in Bayern ist das eine riesige Chance, als Menschen auf Menschen zu reagieren.

Und was wäre allemal einen Versuch wert?

Harald Pechlaner: Die eigene Strategie an die sich radikal verändernden Verhältnisse anzupassen. Das ist rund um das Thema „Digitalisierung“ eine Mega-Herausforderung. Wir sind da eigentlich sehr langsam unterwegs. Das gilt natürlich auch für das Thema „Nachfolge“. Das gehen viele Hoteliers und Gastronomen viel zu spät an. Wenn man sich mit gesellschaftlichem Wandel auseinandersetzen will, muss man eigentlich nur auf den Tourismus schauen. Der ist wie ein Schaufenster für Veränderung, aber auch Stillstand. *Inselkammer:* Spezialisierung ist ebenfalls einen Versuch wert. Also der Fra-



„WIR SIND EINE LEITÖKONOMIE“

SIE IST PRÄSIDENTIN DES BAYERISCHEN HOTEL- UND GASTSTÄTTENVERBANDES, ER PROFESSOR AN DER KATHOLISCHEN UNIVERSITÄT EICHSTÄTT-INGOLSTADT.

ANGELA INSELKAMMER UND HARALD PECHLANER
ÜBER TRENDS UND ENTWICKLUNGEN IM TOURISMUS

FOTOS MANUEL NIEBERLE INTERVIEW STEFAN RUZAS

ge nachzugehen, was ich besonders gut kann. Stehe ich für Ruhe, Naturerleben, Einsamkeit oder doch eher für Erlebnis? Die familiäre Gastronomie und Hotellerie hat in Bayern ein immenses Potenzial, aber die Politik muss das auch verstehen. Sie muss die Rahmenbedingungen so verändern, dass kleine und mittelständische Betriebe auch noch existieren können. Wir sind nämlich branchenübergreifend auf dem Weg, den Mittelstand kaputtzuregulieren. Es gibt heute so viele Vorschriften, Pflichten zur Aufzeichnung und Kontrollen: Das kann ein kleiner Betrieb kaum noch schultern.

Die vergangenen sechs, sieben Jahre waren für den Tourismus in Bayern stets Rekordjahre. Mit mehr als 17 Millionen Touristen und Wachstumsraten von fünf Prozent und mehr. Ist der Freistaat als Reiseziel schlicht ein Selbstläufer?

Pechlaner: Die Bekanntheit der Marke „Bayern“ reicht nicht, es geht auch darum, Begehrlichkeiten zu wecken. Und das gelingt in Bayern, weil es ein sehr breites ländliches und urbanes Angebot gibt, das echt und glaubwürdig ist. Begehrlichkeit ist natürlich auch etwas Internationales, und da ist Bayern allemal wettbewerbsfähig. Ich sehe eine

Entwicklung, in der wir noch viel mehr als bislang in ein touristisches Zeitalter kommen. Es geht gar nicht mehr darum, von einem Rekord zum anderen zu jagen, sondern zu überlegen, welche Gäste Bayern will und welche zu seinem Angebot passen.

Inselkammer: Und dabei ist es immens wichtig, auch die einheimische Bevölkerung mitzunehmen. Zum Beispiel mit der Frage: Welche Wertschöpfung bedeuten diese Rekordzahlen für uns, welche Infrastruktur kann dadurch erhalten werden? Die meisten Freizeiteinrichtungen, ob Radlwege oder Schwimmbäder, können wir auch dadurch genießen, weil wir diese Einnahmen haben. Wir haben 560.000 Vollzeit Arbeitsplätze im Tourismus und einen Umsatz von 31 Milliarden Euro. Es gab ja mal eine spannende, weltweite Studie, was man mit Bayern verbindet. Auf Platz eins das Bier, klar, dann geht es schon um die Möglichkeit der Teilhabe an einem traditionellen Zusammenleben. Wir haben so viele Feste, bei denen andere Menschen dabei sein können. Ganz normal und natürlich.

Im Juni 2018 hat die Staatsregierung in einem Kabinettsbeschluss eine neue Tourismusoffensive verabschiedet, in deren Leitbild „Einklang mit Mensch und Natur“ steht. Was wird das Ihrer Meinung nach ändern?

Inselkammer: Es ist doch schon mal toll, dass die Staatsregierung den Tourismus

als Wirtschaftsfaktor wahrnimmt. Unsere Wirtschaftsform hat ja selbst in Krisenzeiten eine große Stabilität. Auch weil der innerdeutsche Tourismus einen so großen und entscheidenden Anteil hat. Sogar die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erklärt ja neuerdings, dass der Tourismus die zweitwichtigste Leitökonomie unseres Landes ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir gehören doch ins Bewusstsein der Menschen. Wir haben nun erstmals eine Abteilung „Tourismus“ im Wirtschaftsministerium, wir

„NACHHALTIGKEIT UND GESUNDHEIT: DAS IST DER ZEITGEIST FÜR DIE KOMMENDEN 100 JAHRE“

ANGELA INSELKAMMER

starten eine Landesausstellung zur Kultur des Dorfwirtshauses samt einer Unterstützungskampagne für 15 Millionen Euro. Und unser Ministerpräsident hat den Tourismus in seiner Regierungserklärung als einzige Branche angesprochen. Das sind Dinge, die Zeichen setzen.

Teil der neuen Offensive ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, bei vielen davon geht es um Digitalisierung – beispielsweise digitale Modellprojekte auf dem Land, einfacher Zugang zu Online-Buchungsplattformen oder Cloud-Konzepte. Kommt der Tourismus in Bayern nun endlich ins digitale Zeitalter?

Pechlaner: Ja, und das hat auch mit einem stärkeren Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu tun. Wir sind nämlich alle gefordert, weil es neben der Wertschöpfung immer auch um Wertschätzung geht.

Inselkammer: Man sollte nicht vergessen, dass die Hotellerie in Deutschland schon jetzt die am besten digitalisierte Branche ist. Dafür braucht es auch den Ausbau von Netzen und Mobilfunk bis in den hintersten Winkel Bayerns. Aber es geht darüber hinaus darum, den kleinen Betrieben durch Weiterbildung Wissen zu vermitteln, was sie im Internet tun können und welche Möglichkeiten der Kooperationen es untereinander gibt. Die Tätigkeit eines Wirtes grenzt ja manchmal schon an Aufopferung für die Gesellschaft. Das tut er

gerne, aber er muss schon das Gefühl haben, dass es gesehen wird. Klar, wir wollen auf den Stand der Technik kommen, aber dafür müssen wir auch mal Luft holen können, um über neue Geschäftsmodelle nachzudenken. Wenn zum Beispiel ein Dorfwirtshaus das Zentrum einer Gemeinde sein soll: Was heißt das denn überhaupt? Wie findet sich ein Stammtisch für allein lebende Menschen? Wie erfährt die Bevölkerung davon, dass das Wirtshaus am Wochenende auch Lebensmittel verkauft?

Studien belegen, dass maximal 15 Prozent der bayerischen Unterkünfte online zu buchen sind, zu wenige sind auf den Social-Media-Kanälen unterwegs oder präsentieren sich mehrsprachig. Ist es Zufriedenheit mit der Gegenwart oder Angst vor der Zukunft?

Inselkammer: Weder noch. Es ist schlicht Überlastung. Viele setzen sich nicht damit auseinander, weil sie immer

nur noch mehr und mehr arbeiten. Klar müssten die sich kümmern und weiterbilden, nur wann? Ich rede mir in der Politik den Mund fusselig: Schaut auf die kleinen Betriebe, die müssen entlastet werden! Und in den Betrieben empfehle ich: Macht doch mal einen Ruhetag, damit ihr mal Luft kriegt. Nachdenken, Bürokratie, Familie: All das braucht Zeit.

In dem Regierungsprogramm heißt es auch ausdrücklich, dass die LfA Förderbank Bayern als Tourismusbank gestärkt werden soll – durch den Ausbau des Förderinstrumentariums. Welche Maßnahmen wünschen Sie sich konkret?

Inselkammer: Wir haben mit der LfA und gefördert vom Wirtschaftsministerium 14 Beratertage in Bayern gemacht. Wichtig ist, ranzugehen an die Betriebe. Die Unternehmer finden dann schon die Mittel, die für sie ideal sind. Die LfA kann einen perfekten Überblick bieten, wie man sich finanziell helfen lassen kann. Mitte des Jahres soll unser „Gaststätten-Modernisierungsprogramm“ starten – auch da ist die LfA im Boot.

Zu den wichtigsten Themen im Tourismus zählen ja Gesundheit und Nachhaltigkeit. Welches Potenzial haben die denn wirklich für einzelne Regionen und Hotels – oder sind es schlussendlich doch nur Modewörter?

Pechlaner: Bayern ist berühmt für seine Angebote in puncto Gesundheit. Von Wellness bis Heilbäder- und Medizintourismus. Das Ganze kann sich weltweit sehen lassen, auch auf völlig neuen Märkten wie Asien und anderswo. Nachhaltigkeit ist die Grundvoraussetzung für jede Tourismusform, die wir entwickeln. Das wollen die Märkte, und das ist für die Bevölkerung und ihren Lebensraum immens wichtig. Es wird in Zukunft verstärkt darum gehen, über eine Generation hinaus zu denken. Familienbetriebe sind ja auch deswegen das Nachhaltigste, was es überhaupt gibt.



Im Gespräch Autor Stefan Ruzas mit seinen Interviewpartnern in der Lobby des „Platzl Hotel“ in München

Inselkammer: Deswegen ist so was auch keine Mode, sondern aus sich heraus wichtig. Nachhaltigkeit und Gesundheit: Das ist der Zeitgeist für die kommenden 100 Jahre und darüber hinaus. Weil dabei auch Regionalität wichtig ist, also genau das, was unsere Gäste wollen. Und wir haben mit unserem Wirtschaftsminister Aiwanger jemanden, der erstmals die regionalen Wirtschaftskreisläufe thematisiert. Dabei spielen auch andere Ministerien wie Verbraucherschutz und Landwirtschaft eine Rolle.

In Kempten soll nun im Auftrag des Freistaats ein Bayerisches Zentrum für Tourismus entstehen. Wissen Sie Genaueres?

Inselkammer: Wir haben uns das immer gewünscht, ein Tourismus-Kompetenzzentrum, das sich mit neuen Konzepten und Strategien beschäftigt und Ziele definiert. Dazu die Vernetzung von Akteuren im Tourismus. Wer tut was? Wer kümmert sich um was? Wir haben ja eine unglaubliche Vielfalt von Aktivitäten, auch in den Ministerien. Oft weiß der eine nicht vom anderen.

Viele Tourismusbetriebe in Bayern suchen händeringend neue Mitarbeiter und klagen über den Mangel an Fachkräften. Ist da überhaupt Abhilfe möglich, angesichts der Konkurrenz in der Schweiz oder in Österreich?

Inselkammer: Eines vorab – wir haben in den vergangenen zehn Jahren in unserer Branche 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Unser erstes Ziel sollte sein, zu erklären, wie flexibel man in Hotellerie und Gastronomie ist. Man kann weltweit arbeiten, es gibt verschiedene Zeitmodelle, und wenn man mal fünf Jahre aussetzt, geht es danach halt weiter. Wir gehen auch deswegen mit 120 ehrenamtlichen Ausbildungsbotschaftern an alle Schulen, um mit Schülern und Eltern zu sprechen. Wir haben zudem einen Fachkräfte-Navigator aufgestellt. Und wir haben dazu beigetragen, dass das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz auch für unsere Branche gilt. Was wir dringend brauchen, ist Wohnraum für Mitarbeiter. Deshalb kämpfe ich für politische Rahmenbedingungen, die steuerliche Erleichterungen schaffen, damit Unternehmer unserer Branche Wohnraum bauen können. Abgesehen davon, gibt es in anderen europäischen Ländern ein steuerfreies 13. Monatsgehalt oder steuerfreie Sachwertbezüge für Lehrlinge.

ANGELA INSELKAMMER

ist Geschäftsführerin des „Brauereigasthof Aying“ und wurde 2016 als erste Frau zur Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes gewählt.

[Auch online unter: www.lfa.de/magazin](http://www.lfa.de/magazin)

Pechlaner: Der Fachkräftemangel ist schon jetzt ein globales Phänomen. Da geht es fast schon um einen Krieg um die Talente. Und da sind wir wieder bei Wertschöpfung und Wertschätzung im Tourismus. Wenn beides steigt, gibt es auch mehr Bewerber. Und die wollen wiederum auch flexible Arbeitszeitmodelle, attraktive Wohnmöglichkeiten und Lebensqualität. Bayern konkurriert auf dem Arbeitsmarkt nicht nur mit Österreich oder der Schweiz, sondern auch mit Dubai oder anderen Destinationen.

Und das in einer Zeit, in der Vermittlungsplattformen von Privatunterkünften wie Airbnb mächtige Konkurrenten geworden sind ...

Pechlaner: Der Staat sollte darauf achten, dass die, die Gleiches tun, auch die gleichen Bedingungen haben. Sonst wird der Wettbewerb unfair. *Inselkammer:* Was übrigens auch für die Gastronomie gilt: Warum wird das in Plastik verpackte Essen vom Supermarkt mit sieben Prozent besteuert, aber das, was wir selbst zubereiten, mit 19 Prozent? In der Hotellerie hat die veränderte Besteuerung ja auch wichtige Impulse gebracht.

Wie werden wir uns denn künftig zu Reisen inspirieren lassen und wie wird unser Buchungsprozedere aussehen?

Inselkammer: Am Ende sind es immer die guten Geschichten, die inspirieren. Emotionale und authentische Geschichten. Egal, über welchen Kanal. Und irgendwann ist auch jedes Haus so aufgestellt, dass es im Internet direkt buchbar ist. ☐

HARALD PECHLANER

Neben seiner Tätigkeit an der Universität in Eichstätt ist Pechlaner auch Leiter des „Center for Advanced Studies“ an der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) sowie Autor und (Mit-)Herausgeber von Büchern und Forschungsartikeln.

Weingut Baldauf

RAMSTHAL Die Brüder Ralf und Gerald Baldauf teilen eine Leidenschaft: die für guten Wein. Auf ihrem Weingut im Fränkischen Saaleetal lassen sie die Gäste mit Weinverkostungen, Weinbistro und verschiedenen Veranstaltungen daran teilhaben. www.baldaufwein.de

Hotel Vogelsburg

VOLKACH Historisches Gebäude und modernes Hotel mit Restaurant inklusive unvergesslichem Blick über den Main. Die Geschichte dahinter auf S. 16 www.vogelsburg-volkach.de

Dinosaurier Museum

DENKENDORF Wie es war, als Dinosaurier noch die Erde bevölkerten, zeigt der 1,5 km lange Erlebnispfad des Museums im Altmühltal. Mit den lebensgroßen Nachbildungen taucht man ein in 400 Millionen Jahre Entwicklungsgeschichte. Auch echte Dinosaurier-Skelette können bestaunt werden. www.dinopark-bayern.de

Zweckverband Altmühlsee

GUNZENHAUSEN Der Stausee im weiten Tal der oberen Altmühl lädt ein zum Baden, Segeln, Surfen, Wandern und Radeln. Schifffahrten mit der „MS Altmühlsee“, Campingplätze, Restaurants und Kioske dann zum Erholen. Mit der Vogelinsel im Norden verfügt der See außerdem über eines der wichtigsten Vogelschutzgebiete Bayerns. www.altmuehlsee.de

Brauereigasthof Maierbräu

ALTMÜNSTER Direkt am Marktplatz steht der historische Brauereigasthof Maierbräu mit der um 1600 gegründeten Brauerei. Das seit beinahe 100 Jahren unveränderte Bräustüberl macht bayerische Geschichte erlebbar. Die prämierten Bierspezialitäten sowie eine gutbürgerliche Küche laden zum Genießen und Entspannen ein. www.brauereigasthof-maierbraeu.de

Tiefblick Hochseilgärten

IMMENSTADT Ab in die Baumkronen: Kletterspaß für Alt und Jung gibt es in Immenstadt, Oy-Mittelberg und Rehling, einen Einblick ins Unternehmen auf S. 8 www.tiefblick.de

Alpzitt

BURGBERG In ihrem Chalet-Dorf im Allgäu definieren Albert und Sonja Gilb alpinen Luxus neu. Hier finden Gäste Zeit zum Ankommen und Sich-Wohlfühlen. www.alpzitt-chalets.de

Tiny House Village

MEHLMEISEL Macht es glücklich, auf 15 Quadratmetern zu wohnen? Im Tiny House Hotel im Fichtelgebirge kann man es ausprobieren. Mehr zur Tiny House Community von Steffi und Philipp auf S. 4 www.tinyhousevillage.de

Konzerthaus Blaibach

BLAIBACH Im Rahmen des geförderten Vorhabens „Ort schafft Mitte“ wurde Blaibachs Zentrum saniert. Herzstück des Projekts ist ein modernes Konzerthaus, das über Bayerns Grenzen hinaus für Schlagzeilen sorgt. Siehe S. 18 www.konzert-haus.de

Eismacherei Aamu

REGENSBURG Bei Aamu schaffen es nur die besten Zutaten in die Eismaschine, natürlich und aus der Region: frische Milch, echte Früchte und Nüsse in Bio-Qualität. Immer ein Genuss, egal, ob auf die Hand oder vor Ort. www.aamu-eiscafe.de

Atte Hausbrennerei Penninger

WALDKIRCHEN Die alte Hausbrennerei Penninger ist im Bayerischen Wald ebenso verwurzelt wie die Zutaten ihrer beliebtesten Schnäpse und Liköre. Dass sie aber auch Gin, Rum und Whiskey können, beweist Nachfolger Stefan Penninger. Kostprobe auf S. 22 www.penninger.de

Hofgut Hafnerleiten

BAD BIRNBACH Besondere Architektur, gute Küche, Wellness und Seminare bietet das Hofgut im malerischen Rottal. Mit den sieben Themenhäuschen und drei „Langhäusern“ haben sich Erwin Rückerl und seine Familie einen Lebensraum erfüllt. www.hofgut.info

Slyrs Destillerie

SCHLIERSEE Eine Studienreise nach Schottland inspirierte Braumeister Florian Stetter dazu, einen oberbayerischen Single Malt Whisky herzustellen. Heute gilt SLYRS als einer der größten Single-Malt-Hersteller Deutschlands. In der Destillerie erfahren Gäste alles über die Herstellung und den einzigartigen Geschmack der Spirituose. www.slyrs.com

Naturkäserei TegernseerLand

KREUTH AM TEGERNSEE Von ihren Anfängen bis heute ist die Naturkäserei ein Projekt, das durch gelungene Zusammenarbeit und seine regionalen Produkte überzeugt. Die Schaukäserei in Kreuth bietet Einblicke in das Käsehandwerk und die Heumilchwirtschaft der Tegernseer Milchbauern. Danach lädt die gemütliche Gaststube mit Sonnenterrasse zum Verkosten der selbst gemachten Köstlichkeiten ein. www.naturkaeserei.de



Schöne Kulisse:
Hoch über dem
Main, mit Blick auf
die Weinberge,
liegt die Vogelsburg

Hier oben bietet sich ein traumhafter Rundumblick auf die weite Landschaft um Volkach. Zu Recht gilt die Aussicht von der Vogelsburg als die schönste über die Mainschleife. Seit 2015 ist Christoph Tacke Pächter der neu gestalteten Anlage inmitten der fränkischen Weinberge. Eine Aufgabe, die ihn zusammen mit seiner Frau Anna-Lena zurück in die alte Heimat brachte. Davor arbeitete der gelernte Hotelfachmann zehn Jahre im „Yachthotel“ am Chiemsee, wo er vom Praktikanten bis zum Hoteldirektor aufstieg. „Hotellerie und Tourismus fand ich schon immer spannend“, erzählt Tacke, der nach seiner Ausbildung der Branche stets treu blieb. Die Ausschreibung der Vogelsburg entdeckte der Unterfranke im Internet. Vor dem Umbau führten Nonnen vom Augustinus-Orden das Gut als Ort der Besinnung und Begegnung. 2011 übergaben die Schwestern das Gebäude an die Stiftung Juliuspsital, welche die Gemäuer komplett sanieren ließ und einen neuen Pächter suchte. „Die Bewerbungsfrist war bereits vorbei, trotzdem habe ich meine Unterlagen abgeschickt“, erinnert sich der heute 35-Jährige. Zum Glück, denn seine Ideen überzeugten und den neuen Betreibern blieb nur ein halbes Jahr, um die Eröffnung im Juli 2015 vorzubereiten. Der Tagungs- und Veranstaltungsbe- reich ist wohl die größte Veränderung im Rahmen des Umbaus. Gastronomie und Übernachtungsmöglichkeiten gab es schon vorher, wenn auch auf einem anderen Niveau. Heute trifft auf der Vogelsburg tausendjährige Tradition auf ein minimalistisch-modernes Designkonzept: 28 Hotelzimmer und drei Veranstaltungsräume stehen den Gästen für erholsame Tage, Seminare und Hochzeiten zur Verfügung. Eine

STANDORT
Volkach

REGION
Unterfranken

HIGHLIGHTS
Panoramablick
und Wein

AKTIVITÄTEN
Wandern,
Radfahren und
Genießen



Mitarbeiterin kümmert sich ausschließlich darum, die Veranstaltungen durchzuplanen und zu organisieren. Das neu gestaltete Restaurant mit Weingarten zieht Ausflugs Gäste an. Serviert werden zeitgemäße fränkische Gerichte und ausgewählte Weine der Stiftung. „Während der Fahrrad- und Wandersaison tut sich viel in der Region. Bei schönem Wetter besuchen uns dann zwischen 500 und 1.000 Gäste pro Tag“, berichtet Tacke.

Den Betrieb alleine zu stemmen wäre unmöglich. „Letztendlich halte ich den Kopf hin, aber die Familie unterstützt tatkräftig.“ Genauso wie die LfA. Die Förderbank ermöglichte dem Unternehmer vor drei Jahren den Start in die Selbstständigkeit. Knapp 400.000 Euro für die Hotelausstattung musste er investieren. Das wäre ohne entsprechende zinsgünstige Förderung nicht machbar gewesen. Eine Steuerberaterkanzlei und die Existenzgründungsabteilung der Sparkasse Mainfranken stehen ihm beim Stellen des Antrags zur Seite. Das Ziel des zweifachen Familienvaters und seiner Frau? Die geschichtsträchtige Vogelsburg erfolgreich in die Zukunft zu führen. „Uns war von Anfang an klar, dass das kein normales Objekt ist. Die Lage ist einzigartig und nach dem Umbau ist alles neu. Trotzdem muss der Ort mit Leben gefüllt werden. Dazu zählen auch die nicht greifbaren Dinge, wie die Mischung der Mitarbeiter, die wichtig für eine Atmosphäre des Wohlfühlens ist“, ist der Hotelier überzeugt. ☐

PROJEKTDDETAILS

Finanzierung Startkredit und
Regionalkredit **Eröffnung** 2015
Mitarbeiter ca. 30
www.vogelsburg-volkach.de
☑ **Auch online unter:**
www.lfa.de/magazin

WACHGEKÜSST

HOTELIER CHRISTOPH TACKE UND SEIN TEAM HAUCHEN DER HISTORISCHEN **VOGELSBURG BEI VOLKACH** NEUES LEBEN EIN. IM RAHMEN EINER ZWEIJÄHRIGEN SANIERUNG HAT SICH DAS EHEMALIGE KLOSTER ÜBER DER MAINSCHLEIFE IN EIN MODERNES TAGUNGSHOTEL VERWANDELT

TEXT MARLENE IRAUSEK

DAS LEBEN IST EIN WUNSCHKONZERT

ES GILT MITTLERWEILE SCHON ALS „WUNDER VON BLAIBACH“, DIESES MINIMALISTISCHE **KONZERTHAUS IM BAYERISCHEN WALD**. DIE GESCHICHTE VON ZWEI MUTMACHERN

TEXT STEFAN RUZAS

Auf der Holzbank vor dem verfallenen Bauernhaus saßen sie, der Opern-Bariton Thomas Bauer und sein Architekt Peter Haimerl.

Es war im Frühjahr 2012 und die beiden überlegten, was denn nun zu tun sei. Bauer hatte das Waldlerhaus aus dem 16. Jahrhundert im zunehmend trostlosen Ortskern von Blaubach kurz vorher gekauft und wollte es mit Haimerl umbauen. Unbedingt mit ihm, mit keinem anderen. Weil er mit seiner schlichten Kubentechnik alte und bauwürdige Gebäude zu neuem Leben erweckt – ohne sie „totzusaniieren“.

Eigentlich ging es ja nur um eine Bleibe für das von Bauer in Blaubach initiierte Festival „Kulturwald“. Doch dann sprachen sie irgendwie auch über Elektromobilität, Musik und darüber, dass Blaubach voller Vergangenheit, aber ohne Zukunft zu sein scheint. In einem Ortszentrum, mit dem die Bäckerei und andere Läden abgeschlossen hatten. Selbst das Freibad lag aus Geldmangel auf dem Trockenen.

Vor 15 Jahren gab es hier noch 84.000 Übernachtungen jährlich und mehrere Wirtshäuser, dann zogen die Menschen weg. „Ruinenfeld“ nannte Haimerl, was er sah. »

Foto: PR



Außen modernes Kunstwerk,
innen Konzertsaal für 200
Personen: Das Konzerthaus in
Blaibach zeigt, wie aus einem
kulturellen auch ein touristi-
scher Anziehungspunkt
werden kann
Der Detail Verlag dokumen-
tiert das Projekt im neu er-
scheinenden Buch *Blaibach*
(Cover rechts)



In der Frühlingssonne des Bayerischen Waldes entstand plötzlich die Idee, ein Konzerthaus für Bauers Klassikfestival zu bauen. Mit der 2.000-Einwohner-Gemeinde als Bauherrin.

Nicht irgendeins, sondern eines, das „wie ein Meteorit ins Dorf fällt und allen zuruft: Hier ist die Avantgarde. Ein Ausrufezeichen, eines mit Signalwirkung.“ So jedenfalls resümiert es Bauer.

Zugegeben, die Begeisterung der Bewohner Blaibachs hielt sich zunächst in Grenzen, aber Bauer und Haimerl waren begeisterungsfähig genug.

Der Architekt, gebürtig aus Eben bei Viechtach, entwarf Mutiges: außen ein in den Boden gekippter Block aus Granit und innen ein Konzertsaal mit Drahtstühlen für 200 Personen, zwischen äußerst raffiniert angeordneten Wänden aus Sichtbeton – der Akustik wegen.

Bauer, er stammt aus dem nahen Metten, war von Anfang an sicher: Das wird was. Drei Millionen Euro sollte der visionäre wie elegante Bau kosten und die beiden überzeugten nicht nur diverse private Sponsoren, sondern auch Städtebauförderer. Dann ging alles ganz schnell: Bereits 2014 wurde das Konzert-

haus eröffnet und seitdem sind die jährlich bis zu 70 Konzerte zu 99 Prozent ausgebucht. Gefördert werden die begehrten Veranstaltungen auch von der LfA. In den totgeglaubten Ort reisen nun wieder bis zu 30.000 Besucher pro Jahr. Eine „Enoteca“ hat eröffnet und der traditionsreiche Schlossgasthof Rösch investierte viel Geld in einen viel gelobten und 850 Quadratmeter großen Wellness-Bereich.

„Das Wunder von Blaibach“, titeln Zeitungen wie „Die Welt“. Kein Wunder, bei all den Zahlen und all den gewonnenen Architekturpreisen. Im Mai erscheint im renommierten Architekturverlag Detail sogar ein hochwertiges Buch, das die „neue Mitte Blaibachs“ mit Fotos, Plänen und beschreibenden Texten dokumentiert.

Es gehe um „die Transformation eines Ortes durch kulturelle Revitalisierung“, sagt Sandra Hofmeister, Herausgeberin des Architektur- und Kunstbuchs. „Das Ergebnis ist eine neu

STANDORT
Blaibach

REGION
Bayerischer Wald

KUNST & KULTUR
Klassikerlebnis

HIGHLIGHTS
Architektur und renommierte Künstler



gefundene Identität und eine ganze Region, die sich neu definiert.“ Das Konzerthaus Blaibach sei „ein Mutmacher, ein positives und kraftvolles Vorbild mit starken Akteuren“. Das Dorf sei in einer dramatischen Notlage gewesen, so Hofmeister weiter, wie viele andere Dörfer auch. Nun lebe es wieder und das Neue respektiere und ergänze das Bestehende. Es sei die vereinte Leistung von Machern, Bürgern und Gemeinderat.

All das zeigt Wirkung: Ikonen der klassischen Musik wie die Geigerin Julia Fischer oder die Pianistin Mitsuko Uchida sind bereits im Konzerthaus aufgetreten. Für das Jahr 2020 haben sich nun sogar die Berliner Philharmoniker angekündigt und der Meister des Hauses, Thomas Bauer, träumt schon von einem Auftritt des Startenors Jonas Kaufmann.

Der immerhin rund 580 Kilometer entfernte Bielefelder Kunstverein zeigt



Fotos: NAARO

von März bis Juli die Ausstellung „Bayerwaldzyklus“ in der alle zwei Jahre stattfindenden Reihe „Baukunst“. Peter Haimerl sei „einer der interessantesten und eigenwilligsten Architekten Deutschlands, der die Grenzen konventioneller Architektur überschreitet“. Seit März 2019 gibt es das Konzerthaus Blaibach sogar auf einer offiziellen Briefmarke der Deutschen Post, für 145 Cent.

Thomas Bauer ist überzeugt, dass seine Mutprobe auch ein politisches Symbol sein kann: „Unser Haus zeigt, wie aus einem kulturellen ein touristischer Anziehungspunkt wird.“ Über Kunst entstehe ein neues Gemeinschaftsgefühl für den Lebensalltag eines Dorfes.

Zu Beginn der Planungen hieß das Modellvorhaben in Blaibach noch „Ort schafft Mitte“. □

FAKTEN

- Förderung** LfA-Kulturförderung
- Gründungsjahr** 2014
- Standort** Blaibach
- Mitarbeiter** 5 in Teilzeit
- www.konzert-haus.de
- [Auch online unter: www.lfa.de/magazin](http://www.lfa.de/magazin)

TIEF VERWURZELT

„SPEZIALITÄTEN ZUM ZWITSCHERN“: DIE **BRENNEREI PENNINGER** SAGT SCHON MIT IHREM SLOGAN, WAS SACHE IST. IM ALTER VON 114 JAHREN ENTDECKT SICH DAS TRADITIONSUNTERNEHMEN JETZT NOCH MAL NEU

TEXT MARLENE IRAUSEK

Der Bayerische Wald. In Höhen von 600 bis 1.000 Metern wächst dort eine kleine, krautähnliche Pflanze mit weißen Blüten: die Bärwurz. Schon im Mittelalter sagte man dem Doldengewächs eine heilsame Wirkung auf Magen, Leber und Niere nach. Heute wird das aus seiner Wurzel gewonnene, klare Destillat besonders wegen seines holzig-feinen Aromas geschätzt. Die niederbayerische Spezialität ist auch der Star im umfangreichen Sortiment der alten Haus-

brennerei Penninger. Genauso wie der weithin bekannte Blutwurz-Likör. Am Stammsitz in Hauzenberg produziert die Destillerie knapp eine Million Flaschen Spirituosen pro Jahr. Seit zwei Jahren ist Stefan Penninger Geschäftsführer des mehr als 100 Jahre alten Familienunternehmens, das für hochwertige Obstbrände, Kräuterliköre sowie Essig steht – und neuerdings auch für Gin, Rum und Whiskey. Den Grundstein des Unternehmens legte der Urgroßvater 1905 mit seiner Essigpro-

duktion, die in den 20er-Jahren um die Schnapsbrennerei erweitert wurde. Die Leidenschaft für hochwertige Destillate wurde Stefan Penninger also quasi in die Wiege gelegt: „Ich bin am Hof aufgewachsen. Eine gewisse Verbundenheit zur Brennerei gab es schon immer.“ Trotzdem entscheidet sich der junge Penninger für eine andere Laufbahn, studiert Betriebswirtschaft und Informationswissenschaft in Regensburg. Darauf folgt eine Forschungsarbeit im Bereich IT-Security. 2012 fällt der

Im neu gestalteten Whisky-Hof in Kirchham erfahren Besucher mehr über Geschichte und Herstellung der Spirituose. Einen ganz besonderen Duft verströmen die vierzig Holzfässer im Schauffass-Lager

Entschluss, in den elterlichen Betrieb einzusteigen. Es wäre keine Option gewesen, die Firma zu verkaufen, weil sich kein Nachfolger in der Familie findet: „Ich wusste anfangs nicht, ob ich der Richtige dafür bin. Innerhalb von zwei Jahren war aber klar, dass es meine Berufung ist.“

Zusammen mit seinem Vater übernimmt er die Geschäftsführung und lässt sich zum Bayerischen Edelbrand-Sommelier an der Fachhochschule Weihenstephan ausbilden. 2017 schließt der motivierte Nachfolger als Deutschlands bester Destillateurmeister seines Jahrgangs an der Industrie- und Handelskammer in Berlin ab. Letztendlich übernimmt er die Anteile des Vaters und somit die volle Verantwortung für die Brennerei. Heute ist der 38-Jährige die treibende Kraft für neue Ideen bei den Penningers: „Ich möchte unsere Tradition wahren, der Firma aber auch ein Stück weit meinen Stempel aufdrücken: moderner, weltmännischer, weltoffener.“ Dass er das Zeug dazu hat, beweist der Jungunternehmer mit seinem Gin „Granit“. Zweimal wurde die Wacholder-Spirituose mit dem Award „World's best traditional Style Gin“ ausgezeichnet.

Vom Erfolg ermutigt, probiert sich Penninger weiter an internationalen Spirituosen und präsentiert darüber hinaus den Rum „Graphit“ sowie den „Penninger Whiskey“. Was noch folgt? Zunächst der für Frühjahr 2020 geplante Umzug in das neue Firmengebäude im nur elf Kilometer entfernten Waldkirchen, inklusive eigener Whiskey-Brennerei. „Der Neubau hält nicht nur für uns neue Chancen bereit, sondern auch für die Region“, findet der ambitionierte Inhaber, den bei diesem Großprojekt mit Kosten von immerhin zehn Millionen Euro die LfA unterstützt.

Fotos: Marcel Pedia, Brennerei Penninger

FIRMENSITZ
Waldkirchen

REGION
Niederbayern

AKTIVITÄTEN
Besucherführung
und Verkostung

HIGHLIGHTS
Schaubrennerei



„Ohne Förderungen wäre es schwierig geworden, so ein komplexes Vorhaben auf die Beine zu stellen“, betont Penninger. „Die Beantragung der Fördermittel ist extrem positiv für uns verlaufen, von der Anfrage über das Handling durch die Hausbank bis hin zur Bewilligung und Auszahlung.“ Im Entstehen ist eine Schaubrennerei

mit Besucherzentrum, die sich nicht nur auf die Spirituosen- und die Essigherstellung beschränkt, sondern auch ein gastronomisches Konzept und eine eigene Kaffeerösterei umfasst. Penninger: „Besucher wollen heute einfach mehr erleben. Wir zeigen

nicht nur, was wir machen, sondern auch, wie wir es machen.“ Wichtig war dem Hausbrenner auch, dass der neue Standort für seine langjährigen Mitarbeiter gut erreichbar bleibt. Denn es sind vor allem die Menschen, die er an der Heimat schätzt. „Anfangs scheinen die Leute hier eher reserviert. Ihr Vertrauen muss man erst gewinnen. Hat man das geschafft, kann man sich aber zu hundert Prozent auf sie verlassen“, weiß Penninger. □

PROJEKTDETAILS

Finanzierung Energiekredit Gebäude

Firmengründung 1905

Eröffnung Besucherzentrum Frühjahr 2020

Mitarbeiter ca. 60

www.penninger.de

Online unter: www.lfa.de/magazin



Das neue Besucherzentrum in Waldkirchen. Die beauftragten Architekten haben viel Holz, Glas und Stein in die Gestaltung der Gebäude einfließen lassen (oben) In den Penninger Schnaps-Museen geben historische Brennanlagen Einblick in das traditionelle Handwerk des Destillierens (unten)



Das Kalenderblatt für den August zeigt das erste der drei „fabric studies“ von Christoph Kipp, gedruckt auf Baumwollstoff im Hochformat

LFA-KALENDER

KÜNSTLERISCHE
VIELFALT FÖRDERN

Seit 1997 bietet die LfA in Kooperation mit den Kunstakademien München und Nürnberg eine Plattform für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler: den LfA-Kunstkalender. Die Ausgabe 2019 mit ausgewählten Werken der Studierenden aus den Jahresausstellungen 2018 präsentierten die Mitwirkenden am 23. November 2018 in München. Anita Edenhofer, Vorsitzende des Berufsverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler München und Oberbayern, freute sich, dass die Präsentation des Kalenders in diesem Jahr in der „Galerie der Künstler“ stattfand: „Die LfA unterstützt seit über zehn Jahren die Publikationen zu unseren Nachwuchsförderreihen ‚Die ersten Jahre der Professionalität‘ und ‚Debutanten‘. Schön, dass wir uns jetzt als Gastgeber dafür direkt und persönlich bedanken können.“ Auch mit dieser Edition erscheint der Kalender wieder online mit Informationen zu den Werken und kurzen Videos über die Künstlerinnen und Künstler. Über einen QR-Code am jeweiligen Kalenderblatt gelangen Interessierte direkt zum Wunschkunstwerk inklusive Zusatzmaterial in der Onlineausgabe.

Online unter: www.lfa.de/kalender

BAYERISCHE BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT

Geschäftsführung wieder vollständig

Im November übernahm Dipl.-Ing. Karl Christian Vogel (54) die Position des Geschäftsführers der BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft. Er besitzt viel Erfahrung im Beratungs- und Beteiligungsgeschäft, unter anderem durch Stationen bei CIM Management, Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG sowie 3i Deutschland und bei einer Vorgängergesellschaft der heutigen Süd Beteiligungen GmbH. Dort war er bis Ende 2017 auch als Geschäftsführer tätig. In seiner bisherigen Laufbahn begleitete Karl Christian Vogel mit seinen Teams über 50 Mittelständler bei Nachfolgen und Wachstumsvorhaben und finanzierte rund 80 Technologie-Start-ups.



Karl Christian Vogel,
Geschäftsführer BayBG



Peter Pauli, Sprecher
der Geschäftsführung
BayBG

Nachdem Peter Pauli (54) seit Oktober als Sprecher der Geschäftsführung fungiert, ist das Geschäftsführungsgremium der BayBG wieder vollständig. Er folgte auf Dr. Sonnfried Weber (67), der sich in den Ruhestand verabschiedete. Peter Pauli ist seit 1998 für die BayBG tätig, bei der er nach Stationen im Investment-Management seit 2007 Geschäftsführer war. Pauli: „Ich freue mich, dass wir mit Karl Christian Vogel einen erfolgreichen und erfahrenen Manager als Geschäftsführer gewinnen konnten. Gemeinsam werden wir uns dafür einsetzen, die Position der BayBG als kompetenter, leistungsfähiger und marktführender Beteiligungspartner des bayerischen Mittelstands noch weiter auszubauen.“

Fotos: PR; Michael McKee (1)

JAHRESBILANZ 2018

2,8

MILLIARDEN
EURO

2018 erlebte die LfA Förderbank Bayern die höchste Nachfrage nach Förderkrediten seit ihrer Gründung. Von den Darlehen in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro konnten 4.800 Mittelständler und Kommunen profitieren. „Die hohe Nachfrage nach den Förderangeboten der LfA ist sehr erfreulich. Nur mit Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit können unsere Betriebe dauerhaft so erfolgreich und schlagkräftig bleiben. Hierfür ist das passgenaue, flexible Angebot der LfA von großer Bedeutung“, so Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

BILANZ
HANDWERK 2018

Auf der IHM:
Wirtschaftsminister
Hubert Aiwanger (l.)
mit LfA-Vorstand
Hans Peter Göttler

Rund 275 Millionen Euro an Förderkrediten hat die LfA Förderbank Bayern dem bayerischen Handwerk 2018 zugesagt. Damit konnten etwa 950 kleine und mittlere Betriebe Investitionen von circa 430 Millionen Euro finanzieren. „Wir tun alles, um diesem wichtigen Bereich unserer Wirtschaft den Stellenwert zu

verschaffen, den er verdient“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger. Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl, dazu: „Die bayerischen Handwerksbetriebe zeichnen sich durch hohe Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft aus. Zur Finanzierung der Investitionen in ihre Wettbewerbsfähigkeit ist die LfA zusammen mit den Hausbanken ein attraktiver, verlässlicher und langfristiger Finanzierungspartner.“

Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten der LfA unter: www.lfa.de

TECHNIK FÜR KINDER

10.000 EURO ZUR NACHWUCHSFÖRDERUNG

Mit der Weihnachtsspende 2018 in Höhe von 10.000 Euro unterstützt die LfA Förderbank Bayern den Verein Tfk – Technik für Kinder e.V. in Deggendorf. Im Tfk-Technikhaus werden Kinder und Jugendliche frühzeitig und nachhaltig an technische und handwerkliche Berufe herangeführt.

Der Fachkräftemangel ist für das bayerische Handwerk und den Mittelstand ein zentrales Thema. Dennoch gibt es für den Nachwuchs wenig Möglichkeiten, seine technische und handwerkliche Begeisterung zu entdecken. Der gemeinnützige Verein Tfk – Technik für Kinder in Deggendorf will das ändern. Für die Umset-

zung der verschiedenen Projekte ist die Einrichtung auf Spendengelder angewiesen. Und so freute sich Heinz Iglhaut, Vereinsvorsitzender, sehr über die Spende der LfA. Das großzügige Weihnachtsgeschenk überreichte der Vorstandsvorsitzende der LfA, Dr. Otto Beierl, bei einem Besuch im Technikhaus. „Ich bin begeistert, mit welcher Freude die Kinder und Jugendlichen werkeln. Technik für Kinder ist eine wertvolle Einrichtung zur Nachwuchsförderung. Wir unterstützen den Verein – entsprechend unserem Geschäftsfeld Gründung – sehr gerne dabei, junge Techniktalente zu fördern und zu einem Berufsstart in diesem Bereich zu motivieren“, so Beierl. Mit dem Geld schafft die Institution neue Materialien und Werkzeuge an.



Spendenübergabe
Heinz Iglhaut, Vereinsvorsitzender, und LfA-Vorstand Dr. Otto Beierl mit den Kindern und Mentor Sepp Spieß im Tfk-Technikhaus Deggendorf (v.l.n.r.)



IM GESPRÄCH

Gründer, Unternehmen und Kommunen können die Förderangebote der LfA nur nutzen, wenn sie diese kennen. Durch bewusste Ansprache und fundierte Beratung werden bayerische Unternehmen auf die Chancen und Vorteile einer Förderung aufmerksam gemacht. Herzstück dieser Informationsarbeit ist die Förderberatung. Speziell geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantworten Fragen rund um das Thema Wirtschaftsförderung und halten Unterlagen zu allen Förderthemen bereit. Aber auch auf zahlreichen Messen, bei Beratungssprechtagen in allen bayerischen Regierungsbezirken, in der Nürnberger LfA-Repräsentanz und mit dem Förderstützpunkt in Hof zeigt die Förderbank Präsenz.

➤ Mehr Informationen unter: www.lfa.de/beratung

NEUES KONZEPT

IDEEN FÖRDERN & QUALITÄT VERBESSERN

Seit 2008 bietet die LfA Förderbank Bayern ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, Ideen einzubringen und so einen Beitrag zum Unternehmenserfolg zu leisten. Von Vorschlägen mit Verbesserungspotenzial profitieren nicht nur eine positive und kreative Unternehmenskultur, sondern auch die Geschäftspartner. Denn verbesserte Produktivität und Qualität bewirken Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit gleichermaßen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LfA sind exzellente Fachleute, die aus ihrem Wissen und aus der täglichen Praxis dazu beitragen können, dass die LfA noch besser wird. Das Ergebnis einer Mitarbeiterbefragung bekräftigte: Fast 86 Prozent der Mitarbeiter sind bereit, aktiv an

einer Verbesserung mitzuwirken. Erfolgreich kann dieses Prinzip aber nur sein, wenn ein Unternehmen offen, wertschätzend und zukunftsgerichtet an die eingereichten Vorschläge herangeht und dabei Umsetzungsstärke zeigt. Darauf aufbauend, wurde das Konzept Ideenmanagement in der LfA noch einmal neu überdacht. Seit dem Relaunch zum 15. Oktober 2018 wurden bereits 46 Vorschläge eingereicht, von denen 20 Prozent wertvolle Impulse geliefert haben beziehungsweise umgesetzt werden. Dieses erfreuliche Ergebnis zeigt, dass die Belegschaft über die alltäglichen Aufgaben hinaus motiviert ist, sich für das Unternehmen einzusetzen – und das auch tut.

Erika Hammel

Abteilung:
Beratung

Position:
Spezialistin in
der „Task Force“

Seit 1992 bei der LfA



„Die Welt ist zu groß, um sich für einen Lieblingsplatz zu entscheiden“

Ich bin in Veszprém, einer der ältesten Städte Ungarns, zur Schule gegangen. Ein schöner Ort, nicht nur wegen der Nähe zum Plattensee. Nach meinem Studium an der Wirtschaftsuniversität von Budapest zog ich nach München. In der neuen Heimat ließen sich dank meiner Stelle bei der LfA Familie und Beruf immer gut vereinen. Anfangs noch in der Kreditabteilung tätig, wechselte ich später in die „Task Force“: ein Teil der Beratung, in dem wir problematische Unternehmensfälle betreuen. Unser Team bietet umfassende Hilfe für Unternehmen, die in schwierigen Situationen Beratung suchen. Wir analysieren eingereichte Jahresabschlüsse und geben Empfehlungen zu Finanzierungen ab. Zudem vermitteln wir zwischen Banken und Kunden und empfehlen dabei nicht nur eigene Förderprodukte, sondern informieren auch über sonstige Förderhilfen, die in Bayern angeboten werden. Durch meinen Beruf lerne ich interessante Unternehmen kennen, die mir Einblick in andere Arbeitswelten ermöglichen. Das gefällt mir. Die LfA unterstützt unter anderem eine Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA. Dafür besuchten wir Hotelbetriebe in ganz Bayern, um öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten vorzustellen. Zum Teil auch in Regionen, die abgelegen, aber unglaublich schön sind. Es gibt hier so viel zu entdecken!

Fotos: Stocksy/Catherine MacBride; Conny Mirbach (2)

Alfred Wagner

Abteilung:
Förderkredite

Position:
Abteilungsleiter

Seit 2000 bei der LfA



„Wer bereit dazu ist, hat in der LfA viele Möglichkeiten, sich weiterzuentwickeln“

Mit rund 300 Mitarbeitern bietet die LfA ein angenehmes Arbeitsklima. Die Kollegen kennen sich untereinander, und wer möchte, kann das Unternehmen aus unterschiedlichen Perspektiven kennenlernen. Angefangen habe ich im Beteiligungsgeschäft, danach war ich unter anderem im Vorstandsbüro und im Bereich Außenwirtschaft tätig. Seit Juli 2018 leite ich die Abteilung Förderkredite. Hier werden im Jahr circa 6.000 Kredite bearbeitet. Vier Fachbereiche sind dafür zuständig: Zwei meiner Teams bearbeiten Neuanträge, ein weiteres befasst sich mit Bestandsthemen wie Stundungen und eine andere Fachgruppe ist für Risikoanalysen zuständig. Mein Job ist es, zusammen mit den Teamleitern und den Mitarbeitern den täglichen Ablauf sicherzustellen sowie die Weiterentwicklungen – vor allem unserer Prozesse – voranzutreiben. Ich bin viel in der Abteilung unterwegs und spreche mit den Kollegen darüber, wie Arbeitsvorgänge verbessert werden können. Ich vertrete die LfA aber auch als Ansprechpartner nach außen und bin das Bindeglied zwischen der LfA und den Partnerbanken. Ich mag es, Dinge zu bewegen und aktiv zu sein, auch in meiner Freizeit. Jeden Morgen, egal, bei welchem Wetter, radle ich eine halbe Stunde von Moosach über den Olympiapark und quer durch die Stadt bis in die Königinstraße. An freien Tagen genieße ich mit meiner Familie die Natur und die Berge im Münchner Umland. Bayern bietet da wirklich eine breite Palette.



WIR FÖRDERN BED AND BREAKFAST

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir die Wachstumspläne erfahrener Hoteliers genauso wie erfrischende Ideen junger Gastronomen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie unsere Fördermöglichkeiten nutzen können. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.